



*Und endlich hat man das gefunden, was
man suchte: „Das Richtige
auch für Sie!“*

WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

19. Jahrgang / Heft 3/4

März-April 1964

Einzelpreis 50 Pf

Brief des Zentralkomitees der KPD an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Kommunistische Partei Deutschlands
Zentralkomitee

Februar 1964

An den Parteivorstand,
an alle Organisationen und Mitglieder
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Werte sozialdemokratische Genossen!

Wir richten diesen Brief an Euch, weil die in jüngster Zeit international wie auf deutschem Boden sich abzeichnende Entwicklung eine freimütige, kameradschaftliche Aussprache zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten über den künftigen politischen Weg der Bundesrepublik und über mögliche Schritte in der deutschen Frage dringend notwendig macht.

Das Moskauer Abkommen über die teilweise Einstellung der Kernwaffentests hat die Spannungen in der Welt gemindert und das internationale Klima verbessert. Mit diesem ersten Schritt der Entspannung, der von der Sowjetunion und den westlichen Großmächten auf einem Teilgebiet erreicht wurde, ist der Beweis erbracht, daß durch geduldige Verhandlungen Fortschritte in der Lösung internationaler Streitfragen erzielt werden können. In Genf finden zur Zeit Beratungen über weitere Maßnahmen zur Entspannung und Abrüstung statt. Dazu liegen von dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, N. S. Chruschtschow, und dem Präsidenten der USA, Johnson, Vorschläge vor, die in wichtigen Fragen eine Annäherung der Standpunkte erkennen lassen.

Warum sollte das, was zwischen den Weltmächten möglich ist, nicht auch auf deutschem Boden möglich sein? Warum sollten die Deutschen und die Regierungen der beiden deutschen Staaten nicht miteinander sprechen und verhandeln? Ist es nicht vor allem an der Zeit, daß die Vertreter der Arbeiterorganisationen in den beiden deutschen Staaten endlich sachlich miteinander reden und über Wege des Abbaus der Spannungen auf deutschem Boden beraten? Immer mehr Menschen in der Bundesrepublik — Arbeiter, Gewerkschafter, Publizisten, Geistesschaffende, Vertreter der Jugend — stellen diese Frage. Sie stellen sie mit immer größerem Nachdruck, nachdem die auf Initiative der Regierung der DDR eingeleiteten Verhandlungen mit dem Westberliner

Senat erfolgreich verließen und ein Passierscheinabkommen vereinbart werden konnte. Es waren das Mitglied des ZK der SED, der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der DDR, Alexander Abusch, und der zum Parteivorsitzenden der SPD vorgeschlagene Regierende Bürgermeister Westberlins, Willy Brandt, die ihre Bevollmächtigten mit den Verhandlungen beauftragten und ihren guten Abschluß ermöglichten. Damit ist doch die Behauptung widerlegt, man könne mit der Regierung der DDR nicht verhandeln.

Gestattet uns daran zu erinnern, werte Genossen, daß ein solches Abkommen bereits vor zweieinhalb Jahren möglich gewesen wäre. Denn bereits damals und seither zu wiederholten Malen hat die Regierung der DDR ähnliche Vorschläge unterbreitet. Wir Kommunisten begrüßen, daß der sozialdemokratisch geführte Westberliner Senat sich jetzt in den Verhandlungen mit der DDR von der Bevormundung durch die entspannungsfeindlichen Kräfte in der CDU gelöst hat. Alle Menschen guten Willens in der Welt und in Deutschland stimmen darin überein, daß das Berliner Abkommen ein erster wichtiger Schritt zur Minderung der Spannungen auf deutschem Boden ist. Wäre es nicht an der Zeit, diesem ersten Schritt weitere folgen zu lassen, Schritte, die zur Annäherung und zur Versachlichung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten führen würden?

Wir sind überzeugt, daß die geschichtliche Verantwortung der Arbeiterklasse für die Zukunft Deutschlands es jetzt erfordert, eine Politik der Verständigung und der Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten durchzusetzen. Sozialdemokraten und Kommunisten gehören in ihrer Mehrheit der Arbeiterklasse an; sie haben gemeinsame friedliche und nationale Interessen. Es ist darum für Eure wie für unsere Partei eine Lebensfrage, sich auf diese Gemeinsamkeit zu besinnen und in der Politik davon auszugehen. Das ist um so dringender, als die Bundesrepublik von den Scharfmachern und Extremisten als Störenfried der internationalen Entspannung, als Speerspitze der Gewaltpolitik gegen die DDR und damit gegen die Lösung der deutschen Frage mißbraucht wird. Die Arbeiterklasse und das Volk aber wollen in Frieden und Sicherheit leben, und nicht unter der Drohung der atomaren Vernichtung. Ist es nicht so, werte Genossen, daß die Arbeiter und die große Mehrheit des Volkes des ewigen „Nein“ der Adenauer-Ära überdrüssig sind, daß sie ein verständigungsbreites „Ja“ zu Verhandlungen wünschen? Das werktätige Volk will soziale Sicherheit, und nicht den ständig zunehmenden Druck der Rüstungslasten. Es will den Schutz der Verfassung und der demokratischen Rechte, und keine Notstandsgesetze, mit denen das Kriegsrecht bereits in Friedenszeiten praktiziert werden soll. Nicht zuletzt aber ist das Volk der heuchlerischen Sonntagspredigten zum Thema Wiedervereinigung müde. **Es will, daß Regierung und politische Parteien endlich die Schützengräben des kalten Krieges verlassen, daß sie durch sachliche Gespräche und Verhandlungen reale Schritte auf dem zweifellos schwierigen Weg zur deutschen Wiedervereinigung einleiten.**

Warum wurde das Berliner Abkommen über die Passierscheine nicht nur von der Bevölkerung Westberlins, sondern auch von den Menschen in der Bundesrepublik so einhellig und mit solch tiefer Genugtuung begrüßt? Eben weil es den Weg zum Abbau des kalten Krieges und der Spannungen, zu Annäherung und Verständigung gewiesen und einen ersten Schritt in dieser Richtung getan hat. Das wurde dadurch möglich, daß der Westberliner Senat sich in diesen Verhandlungen bereitfand, von der tatsächlichen Lage, von den politischen Realitäten in Deutschland auszugehen. Anders aber kann es eine Annäherung und Verständigung auf deutschem Boden überhaupt nicht geben, und schon gar keine Wiedervereinigung.

unser erstes gemeinsames Anliegen

sein, die von den Gewaltpolitikern erstrebte Verfügungsgewalt der Bundeswehr über Atomwaffen, in welcher Form auch immer, zu verhindern. Denn atomare Vernichtungsmittel in der Hand der Schuldigen an zwei Weltkriegen würden die Möglichkeiten der internationalen und der innerdeutschen Entspannung blockieren, den Weg zur Wiedervereinigung versperren und die Gefahr einer Kriegsprovokation heraufbeschwören. Von dieser Sorge um den Frieden und die Zukunft Deutschlands ist der Brief des Vorsitzenden des Staatsrats, Walter Ulbricht, bestimmt, in dem er der Bundesregierung vorschlägt, unter Zurückstellung aller Meinungsverschiedenheiten und Prestigefragen, in dem einen Punkt des allseitigen Verzichts beider deutscher Staaten auf atomare Rüstung und Bewaffnung zu einem Übereinkommen zu gelangen.

Wäre es nicht an der Zeit, werte sozialdemokratischen Genossen, daß auch in der Bundesrepublik endlich eine solche realistische und vernünftige Politik betrieben würde? Adenauer versprach bekanntlich, durch militärische Stärke die „Angliederung“ der DDR und die Revision der deutschen Ostgrenzen zu erreichen. Heute ist offenkundig, daß diese „Politik der Stärke“ dem deutschen Volke nicht Wiedervereinigung und Sicherheit gebracht, sondern die Spaltung Deutschlands ständig vertieft, die Spannungen und die Kriegsgefahr auf deutschem Boden nur verschärft hat. Alle Pläne der Adenauer und Strauß, der kalten Krieger vom „Kuratorium Unteilbares Deutschland“ haben sich als völlig steril und aussichtslos erwiesen. **Die ganze „Politik der Stärke“ ist gescheitert und mußte scheitern, weil sie irreal ist, weil sie nicht mit den in der Welt und in Deutschland entstandenen politischen Gegebenheiten rechnet.**

Aber damit ist auch die von Herbert Wehner am 30. Juni 1960 im Bundestag namens der SPD-Fraktion verkündete „Politik der Gemeinsamkeit“ gescheitert, die auf den gleichen falschen Voraussetzungen beruht. Es hat sich eben ein für allemal als unmöglich erwiesen, die Deutsche Demokratische Republik „anzugliedern“ und ganz Deutschland in die NATO zu „integrieren“. Die Deutsche Demokratische Republik ist ein stabiler, souveräner Staat, der mit der stärksten Weltmacht, der Sowjetunion, und mit den anderen Staaten des Warschauer Vertrages verbündet ist, und den man weder „erobern“, noch „angliedern“, noch „aufweichen“ kann. Damit sind alle Spekulationen zusammengebrochen, auf denen die revanchistische Politik der CDU/CSU beruht. Die SPD aber besitzt seit ihrem Verzicht auf den Deutschlandplan keine selbständige Konzeption mehr für die Wiedervereinigung. Niemand in der Bundesrepublik kann doch die Illusion haben, daß es auf dem Wege der Gewalt, des Wettrüstens, der Revanchepolitik jemals eine deutsche Wiedervereinigung geben wird. Selbst einflußreiche Kreise in den USA, Großbritannien, Frankreich und anderen NATO-Ländern sind nicht bereit, den abenteuerlichen Bonner Plänen gegen die DDR zuliebe, einen weltweiten Atomkrieg zu riskieren.

Werte sozialdemokratische Genossen!

Es gibt nur einen Weg, der aus der Sackgasse der „Politik der Stärke“ herausführt: man muß von den politischen Realitäten ausgehen, sich von den nationalen Lebensinteressen leiten lassen und für eine Politik ehrlicher Verhandlungen, für Entspannung und Verständigung, für Abrüstung und die Herstellung sachlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten einzutreten. Nur so können die Spannungen abgebaut und die Voraussetzungen für

eine Annäherung, für die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten im Rahmen einer Konföderation geschaffen werden. Das ist der einzige noch verbliebene Weg zur Wiedervereinigung. Die Entwicklung des deutschen Gesprächs auf allen Ebenen, die deutsche Verständigung und Annäherung hängen entscheidend davon ab, daß die Arbeiterklasse und ihre Organisationen in beiden deutschen Staaten

diesen Weg der Vernunft einschlagen.

sich in den großen nationalen Lebensfragen verständigen und so eine friedliche Lösung der deutschen Frage anbahnen.

Führer Eurer Partei haben zum Ausdruck gebracht, daß sie für eine Politik nach dem Vorbild des ermordeten USA-Präsidenten Kennedy seien. Kennedy war bereit, neuen politischen Realitäten in der Welt Rechnung zu tragen, internationale Streitfragen durch Verhandlungen zu lösen. Für eine solche Politik eintreten, heißt endlich die sinnlose und illusionäre These von der staatlichen Nichtexistenz der DDR aufzugeben und sich für sachliche Beziehungen, für die Verständigung der beiden deutschen Staaten einzusetzen.

Gestattet uns in aller Offenheit zu sagen, daß zwischen dem Bekenntnis Eurer Partei zu einer „Friedensstrategie“ und dem politischen Verhalten einiger Führer Eurer Partei, wie Wehner und Erler, ein tiefer Widerspruch besteht. Wir begrüßen es, wenn wir hören, daß die SPD für eine Entspannung in den internationalen Beziehungen eintreten will. Aber wie, liebe Genossen, ist ein solches Bekenntnis in Einklang zu bringen mit der Forderung Eurer Führung nach Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO? Das steht doch in offenem Gegensatz selbst zum Godesberger Programm. Ist denn nicht klar und hat nicht Eure Partei in der Vergangenheit wiederholt zu Recht betont, daß jede Ausbreitung der Atomwaffen auf neue Staaten die Gefahr eines Atomkrieges außerordentlich erhöhen und die atomare Bewaffnung der Bundeswehr allen Bemühungen, auf dem Wege zur Wiedervereinigung voranzukommen, unüberwindbare Hindernisse entgegenstellen müßte?

Die „Gemeinsamkeitspolitik“ bringt Eure Partei in die Gefahr, vor den Wählern in einer Linie mit Hassel, Strauß und Guttenberg, mit dem extrem rechten Flügel der CDU/CSU zu erscheinen. Kann denn Eure Partei, werte Genossen, mit der Parole der multilateralen Atomstreitmacht und der weiteren Steigerung der Rüstungsausgaben Wählerstimmen gewinnen? Muß man nicht annehmen, daß es weit erfolgversprechender wäre, wenn sich die SPD in der Bundesrepublik — so wie der Westberliner Senat unter Willy Brandt — für Schritte der Entspannung und für Verhandlungen der beiden deutschen Staaten einzusetzen würde?

Beweisen nicht

die Erfahrungen der letzten Jahre.

daß die Mitglieder Eurer Partei recht behalten haben, die vor der Preisgabe einer selbständigen sozialdemokratischen Politik und vor allem vor der Preisgabe selbständiger Forderungen für Entspannung, Abrüstung und Verhandlungen in Deutschland warnten? Erinnert Euch an die Jahre 1952 und 1954, als Eure Bundestagsfraktion sich leider nicht dazu durchringen konnte, eine Debatte über die Vorschläge der Sowjetunion und der DDR für die Wiedervereinigung und für einen deutschen Friedensvertrag herbeizuführen. Im Jahre 1958 bedauerten und beklagten dann die Sprecher Eurer Partei im Bundestag die verpaßten großen Gelegenheiten.

Zu dieser Zeit erklärte Eure Partei, daß der soziale und kulturelle Fortschritt durch die steigenden Rüstungslasten gefährdet werde. 1958 habt Ihr im „Plan Z“ die Kürzung der Rüstungsausgaben um ein bis zwei Milliarden Mark für Bildungszwecke gefordert. Jetzt aber, wo der Rüstungsetat doppelt so hoch ist und einen ständig steigenden Teil des Volkseinkommens verschlingt, erklärt Erler im Namen der SPD, für die Rüstung könne es keine obere Grenze geben.

1959 trat Eure Partei mit dem Deutschlandplan an die Öffentlichkeit. Aber gerade zu dem Zeitpunkt, als der Bankrott der Adenauer-Politik vor aller Welt offensichtlich wurde und die Vorschläge Eures Deutschlandplanes erhöhte Aktualität erlangten, da wurden sie über Bord geworfen. Unserer Meinung nach war der 30. Juni 1960, an dem Wehner im Bundestag die Zustimmung zur NATO- und Rüstungspolitik Adenauers verkündete und den Deutschlandplan begrub, der schwärzeste Tag der SPD in den letzten zehn Jahren. Denn damit verlor sie ihr Gesicht.

Werte Genossen!

Wir halten es für verhängnisvoll, daß infolge der von Wehner und Erler praktizierten „Gemeinsamkeitspolitik“ im Bundestag gegenwärtig keine wirkliche Opposition da ist, die gewillt wäre, vom Standpunkt der friedlichen, nationalen und demokratischen Grundinteressen unseres Volkes einen Druck auf die Regierung auszuüben und das Gewicht der Mehrheit der Bevölkerung im Parlament zur Geltung zu bringen, die zweifellos die Beendigung der „Politik der Stärke“ will. So ist in Bonn die gefährliche Lage entstanden, daß Bundeskanzler Erhard unter dem massiven Druck der Gewaltpolitiker und kalten Krieger in der CDU/CSU steht, die alles tun, um den neuen Kanzler auf dem alten bankroten Adenauerkurs zu halten. Wie konnte in dieser Situation Erler der Regierung bescheinigen, sie führe in den Hauptfragen eine richtige Politik durch, wie konnte er von Erhard als „Kanzler des Volkes“ sprechen? Diese Ausführungen Erlers wurden von Wehner als das Grundsatzprogramm der SPD bis zu den Wahlen bezeichnet. Was wollt Ihr den Wählern antworten, wenn sie Euch fragen, wodurch sich eine solche Politik denn noch von dem Kurs der CDU/CSU unterscheidet?

Haben nicht diejenigen Eurer Genossen recht, die wünschen, daß sich die SPD aus dieser Verstrickung löst, daß sie die Fesseln der „Gemeinsamkeitspolitik“ abwirft und eine eigene, selbständige sozialdemokratische Politik entwickelt? Ist es nicht dringend notwendig, werte Genossen, daß Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, alle Gegner der „Politik der Stärke“ auf den Plan treten und einen neuen Kurs durchsetzen?

Führende Genossen der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Hessen haben eine

Abgrenzung von der Bonner Politik

gefordert. Genosse Arndt stellt warnend die Frage: „Gemeinsamkeit etwa mit Strauß, Jäger oder Oberländer?“ und verlangt eine selbständige Politik der SPD. Genosse Knoeringen hat im Bayern-Programm Eurer Partei Vorschläge für eine eigenständige sozialdemokratische Politik entwickelt. Euer Bundestagsabgeordneter Professor Baade und andere haben sich wiederholt für eine ehrliche Verständigung mit der Sowjetunion eingesetzt.

In den Beschlüssen des 6. und des Außerordentlichen DGB-Kongresses, an denen sozialdemokratische Genossen maßgeblich mitgewirkt haben, wurde eine

eigene Abrüstungsinitiative der Bundesrepublik und die Abwehr jeder Notstandsgesetzgebung, eine aktive Lohnpolitik und der Kampf gegen die Teuerung, gegen den sozialreaktionären Kurs der Regierung, gegen die Verschlechterung der Krankenversicherung gefordert. Ist es nicht an der Zeit, werte Genossen, daß diese gemeinsam von uns bejahten Beschlüsse durch kraftvolle Aktionen aller Arbeiter und Angestellten in die Tat umgesetzt werden? Der 6. DGB-Kongreß trat für die Aktivierung der Bewegung „Kampf dem Atomtod“ ein. Sollten Sozialdemokraten und Kommunisten, christliche und parteilose Werkstätige nicht alles tun, um gemeinsam diesen Beschuß zu verwirklichen?

Die Gewerkschaften vertreten die Lebensinteressen der Arbeiter und Angestellten, also von Dreivierteln unserer Bevölkerung. Es entspricht darum bestimmt nicht Eurer Überzeugung und Eurem Willen, werte Genossen, daß Wehner, Erler und Deist auf der Essener Wirtschaftskonferenz der SPD die großkapitalistischen Konzerne umworben und die Gemeinsamkeit Eurer Partei mit den Gewerkschaften aufgegeben haben. Dadurch werden nur werktätige Schichten in ihrer Ablehnung der CDU/CSU unsicher, werden solche Wähler, die durch die Fehlschläge der Adenauer-Politik schwankend geworden waren, der CDU/CSU wieder in die Arme getrieben.

Werte Genossen!

Mit der Ausarbeitung und dem Kampf um die Durchsetzung einer konstruktiven Alternative gegen die aussichtslose „Politik der Stärke“ dürfen die friedliebenden Kräfte nicht warten. Damit muß jetzt begonnen werden. **Heute gilt es, die entspannungs- und verhandlungsfeindlichen Kräfte, die Gewalt- und Notstandspolitiker zurückzudrängen. Jetzt ist die Zeit, durch entschlossenes Handeln den Scharfmachern in der CDU/CSU und ihrer Rüstungspolitik eine Niederlage zu bereiten.**

Dafür sollte Eure Partei, wie das auch von bekannten Sozialdemokraten verlangt wird, ihre selbständigen Vorschläge für eine Politik des Friedens, der Entspannung und der Abrüstung entwickeln, die richtigen Forderungen ihres Stuttgarter Parteitages und ihres Deutschlandplanes wieder aufgreifen. Auf dem Stuttgarter Parteitag erklärte Euer verstorbener Parteivorsitzende Erich Ollenhauer: „Im Kampf gegen die Atomrüstung geht es nicht um Taktik. Hier geht es um Leben und Tod.“ Damals lehnte die SPD jede Atomrüstung ab; sie forderte eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa, die Herabsetzung der maßlosen Rüstungsausgaben, die Bildung gesamtdeutscher Kommissionen und Verhandlungen der beiden deutschen Regierungen. Das alles ist heute aktueller denn je. In diesem Kampf um ihr Leben und ihr Recht auf Selbstbestimmung braucht die Arbeiterklasse, braucht das Volk in der Bundesrepublik demokratische Handlungsfreiheit. Darum sollte sich die SPD gemeinsam mit den Gewerkschaften, mit den Kommunisten und allen fortschrittlichen Kräften der Aushöhlung der Verfassung, dem Abbau der demokratischen Rechte widersetzen und jegliche Notstandsgesetzgebung ablehnen.

Wir Kommunisten sind bereit, ungeachtet bestehender Meinungsverschiedenheiten, uns gemeinsam mit Euch, sozialdemokratische Genossen, und zusammen mit allen demokratischen Kräften

für die Verwirklichung einer neuen Politik

einsetzen. Wir sind der Meinung, daß in diesem Kampfe Eurer Partei eine bedeutende Rolle zukommt. Ihr seid von dem Wunsche und von der Hoffnung erfüllt, Eure Partei möge bei den nächsten Bundestagswahlen der CDU/CSU

eine Niederlage bereiten, um an die Regierungsmacht zu gelangen und einen neuen, besseren politischen Kurs zu steuern. Aber wenn die Führung Eurer Partei den jetzigen Kurs von Wehner und Erler fortsetzt, ist für die SPD nichts zu gewinnen; dann verspielt sie ihre Chance.

Als entschiedene Gegner der lebensgefährlichen „Politik der Stärke“ sind wir Kommunisten dafür, daß die Politiker der Gewalt, die sich in der Führung der CDU/CSU zusammengefunden haben, jeden Einfluß auf den Kurs der Bundesregierung verlieren. Wir wollen und werden darum alles tun, damit die CDU/CSU bei den Bundestagswahlen 1965 eine Niederlage erleidet. Schon auf unserem Parteitag 1963 erklärten wir, daß durch das gemeinsame Handeln aller friedliebenden, demokratischen Kräfte der Weg zu einer neuen Regierung unter Ausschuß der Gewaltpolitiker eröffnet werden muß. Wir sind für eine Regierung unter sozialdemokratischer Führung, die Gewerkschafter und bürgerliche Verständigungspolitiker einschließen könnte, die dem Kurs der Atomrüstung und des kalten Krieges absagt und eine Politik der Verhandlungen einleitet.

Ohne Zweifel würde eine Politik der Entspannung und der nationalen Verantwortung von der Arbeiterklasse und von allen demokratischen Kräften lebhaft begrüßt werden. Angesichts der Gefahr, daß die ultrareaktionären Kreise mit der Atomrüstung und mit den Notstandsgesetzen neue folgenschwere Tatsachen schaffen, sollten alle Organisationen der Arbeiterschaft — SPD, KPD und Gewerkschaften — und darüber hinaus alle Friedensanhänger und Demokraten ihre Bemühungen darauf konzentrieren, die Gewalt- und Notstandspolitiker zu schlagen und eine friedliche Alternative zu erkämpfen. Wo ein offiziell vereinbartes gemeinsames Vorgehen noch nicht möglich erscheint, könnten sie durch gleichgerichtete Anstrengungen für die gemeinsamen Ziele wirken.

Sollten wir nicht

von den französischen Sozialisten und Kommunisten lernen,

die trotz ideologischer Meinungsverschiedenheiten gemeinsam gegen die Atomrüstung und gegen die persönliche Macht de Gaulles kämpfen? Unserer Meinung nach enthält das Beispiel Frankreichs, wo Sozialisten und Kommunisten sich auch bei den Wahlen gegenseitig unterstützen, wichtige Lehren für die Beziehungen und für das gemeinsame Vorgehen von Sozialdemokraten und Kommunisten in der Bundesrepublik.

Viele sozialdemokratische Parlamentarier aus Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien und anderen Ländern reisen in die DDR und sprechen mit Walter Ulbricht. Wäre es im Interesse unseres Volkes nicht noch weit dringender, daß führende Vertreter Eurer Partei mit den Repräsentanten der Deutschen Demokratischen Republik zu Gesprächen zusammenträfen? Sozialistische Führer wie Wilson, Mollet und Spaak sind nach Moskau gefahren und haben mit Chruschtschow gesprochen. Warum können nicht auch Vertreter Eurer Partei solche Verhandlungen führen? Wie die steigenden Wählerstimmen der Labour-Party zeigen, wäre ihnen die Zustimmung und Unterstützung der großen Mehrheit auch unserer Bevölkerung sicher.

Das ernsteste Hindernis, das unser gemeinsames Handeln erschwert, ist noch immer der Antikommunismus. Manche Eurer Führer behaupten, zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten könne es nichts Gemeinsames geben. Aber das Leben widerlegt diese Behauptungen. In den Gewerkschaften und Betrieben setzen sich Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam für die sozialen

und demokratischen Belange der Arbeiter und Angestellten ein, sind sie durch das gemeinsame Streben nach Frieden und Abrüstung vereint. **Der Antikommunismus hat der deutschen Arbeiterklasse und dem deutschen Volk nie Gutes gebracht. Kein Deutscher, dem es ernst ist um die Bewältigung der Vergangenheit, darf vergessen, daß unser Volk unter dem Banner des Antikommunismus in den furchtbarsten Krieg, in die schrecklichste Katastrophe seiner Geschichte getrieben wurde.**

Auch heute nützt der antikommunistische Haßfeldzug gegen die Deutsche Demokratische Republik nur den Todfeinden des Friedens, den militaristischen Verderbern unserer Nation. Wir bekennen uns zur DDR, weil dort die Kräfte, die unser Volk in zwei verheerende Kriege gestürzt haben, für immer entmachtet sind, weil dort die traditionellen demokratischen und sozialistischen Ziele der Arbeiterbewegung die Politik der Regierung und das Leben des Volkes bestimmen. Aber auch wenn Ihr darin mit uns noch nicht übereinstimmt: Gibt es denn einen anderen Weg, den Frieden für das deutsche Volk zu sichern und reale Schritte zur Wiedervereinigung zu tun, als den Weg der Verhandlungen mit der DDR? Und warum sollten wir und alle friedfertigen Bürger der Bundesrepublik uns nicht gemeinsam und Seite an Seite mit der DDR für solche Verhandlungen einsetzen? Welch große Kraft wären wir, wären die Arbeiter und alle Werktätigen dann gegenüber der verschwindenden Minderheit reaktionärer Monopolherren und militaristischer Scharfmacher!

Werte Genossen!

Wir schlagen Euch vor, diesen Brief in Eurer Partei zu erörtern. Wir fordern die Organisationen und Genossen unserer Partei auf, mit Euch in einen kameradschaftlichen Meinungsaustausch über die Lebensfragen unseres Volkes einzutreten. **Die gesamte Politik unserer Partei geht dahin, daß sich Kommunisten und Sozialdemokraten, ungeachtet bestehender Meinungsverschiedenheiten, zusammenfinden und verständigen. Wir wollen alles tun, um zwischen den Mitgliedern unserer beiden Parteien enge persönliche Kontakte herzustellen und auch zwischen den Leitungen Verbindungen aufzunehmen.** Das scheint uns eine geeignete Form zu sein, um unter den Bedingungen des noch bestehenden unrechtmäßigen Verbots unserer Partei erste Schritte zur Verständigung zu tun. Wir sind davon überzeugt, daß die Zeit kommen wird, wo auch zwischen dem Parteivorstand der SPD und dem Zentralkomitee der KPD Gespräche möglich sein werden.

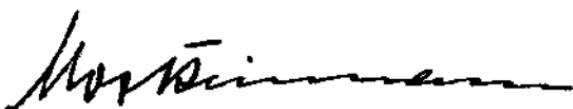
Liebe sozialdemokratische Genossen!

Unserer Meinung nach können wir in allen Fragen zu einem freimütigen Gedankenaustausch kommen. Die geschichtliche Verantwortung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen in der Bundesrepublik erfordert, daß sie für einen friedlichen und demokratischen Weg kämpfen. Gemeinsam sollten sie jetzt eintreten für weitere Schritte der Entspannung, für Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten über den völligen Verzicht auf Atomwaffen, über die Versachlichung der Beziehungen und einen Rüstungsstopp; für gesamtdeutsche Kommissionen auf den Gebieten der Wirtschaft, des Verkehrs und des Rechtslebens, des Sports und der Kultur; für den Schutz der Verfassung, der demokratischen Rechte und Freiheiten; für Kampfmaßnahmen gegen die Preistreiberei und den Sozialabbau, für die Verteidigung des Lebensstandards des Volkes.

Im gemeinsamen Wirken für eine solche Politik werden Sozialdemokraten und Kommunisten einander näherkommen, wird ein echtes gegenseitiges Vertrauensverhältnis entstehen. So werden auch günstige Voraussetzungen dafür geschaffen, daß das arbeitende Volk im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Bundesrepublik den ihm gebührenden Platz einnehmen kann.

Mit brüderlichen Grüßen

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Zentralkomitee



1. Sekretär

Nach dem Außerordentlichen DGB-Kongreß

von MAX REIMANN, 1. Sekretär des ZK der KPD

Was in den Tagen, da der Außerordentliche DGB-Kongreß stattfand, in seinen Konturen sichtbar geworden war, wurde in der Folgezeit noch klarer: Mit dem Moskauer Teststoppabkommen und der Berliner Vereinbarung wurde in der Welt und in Deutschland eine dem gewerkschaftlichen Verlangen entsprechende Entwicklung, bestehende Differenzen zwischen den Staaten auf friedlichem Wege zu lösen, eingeleitet.

Die weiterliegenden, aber unumgänglichen Stationen auf diesem hoffnungsvollen Weg sind markiert. Der sowjetische Ministerpräsident N. S. Chruschtschow hat den Regierungen aller Staaten den Vorschlag zu einem Vertrag über einen Verzicht auf Gewalt bei der

Lösung von territorialen Streitfragen und weitere Maßnahmen für Entspannung und Abrüstung unterbreitet. Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht hat in einem Brief an Bundeskanzler Erhard einen Vertrag vorgeschlagen, der den umfassenden Verzicht beider deutscher Staaten auf Besitz, Verfügungsgewalt oder Stationierung von Atomwaffen vorsieht. Damit gehen von der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik neue Initiativen aus, deren Erörterung sich niemand entziehen kann und darf; denn es geht um die Sicherung eines dauerhaften Friedens, um Entspannung und Verständigung in der Welt und in Deutschland.

Was ist die Hauptfrage unserer Zeit?

Das ist zweifellos die Frage: Krieg oder Frieden, Fortsetzung der längst gescheiterten „Politik der Stärke“ und des Wettrüstens – oder Entspannung, Abrüstung und friedliche Koexistenz. Diese Frage stellt sich uns heute in der Bundesrepublik dar als eine große Auseinandersetzung zwischen den Fanatikern des kalten Krieges, des atomaren Wettrüstens und den Revanchepolitikern auf der einen Seite und den nach Entspannung, Verständigung und friedlichem Ausgleich drängenden Volkskräften auf der anderen Seite. Diese Auseinandersetzung wird selbst im Regierungslager deutlich und äußert sich im Ringen zwischen jenen, die einen verschärften Kurs der Atomkriegspolitik steuern wollen und jenen, die für eine beweglichere Politik sind.

Für die friedlichen und demokratischen Kräfte, vor allem für die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften, erwachsen in einer solchen Situation neue Möglichkeiten und Aufgaben. Der Außerordentliche DGB-Kongreß hat mit seinem Bekanntnis zu einer Politik der Erhaltung des Friedens, als die Grundlage für sozialen und kulturellen Fortschritt, der Forderung auf Achtung und Verbot aller Atomwaffen, für die allgemeine und kontrollierte Abrüstung eine Grundsatzentscheidung getroffen, mit der sich die Gewerkschaften auf die Seite der Kräfte stellen, die für Entspannung und Abrüstung eintreten. Diese Entscheidung verpflichtet zur Auseinandersetzung mit den unverbesserlichen Scharfmachern, die über die multilaterale Atomstreitmacht

der NATO in den Besitz dieser Waffen gelangen möchten.

Den Gewerkschaften ist es aufgegeben, ihren Einfluß so geltend zu machen, daß die Fanatiker des kalten Krieges und die Revanchisten zurückgedrängt werden, um das Kräfteverhältnis auch in der Bundesrepublik zugunsten einer realistischen, vernünftigen, an Entspannung und Verständigung orientierten Politik zu verändern. Noch ist es so, daß in der Bundesrepublik die reaktionärsten Kräfte, die Adenauer, Strauß, Brentano, von Hassel — um nur einige beim Namen zu nennen — entscheidenden Einfluß auf die Regierung ausüben. Sie drängen auf die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, die Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht, die Beibehaltung der atomaren Vorwärtsstrategie, die Erhöhung des Rüstungsetats. Sie sind gegen die Verhandlungen des von der SPD geführten Westberliner SPD-Senats mit der Regierung der DDR über die Passierscheinregelung Sturm gelaufen und widersetzen sich heute mit allen Mitteln der Fortsetzung weiterer Verhandlungen. Sie lehnen einen Vertrag über Gewaltverzicht bei der Lösung territorieller Streitfragen ab, weil sie von der Wiederherstellung „Großdeutschlands“ in den Grenzen von 1937 träumen. Sie haben den Brief Walter Ulrichs mit dem Vorschlag für einen umfassenden Verzicht auf Atomwaffen unbeantwortet gelassen, weil sie nach wie vor der illusionären Vorstellung nachgehen, die Deutsche Demokratische Republik gewaltsam der Bundesrepublik einverleiben und so auch dort die alten Macht- und Besitzverhältnisse wiederherstellen zu können. Und sie sind es auch, die mit ihrer Rüstungspolitik die zunehmenden Teuerungen verursachen, sich den berechtigten Lohnforderungen von mehr als 8 Millionen Arbeitern und Angestellten widersetzen während sie jede dritte

D-Mark des Bundeshaushaltes für Rüstungszwecke verschleudern

Wehner und Erler bejahren ausdrücklich die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik und erklären sich für die Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO als die angeblich zeitgemäße Alternative zur „nationalen Atomrüstung“ der Bundesrepublik. Was kann dieser Standpunkt anderes bedeuten, als daß sich Wehner und Erler ins Kielwasser des Atomkriegskurses der aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus und Militarismus begeben haben und den Hitler-Generalen zur Verfügungsgewalt über Atomwaffen verhelfen. Das tun sie zu einem Zeitpunkt, da spätestens mit dem Moskauer Teststoppabkommen deutlich geworden ist, daß ein solcher Kurs den Entspannungs- und Abrüstungstendenzen unserer Zeit widerspricht. Sie tun es in dem Moment, da der Außerordentliche DGB-Kongress die Ablehnung der Atomrüstung erneuerte, da die Bildung einer multilateralen Atomstreitmacht bei nahezu allen sozialdemokratischen Parteien der westeuropäischen Länder auf Ablehnung stößt. Die Alternative zur sogenannten „nationalen Atomrüstung“ kann keine multilaterale sein. Die Alternative zum „nationalen“ Atomtod darf nicht der „multilaterale“ sein. Was die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse brauchen, das ist eine eigene Abrüstungsinitiative der Bundesrepublik. Von der Arbeiterklasse, ihren Parteien und Gewerkschaften in der Bundesrepublik hängt es ab, ob die aggressiven Kräfte auch weiterhin den bestimmenden Einfluß in der Bundesrepublik ausüben können, ob Westdeutschland weiterhin Störenfried der internationalen Entspannung bleibt oder ob die Bundesrepublik einen Beitrag zur internationalen Entspannung und zur Verständigung in Deutschland leisten wird.

Für aktiven Beitrag der Gewerkschaften am deutschen Gespräch

Seit dem Außerordentlichen DGB-Kongress ist vieles anders geworden. Auch in der Bundesrepublik ist das politische Denken und Leben in Bewegung geraten. Angeregt durch das Interview, das der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, der Illustrierten „Stern“ gewährte und durch die erfolgreichen Verhandlungen zwischen dem von der SPD geführten Westberliner Senat und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat ein deutsches Gespräch begonnen, das zu einem Faktum geworden ist, dem gegenüber sich kein verantwortungsbewußter Mensch und auf keinen Fall die Arbeiterklasse gleichgültig oder abwartend verhalten dürfen.

An diesem Gespräch müssen die Gewerkschaften teilhaben. Das umso mehr als sich bereits bürgerliche Politiker, Persönlichkeiten und Publizisten selbst aus Regierungsparteien zu Wort gemeldet haben und sich für eine neue Politik aussprachen. Bei diesem deutschen Gespräch und bei der Suche nach Wegen zu einer neuen Politik in der Bundesrepublik geht es um die ureigenen Angelegenheiten der Arbeiterklasse, der Gewerkschaften, wie sie in den Beschlüssen des 6. und des Außerordentlichen DGB-Kongresses formuliert wurden.

Es geht also um das, was im Grundsatzprogramm des DGB festgestellt ist:

die Grundlage des sozialen und kulturellen Fortschritts ist die Erhaltung des Friedens.

Jetzt besteht das Wichtigste darin, daß die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften dem begonnenen deutschen Gespräch ihr Gepräge geben und ihre Kraft für die Durchsetzung einer neuen Politik der Entspannung, der Verständigung und der friedlichen Koexistenz in die Waagschale werfen. Eine Grundsatzentscheidung — und mag sie noch so richtig sein — reicht hierfür nicht aus. Es bedarf aller Anstrengungen, die gewerkschaftlich organisierte und darüber hinaus die ganze deutsche Arbeiterklasse für den Kampf um die Verwirklichung einer solchen Politik zu gewinnen. Das erfordert die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten. Nur so wird es gelingen, auch die Bundesrepublik auf den Weg der Entspannung und zu einer Politik der Vernunft und des guten Willens zu führen.

Die Aktionseinheit der Arbeiterklasse entwickelte sich in jüngster Zeit, vor allem im gewerkschaftlichen Kampf für die Durchsetzung ökonomischer und sozialpolitischer Forderungen. Hierfür sind die Streiks und Protestkundgebungen gegen die Preisansteigerungen, gegen die sozialreaktionäre Maßhaltepolitik der Erhard-Regierung, für Teuerungszulagen zu einem bedeutenden Beispiel zu einem Hebel für die Mobilisierung der Arbeiterklasse geworden. Was im Kampf um die Durchsetzung sozialer Forderungen möglich und notwendig ist, ist ebenso dringlich, wenn es um die Lebensfrage der Arbeiterklasse und unseres Volkes geht.

Wem es mit der Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Verantwortung gegenüber dem ganzen Volke ernst ist, wer willens ist, diese Verantwortung voll und ganz in der Praxis zu übernehmen, der muß dem Beschuß des Außerordentlichen DGB-Kongresses folgen und die Arbeiterklasse aufrufen zu Aktionen für die Verteidigung ihrer sozialen Forderungen, der muß sie hinführen zum entschiedenen Kampf gegen die Atomkriegspolitik der aggressiven Kräfte, gegen die Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht, für eine Politik der Entspannung und Verständigung.

Grundfragen des Kampfes gegen Militarismus, für demokratische Rechte

Wenn die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften ihrer Verantwortung im Kampf gegen die aggressiven Kräfte, für die Durchsetzung einer Politik der Entspannung, Verständigung und Abrüstung gerecht werden sollen, dann kön-

Seit dem Außerordentlichen DGB-Kongreß, vor allem aber im Ergebnis der Berliner Verhandlungen sind für die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten neue Möglichkeiten, aber auch neue Notwendigkeiten entstanden, die — werden sie von Kommunisten und Sozialdemokraten wahrgenommen — von außerordentlicher Bedeutung auch für die Entwicklung des gewerkschaftlichen Kampfes sind.

Hier ist der Gewerkschaft eine große nationale Verantwortung und Aufgabe übertragen, der sie sich jetzt zuwenden muß. Nachdem immer mehr Stimmen für ein freimütiges Gespräch zwischen Regierungsvertretern, Vertretern gesellschaftlicher Organisationen beider deutscher Staaten laut werden, Gewerkschaftsdelegationen aus nahezu allen westeuropäischen Ländern die DDR besuchen, christliche Jugendorganisationen der Bundesrepublik, Vertreter der FDJ zu öffentlichen Aussprachen einladen, ist es doch höchste Zeit, daß sich auch die Gewerkschaften in der Bundesrepublik um einen sachlichen Kontakt mit den Gewerkschaften der Deutschen Demokratischen Republik bemühen.

Wenn westdeutsche Firmen auf der Leipziger Messe ausstellen, dann sollten auch Arbeiter, Gewerkschafter, Gewerkschaftsfunktionäre nach Leipzig oder in andere Städte der DDR fahren, um dort an Ort und Stelle die Entwicklung im ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat zu studieren. Sie sollten sich mit Gewerkschaftern treffen und über gemeinsam interessierende Fragen, vor allem aber über die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und darüber sprechen, wie Deutschland atomwaffenfrei, von den Lasten und Folgen des Wettrüstens befreit werden kann. Hier müssen doch gerade die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften mit gutem Beispiel vorangehen. Hier brauchen die Gewerkschaften der Bundesrepublik einen eigenen gewerkschaftlichen, von den Interessen der Arbeiterklasse des Friedens und der Zukunft unserer Nation ausgehenden Standpunkt. Viele Forderungen und Erkenntnisse im Grundsatzprogramm des DGB könnten eine Diskussionsgrundlage sein, um einen Erfahrungs- und Meinungsaustausch zwischen dem DGB und FDGB zu beginnen.

nen sie dies nur, wenn sie entschieden der Notstandsgesetzgebung und der weiteren Militarisierung des öffentlichen Lebens widerstehen und selbst um Einfluß auf das politische, staatliche und gesellschaftliche Leben ringen. Der DGB-

Vorsitzende Rosenberg hat am 24. Januar in seinem Vortrag vor dem Rhein-Ruhr-Club „Gewerkschaften — Aufgaben und Verantwortung“ zu recht betont, „ohne Gewerkschaften sei ein demokratisches Leben und Handeln nicht denkbar“, von „ihrem Verhalten hängt der Bestand der Demokratie ab“. Der Bestand der Demokratie aber ist längst gefährdet, denn die gleichen Kräfte des aggressiven Monopolkapitals, die sich der Entspannungs- und Abrüstungspolitik widersetzen, präsentieren sich als Feinde der Demokratie, der im Grundsatzprogramm des DGB gestellten Forderungen nach gewerkschaftlicher Mitbestimmung und einer Ordnung, in der die Würde des Menschen geachtet ist.

Im Grundsatzprogramm des DGB wird die Ausdehnung des Mitbestimmungsrechtes der Gewerkschaften gefordert, um eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einzuleiten. Auf dem Außerordentlichen DGB-Kongress wurde die derzeitige Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik als kapitalistische Ausbeuterordnung charakterisiert. Es wurde richtig festgestellt, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung dem Arbeiter die Gleichberechtigung verwehrt, seine Person der Willkür des Unternehmers auslieft, seine soziale Sicherheit dem Gewinnstreben unterordnet, soziale Mißstände und Krisen verursacht.

In der Tat: Die aggressiven Kräfte des Monopolkapitals haben in der Bundesrepublik ihre ökonomische und politische Macht wieder errichtet. Eine kleine Minderheit von Milliardären und Multimillionären beherrschen die Bundesrepublik. Sie haben den Staat vollständig ihren Profit- und Machtinteressen, ihrer Rüstungs- und Kriegspolitik unterordnet. Der staatsmonopolistische Kapitalismus, der für die Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik kennzeichnend ist, hat die Militarisierung der Wirtschaft, des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens und den Versuch verstärkt, den Gewerkschaften nicht nur das Mitbestimmungsrecht vorzuenthalten, sondern die Gewerkschaften unterzuordnen, gleichzuspalten, sie in die monopolkapitalistische Ordnung und den Staat der Monopolherren zu integrieren.

Nachdem es den Monopolherren und Militaristen auf dem Außerordentlichen DGB-Kongress nicht gelungen ist, sich mit Hilfe von Wehner und Leber die Gewerkschaften unterzuordnen, aus dem Außerordentlichen DGB-Kongress ein gewerkschaftliches Godesberg zu machen, greifen sie jetzt das beschlossene Grundsatzprogramm offen und frontal an. In der Stellungnahme der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zum Grundsatzprogramm des

DGB wird dieses als „mit den Grundlagen unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht vereinbar“ bezeichnet.

Die in der Stellungnahme der Monopolherren geforderte Aufrechterhaltung der „unteilbaren unternehmerischen Verantwortung“, genauer gesagt der Macht der Monopole und Militaristen, führte bereits in diesem Jahrhundert zu zwei blutigen Weltkriegen und zur Errichtung der Hitlerherrschaft. Das Machtstreben der deutschen Monopolherren und Militaristen war noch immer, damals wie heute, darauf gerichtet, ihren Herrschaftsbereich durch eine Kriegs- und Gewaltpolitik nach außen auszudehnen. Heute wollen sich die deutschen Imperialisten und Militaristen nicht mit dem Ergebnis des zweiten Weltkrieges abfinden, sie wollen es revidieren und verfolgen eine Revanchepolitik. Sie möchten mit Notstandsgesetzen das Grundgesetz und damit die Rechte und Freiheiten des Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften, außer Kraft setzen, um diese volksfeindlichen Revanchepläne mit Anwendung von Gewalt nach innen durchzusetzen.

So erklärt es sich, warum gerade die Ablehnung des gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechtes in ihrer Stellungnahme an erster Stelle rangiert. Bleibt Ihre Machtposition in Wirtschaft und Staat uneingeschränkt erhalten, bleiben die Gewerkschaften von der Einflussnahme auf Wirtschaft und Staat ausgeschaltet, dann werden sich ihre Revanchepläne — so kalkulieren sie — verwirklichen lassen. Die Durchsetzung aller gewerkschaftlichen Forderungen, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art, würde dann ungeheuer erschwert, verzögert bzw. ganz unmöglich gemacht.

Wir sehen in dem neuen Grundsatzprogramm des DGB eine realistische Plattform für den gegenwärtigen Kampf der westdeutschen Gewerkschaften. Es muß zur Grundlage werden für das gemeinsame Handeln aller Gewerkschaften, aller sozialdemokratischen, kommunistischen, parteilosen und christlichen Kollegen im Kampf für die längst fälligen und notwendigen demokratischen und sozialen Reformen in der Bundesrepublik.

In jüngster Zeit haben sich bereits viele Stimmen geäußert — und dies sowohl in der Gewerkschaftspresse als auch auf gewerkschaftlichen Tagungen —, die eine klassenmäßige Stellung der westdeutschen Gewerkschaften zum Staat fordern. Im Grundsatzprogramm des DGB aber wird nicht dargelegt, daß der Staat und all seine Institutionen von den Monopolherren beherrscht werden

und deren Interessen untergeordnet sind. Im Grundsatzprogramm des DGB wurden Formulierungen gewählt, die Illusionen zulassen, als könnten die Gewerkschaften die Hilfe des gegenwärtigen Staates, der jetzigen Regierung für die Durchsetzung von Maßnahmen im Sinne des Grundsatzprogrammes erwarten.

Bei solchen Fragen, wie Arbeitszeitverkürzung, Urlaubsgeld, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Lohnerhöhungen, ungerechte Vermögensverteilung, soziale Leistungen steht der Bonner Staat und die Regierung auf Seiten der Monopole. Wenn der neue Bundeskanzler Erhard, den alle Gewerkschafter als „Maßhalte“-Minister kennen, von einer Regierung der Mitte spricht, so zeigt seine Stellungnahme zum Grundsatzprogramm des DGB, die sich haargenau mit der des Unternehmerverbandes deckt, daß er gegen die gewerkschaftlichen Interessen auftritt.

Die ganze Entwicklung und die gegenwärtige Praxis in der Bundesrepublik zeigen, daß es keinen über den Klassen stehenden Staat gibt, daß gewerkschaftliche Grundsätze und Forderungen nur soweit durchgesetzt werden, wie die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften sie erkämpfen. Der Streik der Metallarbeiter im vergangenen Jahr und auch die gegenwärtig stattfindenden Demonstrationen und Kundgebungen haben eindeutig erwiesen, daß der Bonner Staat und seine Regierung auf Seiten der Monopole stehen und deren sozialreaktionären Kurs verstärkt betreiben.

Jeder Gewerkschafter sollte verstehen, daß die Idee von den Gewerkschaften als „Ordnungsfaktor“ wie sie von Leber vertreten wurde, ebenso absurd ist, wie seine Behauptung, die Bundesrepublik habe aufgehört eine Klassengesellschaft zu sein. Wenn der DGB-Vorsitzende Rosenberg ein Idealbild von Staat und Demokratie konstruiert, dieses konstruierte Bild mit der Wirklichkeit verwechselt und alles, was in dieses Idealbild nicht hineinpaßt, auf „Unzulänglichkeiten, Schönheitsfehler, Danebenbenehmen oder sogar auch mangelndes Bildungsniveau der Massen zurückführt“, dann sind solche Beurteilungen des Staates eine große Gefahr für den erfolgreichen gewerkschaftlichen Kampf.

Es ist ein Ausdruck wachsenden Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse und richtiger Schlüssefolgerungen aus den vergangenen Kämpfen, wenn in über tausend Abänderungs- und Ergänzungsvorschlägen zum Entwurf des Grundsatzprogramms und auf dem Außerordentlichen DGB-Kongress selbst die Leber-Linie kaum Unterstützung fand, ja eine Abfuhr erlitt. Das heißt jedoch nicht, bei

der Masse der Arbeiter und Angestellten, bei allen Gewerkschaftern sei bereits die bewußte Erkenntnis entwickelt, daß der westdeutsche Staat ein Staat der Monopoleherren und die Ordnung eine monopolkapitalistische ist. Die notwendige Klärung gerade dieser Grundfrage wird den Gewerkschaftern bei der Auseinandersetzung mit den Monopoleherren und ihrer Regierung innere Festigkeit und Zielstrebigkeit verleihen. Sie wird den Willen stärken, die eigenen Klasseninteressen mit einer selbständigen Politik kämpferisch durchzusetzen.

Eine nicht minder große Gefahr für den Kampf der Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften um das Mitbestimmungsrecht und die Erweiterung der Demokratie ist der Antikommunismus. Ist die Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik, wo alle wesentlichen Forderungen des Grundsatzprogramms des DGB längst verwirklicht sind. Die Verfechter des Antikommunismus sind bestrebt, mit diesem Gifft die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu lähmen, die Gewerkschaften an das Monopolkapital, an die Rüstungs- und Revanchepolitik der Militaristen zu ketten. Die Verantwortung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften gegenüber dem ganzen Volk, die friedlichen, demokratischen und sozialen Interessen der Gewerkschaften gebieten, jeder antikommunistischen Hetze entschieden entgegenzutreten und die Einsicht, daß die westdeutsche Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik ihren stärksten und zuverlässigsten Verbündeten hat, überall durchzusetzen.

In der Deutschen Demokratischen Republik hat die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktagen die politische Macht, ist das Volk der Besitzer der Produktionsmittel. Wo die Produktionsmittel dem Volke gehören, da wird für den Frieden gearbeitet und für den Frieden regiert. In der Volkskammer der DDR sind 61,4 Prozent Arbeiter, im Deutschen Bundestag hingegen 1 Prozent. Im Deutschen Bundestag sind 32,3 Prozent der Abgeordneten Konzernvertreter, in der Volkskammer aber kein einziger. In diesem deutschen Staat haben die Werktagen die Ursachen des Krieges, die Herrschaft der Konzerne, Banken und Großgrundbesitzer beseitigt und die Macht- und Besitzverhältnisse zu ihren Gunsten entschieden. Sie haben das Grundübel aller bisherigen Gesellschaftsordnungen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft und das Fundament für eine neue Demokratie, für wahre Freiheit und Selbstbestimmung des Volkes gelegt.

Die gleichen Kräfte des deutschen Monopolkapitals und Militarismus, die ihren

ungeteilten Führungsanspruch in Staat und Wirtschaft den gewerkschaftlichen Forderungen nach Ausweitung des Mitbestimmungsrechtes entgegenstellen, wollen die westdeutschen Arbeiter und Gewerkschafter gegen die DDR aufbringen. Sie tun das zum Schaden der westdeutschen Gewerkschaften und um zu verhindern, daß die Arbeiterklasse und ihre Organisationen auch in der Bundesrepublik ihrer Verantwortung gerecht werden. Die westdeutsche Arbeiterklasse ist einem starken Druck seitens der Monopolherren und Militaristen ausgesetzt. Sie wird und kann unter diesen Bedingungen ihrer historischen Aufgabe und Verantwortung nur dann gerecht werden, wenn sie sich in ihrem demokratischen und sozialen Kampf auf den Teil Deutschlands stützt, in dem das Volk bereits herrscht, von dem heute die Initiative zu Frieden, Demokratie und sozialem Fortschritt ausgeht.

Mit Recht sprechen heute Gewerkschaftsfunktionäre von einer "Synchronisation" zwischen den großen Monopolen und dem Staat. Sie erklären, daß aus alten Besitz- und Machtverhältnissen mit einem von Faschisten durchsetzten Staatsapparat, mit SS-Leuten im Verfassungsschutz, Blutrichtern in der Justiz und Hitler-Generalen an der Spitze der Bundeswehr kein sozialer und demokratischer Rechtsstaat entstehen kann. Hier müssen Verfassung und Verfassungswirklichkeit auseinanderklaffen. Hier herrschen Revanchismus und Militarismus in allen Bereichen des gesellschafts-

lichen Lebens. Die Gewerkschaften dürfen keine „Ordnungsfunktion“ in diesem Staat übernehmen, sondern müssen vielmehr den Kampf für die Entfernung der belasteten Nazis und Militaristen, für die Zurückdrängung der Allmacht der Monopole, für den bestimmenden Einfluß bewährter Demokraten, Antifaschisten, Gewerkschafter in Wirtschaft und Staat kämpfen.

Im Grundsatzprogramm des DGB wurde eindeutig zur Verteidigung der im Grundgesetz verankerten demokratischen Rechte und Freiheiten aufgerufen. Um alle Gewerkschafter, die ganze Bevölkerung für die aktive Verteidigung der Demokratie zu gewinnen, ist es erforderlich, jede, und sei es die geringste Verletzung des Grundgesetzes, ganz gleich gegen wen sie sich richtet, mit aller Entschiedenheit zu entlarven und zu verhindern. Eine erfolgreiche Verteidigung der demokratischen Rechte heißt darüber hinaus, sich einzusetzen für die Wiederherstellung der Legalität der KPD und die freie Betätigung aller Kommunisten im betrieblichen und öffentlichen Leben.

Dieser Kampf zur Verteidigung des Grundgesetzes, zur Verhinderung der Notstandsgesetze ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchsetzung der Forderung nach gewerkschaftlicher Mitbestimmung im Betrieb, in der Wirtschaft und im Staat, ist ein wichtiger Bestandteil des Kampfes um Frieden und soziale Sicherheit.

Entschiedener Kampf für die sozialen Rechte, gegen die Sozialreaktion

Die auf dem Außerordentlichen DGB-Kongreß zu recht getroffene Feststellung, daß die Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik schärfer werden, hat sich schon jetzt vollauf bestätigt. Die Monopole und ihre Erhard-Regierung sind vom „Appeil zum Maßhalten“ zum direkten Angriff auf die sozialen, betrieblichen und demokratischen Rechte der Arbeiter übergegangen. Die Arbeiterklasse aber manifestiert mit den jüngsten Kundgebungs- und Demonstrationswelle ihre Bereitschaft zum entschiedenen Kampf gegen die Preissteigerungen und die reaktionäre Bonner Sozialpolitik für Teuerungszulagen und Lohn erhöhung.

Diese Kampfansage der Arbeiterklasse an die sozialreaktionären Maßnahmen und die Rüstungspolitik der Monopolherren — das ist jetzt das Grundsatzprogramm des DGB in Aktion. Diese Aktionen sind ein Hebel nicht nur für die Verwirklichung sozialpolitischer Forderungen des Grundsatzprogramms, sondern auch für die Lösung der entscheidenden gewerkschaftlichen Aufgabe

unserer Tage: die Gewinnung der Arbeiterklasse für den Kampf um gewerkschaftlichen Einfluß auf das gesamte politische und staatliche Leben. Die Arbeiterklasse an diesen Kampf heranzuführen, das sollte Aufgabe und Ziel des Aktionsprogramms des DGB sein, das sollte in den Demonstrationen und Kundgebungen zum diesjährigen 1. Mai seinen kämpferischen Ausdruck finden.

Das Grundsatzprogramm des DGB verwirklichen heißt, den Angriff auf die Lebenshaltung der Werktätigen in mächtvollen Aktionen zurückzureißen und durch eine aktive Lohnpolitik einen höheren Anteil am Sozialprodukt zu erkämpfen. Es gilt, den Kampf gegen die multilaterale Atommacht, für Achtung und Verbot von Atomwaffen, für Rüstungsstopp für Verhandlungen der beiden deutschen Staaten und einen eigenen Beitrag der Bundesrepublik für Entspannung und Abrüstung mit allen übrigen demokratischen und friedliebenden Menschen, mit den Bauern, den Bürgern und Geistesschaffenden zu führen. Jeg-

liche Verletzung des Grundgesetzes ist zu verhindern. Die Notstandsgesetze müssen endgültig zu Fall gebracht und stattdessen eine Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Gewerkschaften durchgesetzt werden.

So werden die Gewerkschaften ihrer Aufgabe und Verantwortung nicht nur gegenüber der Arbeitersklasse, sondern gegenüber dem ganzen Volk, der ganzen Nation, dem Frieden in Deutschland und in der Welt gerecht.

Über das offene deutsche Gespräch

von ERICH GLÜCKAUF, Mitglied des Politbüros des ZK der KPD

Das Leben selbst hat die Einschätzung der Lage und der Entwicklungstendenzen, wie sie auf unserem Parteitag 1963 gekennzeichnet wurde, bestätigt. In der Programmativen Erklärung unserer Partei heißt es:

„Der Gang der Geschichte schafft zunehmend günstigere Bedingungen auch für den Kampf der westdeutschen Bevölkerung um Frieden und friedliche Koexistenz, um ihre demokratischen und sozialen Interessen.“

Es war unausbleiblich, daß unter dem Zwang der bedeutsamen Veränderungen in der Welt und in Deutschland auch in der Bundesrepublik die Politik neu in Bewegung geraten mußte. Adenauers Rücktritt als Bundeskanzler war nicht ein Akt der Freiwilligkeit, sondern erfolgte im Zusammenhang mit dem Scheitern seiner Politik, seiner Zielsetzung und seinen Regierungsmethoden. Als vollkommen irreal erwies sich die Spekulation mit dem Anschluß an die NATO und durch die Atomrüstung die Sowjetunion zu erpressen und die Deutsche Demokratische Republik zur „Kapitulation“ zu zwingen. Als irreal erwiesen sich alle revanchistischen Pläne der Grenzrevisionen ebenso wie alle Absichten, durch Sabotage und andere Störaktivität, die sozialistische Entwicklung in der DDR aufzuhalten zu können. Diese abenteuerliche Politik, die das Hauptmerkmal der „Ära Adenauer“ ist, brachte der westdeutschen Bevölkerung auf keinem Gebiet des Lebens Sicherheit, sondern außenpolitisch zunehmende Isolierung, innenpolitisch verstärkte Reaktion und wirtschaftspolitisch nur steigende Lasten und zunehmende soziale Unsicherheit. Und was die Herzenssache aller Deutschen anbetrifft, so führte die Aden-

auersche „Politik der Stärke“ nicht zur Wiedervereinigung, sondern vertieft den Graben, der die beiden deutschen Staaten trennt. Adenauer scheiterte als Bundeskanzler, weil seine Politik immer mehr in Widerspruch zu den friedlichen, nationalen und sozialen Interessen des Volkes geraten war.

Diese offene Bestandsaufnahme über die Ergebnisse der Adenauer-Politik ist erforderlich, damit die neuen Wege der westdeutschen Politik, die zu besseren Ergebnissen führen müssen, richtig abgesteckt werden. Das Neue in der Lage in der Bundesrepublik besteht darin, daß in allen Kreisen der Bevölkerung, in den Parteien und gesellschaftlichen Organisationen ein Suchen nach neuen Wegen, aber zuweilen auch schon ein durchdachtes und konstruktives Vorgehen zu einer realen Politik des Friedens und der Vernunft festzustellen ist. Die politischen Fronten sind neu in Bewegung geraten. Während es Adenauer gelang, Regierung und Parlament unter „seinen Hut“ zu zwängen, wobei er mit drohender Faust darauf achtete, daß niemand aus der Reihe tanzte, prallen jetzt — nicht nur im Verborgenen, sondern offen — die politischen Widersprüche innerhalb der Regierung und den Regierungsparteien wie im gesamten öffentlichen Leben aufeinander. Der Programmativen Erklärung unserer Partei und der damit im Zusammenhang stehenden großen Initiative für die Aufhebung des Verbots unserer Partei, wie sie im Brief des Genossen Max Reimann an den neuen Bundeskanzler Erhard begründet ist, kommen darum eine große Bedeutung zu, weil ein neues Ringen aller gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik um die Weiterentwicklung der Politik begonnen hat.

Über das Neue in der Lage

Unsere Partei ist die Partei in der Bundesrepublik, die auf diese neue Lage und die in ihr zu lösenden Aufgaben am besten vorbereitet ist. Da wir uns auf die marxistisch-leninistische Wissenschaft stützen, konnten wir das Scheitern der Adenauer-Politik und die Ursachen hierfür rechtzeitig analysieren, wobei wir sowohl die Veränderungen in der inter-

nationalen Lage als auch die gegenwärtige Rolle wie die historische Bedeutung der sozialistischen DDR richtig herausarbeiten. Die Veränderungen in der internationalen Lage wurden vor allem durch folgende Faktoren bestimmt:

1. Das Wachstumstempo der industriellen Produktion der Sowjetunion und

der sozialistischen Länder ist höher als das der imperialistischen Länder, so daß, allen Spekulationen der Imperialisten zum Trotz, die Entwicklung der sozialistischen Länder erfolgreich vorwärtschreitet.

2. Durch den weiter fortschreitenden Zerfall des Kolonialsystems und den Kampf der jungen Nationalstaaten für eine demokratische und sozialistische Entwicklung wurden Kraft und Einfluß des Imperialismus auf die Weltangelegenheiten weiter geschwächt.

3. Die militärische Stärke der Sowjetunion und die tödliche Verwundbarkeit auch der USA durch die modernen Massenvernichtungswaffen haben die der Vernunft zugänglichen imperialistischen Kreise ernüchtert und sie die Gefahren militärischer Konflikte besser begreifen gelehrt. Sie erachten daher, wenn auch zögernd, eine Politik, die zu einer Minde rung der Spannungen führt, für nützlich.

4. Die ungleichmäßige Entwicklung der imperialistischen Länder schafft unter ihnen selbst in stärkerem Maße wirtschaftliche und politische Konflikte. (Gegensätze USA-Frankreich, England-Frankreich, Gegensätze innerhalb der EWG). Das Drängen der westdeutschen

Imperialisten nach einer bevorrechtigten Stellung in der NATO und in der EWG verschärft diese Spannungen und Konflikte.

5. In allen imperialistischen Ländern — besonders stark in der imperialistischen „Führungs mächt“ USA — verschärfen sich die sozialen Konflikte, der Kampf der Arbeiterklasse und der Bauern gegen die Heraufsetzungen der Rüstungslasten und sozial-reaktionärer neuer Maßnahmen, die gewaltige Massenbewegung der Neger gegen die Rassendiskriminierung, die demokratischen Bewegungen der Volksmassen gegen die Monopole.

Ohne die Wirksamkeit all dieser Faktoren wäre die friedliche Lösung der Krise im Karibischen Meer, die Sicherung der Existenz und Unabhängigkeit des sozialistischen Kuba wie die Unterzeichnung des Moskauer Abkommens über die teilweise Einstellung der Atomtests nicht möglich gewesen. Diese bedeutsamen internationalen Übereinkünfte beweisen die Notwendigkeit, die Möglichkeit und die großen Perspektiven der Politik der friedlichen Koexistenz und zwar für alle Völker, für das Leben und den Fortschritt der ganzen Menschheit.

Welches sind die wichtigsten Veränderungen in Deutschland?

1. Mit den Schutzmaßnahmen der DDR am 13. August 1961 wurde allen Plänen der westdeutschen Imperialisten, sich die DDR einzuverleiben, ein Riegel vorgeschoben. Damit wurde eine entscheidende Maßnahme für die Sicherung des Friedens in Deutschland durchgeführt. Vom 13. August 1961 an begann die offene Krise der Adenauer-Regierung, die dann zum Rücktritt Adenauers führte.

2. Mit der weiteren ökonomischen Stärkung der DDR, dadurch, daß ihre Wirtschaft störfrei gemacht wurde von der Diversionstätigkeit der westdeutschen Revanchisten, konnten die ökonomischen Gesetze des Sozialismus wirksam gemacht werden. Die sozialistische Demokratie konnte sich auf allen Gebieten schneller entfalten, was vor allem in der immer stärkeren Anteilnahme aller Bevölkerungsschichten an der Gestaltung des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zur Geltung kam. Auf dieser Grundlage konnten die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die Regierung der DDR ihre neuen großen Initiativen zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage ergreifen und mit ihrer friedlichen und humanistischen Politik in der Welt und auch in der Bundesrepublik wachsende Zustimmung finden.

3. Im Zusammenhang mit dem Scheitern der Adenauer-Politik entstand in der Bundesrepublik selbst eine Lage, in der immer mehr Menschen eine Veränderung der Politik wünschen und dies auch in ihren Forderungen zum Ausdruck bringen, in der die Differenzen dazu hinsetzen in die herrschenden Kreise zunehmen und wo die Möglichkeiten für die demokratischen Kräfte wachsen.

Das sind die wesentlichen Züge der Lage zu einem Zeitpunkt, da in der westdeutschen Illustrierten „Der Stern“ das große Interview mit dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Genossen Walter Ulbricht, erschien, in dem die Notwendigkeit des „Offenen deutschen Gesprächs“ begründet und Vorschläge für dieses Gespräch entwickelt wurden. Diese Anregungen des Genossen Walter Ulbricht fanden darum auch in der Bundesrepublik eine große Resonanz und Zustimmung, weil große Teile der westdeutschen Bevölkerung ebenfalls empfinden, daß der Zeitpunkt für eine solche Aussprache gekommen ist, und daß sich hieraus neue Grundlagen einer Politik der friedlichen Lösung der nationalen Lebensfragen unseres Volkes auch in der Bundesrepublik ergeben müssen. An diesem Gespräch müssen alle demokratischen Kräfte be-

teilt sein. Die Legalität der KPD ist darum zu einem aktuellen Erfordernis geworden, weil unsere Partei bei dieser

offenen deutschen Aussprache ihren wesentlichen Beitrag vor der gesamten Öffentlichkeit leisten kann und will.

Welche Bedeutung hat dieses offene deutsche Gespräch für die Bevölkerung in der Bundesrepublik?

Wir Kommunisten erblicken in diesem Gespräch einen Akt demokratischer Willensbildung. Das Gespräch ist notwendig, damit endlich ein Ausweg aus der Sackgasse der „Politik der Stärke“ gefunden wird. Ein Erfordernis für alle ist die Schaffung einer sachlichen Atmosphäre ohne Drohung, ohne Einschüchterung, ohne Verketzerung. Die Überwindung der Adenauer-Ara macht es erforderlich, daß die demokratischen Bestimmungen des Grundgesetzes wieder ihre volle Gültigkeit erhalten und daß den Kräften in Staat und Regierung, die „außerhalb der Legalität“ handeln, der Einfluß genommen wird. Die Höcherl, Barzel, Lemmer, von Hassel, Krone und Adenauer bedienen sich der Methode aus dem „Dritten Reich“, viel über das Selbstbestimmungsrecht zu reden und dabei zugleich eine Voraussetzung für das Selbstbestimmungsrecht, nämlich den freien Meinungsaustausch des Volkes, das offene freimütige Wort, das selbständige Denken und das Handeln aus eigener Verantwortung zu unterdrücken. Darum ist das offene Gespräch auch ein

Erfordernis vom Standpunkt der Realisierung des Selbstbestimmungsrechts der westdeutschen Bevölkerung.

Es ist von großer Bedeutung, daß im Zusammenhang mit dem deutschen Gespräch eine Klärung des Begriffs und des Inhalts des Selbstbestimmungsrechts herbeigeführt wird. Die kalten Krieger, die Feinde einer Politik der Verständigung und Entspannung, haben aus der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht eine „vergiftete Waffe“ gemacht, die sie gegen diejenigen richten, die, ausgehend von der realen Lage, für eine Politik der Vernunft eintreten. Imperialismus war und ist stets unvereinbar mit dem Selbstbestimmungsrecht, ebenso wie Revanchismus unvereinbar ist mit freiheitlicher, demokratischer Willensbildung. So wie der Hitler-Faschismus die Ansprüche und die Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus begründet hat mit dem „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen“, so bedienen sich heute die Imperialisten und Revanchisten der gleichen Terminologie zur Tarnung ihrer Revanchepolitik.

Das Selbstbestimmungsrecht wahrnehmen!

Warum ist das deutsche Gespräch untrennbarer Bestandteil des Kampfes um das Selbstbestimmungsrecht der westdeutschen Bevölkerung? Mit der Zustimmung zu den Pariser Verträgen hat die Adenauer-Regierung ausdrücklich das Selbstbestimmungsrecht in der deutschen Frage preisgegeben. Sie verzichtete, wie sich der Vertraute Adenauers und ehemalige „Gesamtdeutsche Minister“ Barzel ausdrückte, auf eine „nationale Gangart“ in der Frage der deutschen Wiedervereinigung und machte bis zum Jahre 2005 die drei Westmächte zu obersten Schiedsrichtern über unsere nationalen Grundinteressen. Wie alle bisherigen Erfahrungen beweisen, ist das eine Politik, die niemals zur Wiedervereinigung, sondern nur zur Vertiefung der Spaltung Deutschlands führt. Es ist eine abgrundtief Heuchelei, einerseits mit lautstarker Stimme das Selbstbestimmungsrecht „zu fordern“ und andererseits mit der Unterschrift unter die Pariser Verträge das elementarste Recht, nämlich in den nationalen Fragen selbst zu entscheiden, selbst zu handeln, preiszugeben. Bekanntlich beginnt der Kampf um das nationale Selbstbestimmungsrecht bei allen Völkern — ohne jede Ausnahme — damit, daß sie

dafür eintreten, sich von äußerer Herrschaft und Bevormundung zu befreien und ihre nationalen Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen. Die Erfahrungen der westdeutschen Nachkriegsgeschichte beweisen: Der Einfluß der ausländischen Imperialisten, der Imperialisten der USA, Großbritanniens und Frankreichs, auf die westdeutsche Politik, diente zu keinem Zeitpunkt den deutschen Interessen, sondern den eigenen, spezifischen Interessen der Imperialisten dieser Länder. Darum drängten sie im Pariser Abkommen darauf, daß nur sie allein das erste und letzte Wort darüber haben, ob, wann und wie die deutsche Frage geregelt werden soll. Das aber bedeutet den Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht für Westdeutschland.

Es geht also jetzt darum, das Selbstbestimmungsrecht für die westdeutsche Bevölkerung durchzusetzen. Das offene deutsche Gespräch ist ein Weg zu diesem Ziel, weil hierbei Deutsche mit Deutschen in deutscher Sprache mit dem Ausgangspunkt ihrer deutschen Interessen und mit dem Ziel der Lösung der deutschen Frage diskutieren. Wenn die Bonner Ultras erklären, sie seien gegen

eine „nationale Gangart“, so beweist die ganze Entwicklung der letzten Jahre, daß es überhaupt keinen anderen Weg gibt als den, daß die Deutschen über ihre eigenen nationalen Probleme selbst diskutieren und daß sie selbst nach Lösungen suchen. Das aber ist nur möglich durch Verständigung, durch Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

Bekanntlich war dies schon immer der Standpunkt der Kommunistischen Partei Deutschlands. Unsere Partei hat stets die Vorschläge der Regierung der DDR zur Verständigung, all ihre zahlreichen Angebote über Schritte zur Entspannung und zur Abrüstung zwischen den beiden deutschen Staaten begrüßt. All diese Vorschläge wurden bislang von den Bonner Machthabern abgelehnt, so daß selbst Mitglieder unserer eigenen Partei zu der Auffassung kamen, aus den Vorschlägen, die die DDR macht, komme doch nichts heraus, denn die Scharfmacher in Bonn würden doch ihren Weg der Aufrüstung und der Revanche unbekümmert fortfsetzen. Aber unverkennbar hat jetzt die beharrliche Friedenspolitik der SED und der Regierung der DDR zu ersten Ergebnissen geführt. Darum ist es erforderlich, daß die ganze Partei, alle Mitglieder und Funktionäre, alle Parteileitungen das Neue in der Lage in seiner vollen Bedeutung erkennen. Mit der Vereinbarung von Berlin über die Passierscheinfrage ist für die gesamte Bevölkerung sichtbar geworden, daß es

zur Lösung der brennenden deutschen Fragen gangbare und erfolgreiche Wege gibt und daß dem sturen Kurs Adenauers, der gewaltsmäßen Eroberung der DDR oder der weiteren Zementierung der Teilung Deutschlands eine andere Politik entgegengesetzt werden kann. Dies auch darum, weil die Politik der Stärke der Adenauer, Lemmer, Barzel, Krone, von Hassel ohnehin aussichtslos ist und in ihrer Konsequenz nur im Nichts, in einer Atomwüste enden könnte.

Wenn also heute die Notwendigkeit besteht, die Spannungen in Deutschland und die Ursachen für die Spannungen in Europa zu beseitigen, dann muß man die gescheiterte Adenauer-„Politik der Stärke“ beenden und den mit der Berliner Vereinbarung beschrittenen Weg konsequent weitergehen. Bei dieser Vereinbarung ist doch herausgekommen, daß vielen Menschen eine große Freude bereitet wurde. Durch den Willen der großen Mehrheit der Westberliner wurden die kalten Krieger und Revanchisten zurückgedrängt und der Westberliner Senat veranlaßt, Verhandlungen mit der Regierung der DDR sachlich zu führen. So errang die Bevölkerung in gewissem Maße wenigstens in dieser Frage ihr Recht auf Selbstbestimmung. All das muß man im Auge haben, um das Neue in der Lage und die sich daraus ergebenden weiteren neuen Möglichkeiten für die Entwicklung des deutschen Gesprächs zu erkennen.

Das deutsche Gespräch Sache aller Kräfte der Arbeiterklasse

Bei einer Beratung mit den Mitgliedern einer Kreisleitung traf Genosse Max Reimann die Feststellung, daß viele Leitungen unserer Partei auf diese neue Lage und auf die Erfordernisse, die sich hieraus für die Partei ergeben, noch nicht richtig vorbereitet sind. Manche unserer Genossen sehen im offenen deutschen Gespräch lediglich eine neue Methode, mit der die DDR auf die Bevölkerung in der Bundesrepublik einwirken will. Aber es geht darum, daß das deutsche Gespräch zur Sache der Arbeiterklasse und der Bevölkerung der Bundesrepublik werden muß, daß es für die friedliebenden Kräfte der Bundesrepublik von zentraler Bedeutung ist, damit bei uns das Kräfteverhältnis verändert wird, damit bei uns die Arbeiter, die breiten Volksschichten mehr Einfluß auf die Politik gewinnen, ihre eigenen friedlichen, demokratischen Vorstellungen und Forderungen ins Spiel bringen, damit diejenigen in die Defensive geraten, die weiterhin in den „Schützengräben des kalten Krieges“ verharren wollen u. l die nach der Verfügungsgewalt über Atomwaffen gieren.

Es geht also beim deutschen Gespräch um die Interessen aller Deutschen, um die Sicherung des Friedens für unsere Nation, um die Wege zur Lösung der deutschen Frage. Die Bevölkerung der DDR und ihre Regierung haben dabei eine feste Orientierung. Sie stärken ihren Friedensstaat, verschaffen ihm durch den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau und durch eine konsequente Friedenspolitik in der Welt höheres Ansehen und unterbreiten ihre Vorschläge an die Bundesrepublik. Das ist eine klare Sachlage, an der nichts zu drehen und zu deuteln ist. In der Bundesrepublik ist das noch anders. Nach der Berliner Vereinbarung sind die reaktionären Kreise, angeführt von Adenauer, Barzel, Lemmer und Krone und unterstützt von einer großen Propagandamaschinerie, zum Feldzug gegen die Vernunft, gegen die Fortsetzung von Verhandlungen der zuständigen Stellen und gegen weitere Vereinbarungen angetreten. Dieser Feldzug hat gefährliche Formen angenommen. Er äußert sich nicht nur in einem zunehmendem Druck auf Erhard und seine Politik, sondern auch in zuneh-

mender Diffamierung solcher Politiker und Persönlichkeiten, die, ermutigt durch die Vereinbarung von Berlin, weitere Schritte auf dem Wege des Verhandelns und der Entspannung fordern. Wenn man aber die Frage wie weiter? richtig beantworten will, dann wird offensichtlich, daß das Entscheidende jetzt ist, das deutsche Gespräch in der Bundesrepublik allseitig zu entwickeln und dabei den Brief des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, des Genossen Walter Ulbricht, an Bundeskanzler Erhard über den umfassenden Verzicht auf Kernwaffen in seiner großen politischen und menschlichen Bedeutung vor der ganzen Bevölkerung, insbesondere vor der Arbeiterklasse, vor den Gewerkschaftern, den Sozialdemokraten, den christlichen Werktagen zu erläutern und zu würdigen.

In diesem Schreiben von Walter Ulbricht werden keinerlei Forderungen an die Bundesrepublik gestellt, die nicht zugleich Forderungen an die DDR sind. Zugleich wird vorgeschlagen, die Durchführung des Abkommens einer internationalen Kontrolle zu unterstellen. Es geht doch dabei um eine Forderung, die die Realisierung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen in der Grundfrage ihres Lebens, der Frage ihrer physischen Existenz beinhaltet. Es geht um die Entscheidung darüber, ob durch die Atomrüstung neue unüberwindbare Hindernisse auf dem Wege zur Wiedervereinigung aufgetürmt werden sollen oder ob durch eine Politik der Vernunft, der Menschlichkeit, der Weg zur schrittweisen Lösung der nationalen Lebensfrage unseres Volkes beschritten wird.

Bislang war das entscheidende Argument der Unbelehrbaren, der Erzreaktionäre, Adenauers und seiner Kreise, daß man in keiner Frage mit der Regierung der DDR verhandeln dürfe, weil man nicht der Zwei-Staaten-Theorie Vorschub leisten wolle. Walter Ulbricht hat diese Prestigefrage beiseite geschoben und schlägt vor, ein Vertragswerk über den umfassenden Verzicht auf Kernwaffen für beide deutschen Staaten zu schaffen, das keine der beiden Seiten zu irgendeiner Form der gegenseitigen staatlichen Anerkennung verpflichtet.

Das offene deutsche Gespräch gibt der Arbeiterklasse die große Chance, die unumgänglich gewordene Auseinandersetzung mit den Revanchisten und kalten Kriegern in allen Parteien zu führen, damit in der Bundesrepublik eine Politik beendet wird, die lebensgefährlich ist und im Widerspruch zum Lauf der Zeit steht.

Das deutsche Gespräch ist somit ein Generalangriff auf den Revanchismus,

damit auch in der Bundesrepublik eine Politik der friedlichen Koexistenz durchgesetzt wird.

All das entspricht den Forderungen der Gewerkschaften, der Friedensorganisationen, der Mehrheit der Jugendorganisationen und den vernünftigen Politikern aller Parteien, die in der allgemeinen Atmosphäre des Drucks und der Einschüchterung es nicht wagten, ihre wirklichen Gedanken in der Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen.

Die Hauptfrage ist jetzt, daß die Arbeiterklasse ihre Verantwortung in der entstandenen neuen Lage erkennt und ihre ganze Kraft dafür einsetzt, die neuen Chancen, die sich aus dieser Lage ergeben, zu nutzen. Die Forderungen der Gewerkschaften nach einer Politik des Friedens und der Entspannung, gegen die atomare Aufrüstung, gegen die Notstandsgesetzgebung, für die Verteidigung der demokratischen Rechte, für wirtschaftliche und soziale Sicherheit stehen in untrennbarem Zusammenhang mit dem deutschen Gespräch. Sie gilt es jetzt mit einer erhöhten Aktivität zu vertreten. Alle Arbeiter, alle Gewerkschafter und Anhänger des Friedens, alle, denen die nationale Wiedervereinigung eine Herzenssache ist, müssen eines begreifen: Für Verhandlungen sein, das bedeutet zu allererst für Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu sein; gegen Atomwaffen sein, das bedeutet vor allem gegen Atomwaffen auf deutschem Boden zu sein.

Wenn die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften und vor allem auch die Sozialdemokratische Partei in dieser Richtung auftreten, werden sie die große Mehrheit der übrigen Bevölkerung dabei an ihrer Seite finden. Das zeigt bereits die Berliner Vereinbarung in der Passierscheinfrage. Auf dem Wege der Zustimmung zur multilateralen Atombewaffnung der Bundesrepublik, den auch solche sozialdemokratischen Führer wie Wehner und Erler weitergehen wollen, werden selbst die Ansätze einer Politik der Entspannung zur Genugtuung der Ultras zerstochen. Aber in der Fortsetzung des offenen deutschen Gesprächs und im Kampf um die Durchsetzung von Gesprächen und Vereinbarungen auch zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR, die auf die Linie der Gewaltverzichts, der Abrüstung, der Bildung gesamtdeutscher Kommissionen auf den Gebieten der Wirtschaft, der Kultur, des Sports, des Verkehrs und späterhin zu einer deutschen Konföderation führen —, auf diesem Wege allein gelangt unser Volk auch zu seiner Wiedervereinigung in einem neutralen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staat.

Der Beitrag, die Initiative, mit der die Kommunisten innerhalb der Arbeitersklasse, in den Gewerkschaften, mit den Sozialdemokraten die Entwicklung des deutschen Gesprächs leisten, daran, wie sie verstehen, in allen Schichten der Bevölkerung zu wirken, um zu erreichen, was der Erste Sekretär unserer Partei,

Genosse Max Reimann, am Beginn des neuen Jahres forderte: „Das Jahr 1964 muß das Jahr der Entspannung und der Verständigung in Deutschland werden!“ — das ist der Maßstab für die politisch-ideologische Reife aller Leitungen der Partei wie eines jeden Mitglieds.

Gegen den Bildungsnotstand, für eine Neuordnung des Schulwesens!

von OSKAR NEUMANN, Mitglied des Politbüros des ZK der KPD

Zu den negativsten Posten in der Bilanz der Adenauer-Ära gehört unstrittig der Zustand des Schul- und Bildungswesens in der Bundesrepublik. Schon seit Jahren war aus den Reihen der Arbeiterbewegung und der fortschrittlichen Intelligenz heftige Kritik am materiellen und geistigen Elend der Schule, an der Aufrechterhaltung des Bildungsprivilegs, an der Militarisierung und Klerikalisierung des Unterrichts, am Lehrermangel und an der ungünstigen Ausbildung des pädagogischen Nachwuchses geübt worden.

problem für die Lösung der kommenden Aufgaben angenommen hat.

Es wird also deutlich: Nach Jahren der Erstarrung kommt nunmehr auch die Schulpolitik in der Bundesrepublik in Bewegung. Die Auseinandersetzung um die Überwindung des Adenauerschen Erbes kann an den Fragen der Volksbildung und des Schulwesens nicht vorübergehen. Dabei müssen sich alle am schulischen Fortschritt interessierten Kräfte darüber im klaren sein, daß sie ihre Ziele nur im Kampf gegen die Scharfmacher durchsetzen können. Drücken doch diese darauf, weiterhin die Ausgaben für Atomrüstung und Kriegsvorbereitung mit absolutem Vorrang zu behandeln; sie sehen, wie auf dem Gelsenkirchener Kulturkongreß der CDU von Krone erklärt wurde, die Mittel für die Atombombe als „kulturelle Ausgaben“ an. Diese Einstellung ist die Quelle des materiellen wie des geistigen Elends unserer Schulen. Denn eben von dorther wird der inhaltliche Auftrag der westdeutschen Schule so bestimmt, daß sie die junge Generation nicht zu friedlicher Arbeit und demokratischer Verantwortung, sondern „für eine neue Ausfahrt im Auftrage Europas“, zu neuen Kriegsabenteuern vorbereitet soll. Darum wird die deutsche und internationale Öffentlichkeit immer wieder durch Schulbücher alarmiert, in denen, statt die Vergangenheit zu bewältigen, der Faschismus beschönigt und Revanchehete betrieben wird. Darum haben 40 Prozent aller Schulfunksendungen die Lüge und den Haß gegen die DDR und gegen die Länder des Sozialismus, die Verleumdung und Fälschung des Kommunismus zum Inhalt. Darum wird von Staats wegen der schulfremde Einfluß der Revanchistenverbände und der Kontaktstellen der Bundeswehr forciert, die den Geist der humanistischen Pädagogik verhöhnen und die Einheit der Erzie-

In jüngster Zeit meldeten sich nunmehr auch immer mehr Stimmen aus dem bürgerlichen Lager, die auf das Zurückbleiben der westdeutschen Schule gegenüber der DDR, den übrigen sozialistischen Ländern und den konkurrierenden kapitalistischen Staaten hinweisen und vor den daraus selbst für die Interessen der herrschenden Kreise der Bundesrepublik erwachsenden Gefahren warnen. Dabei hat besonders das Gutachten von Prof. Edding und seine Auswertung in der Massenpresse und im Fernsehen alarmierend gewirkt. So stellt zum Beispiel der „Stern“ anlässlich des Regierungsantritts von Erhard fest, daß bei Fortsetzung des Adenauer-Kurses das eintreten werde, was Fachleute bereits errechnet haben: „Die Bundesregierung wird in zehn Jahren statt Fremdarbeiter fremde Führungskräfte importieren müssen.“ In ähnlichem Sinne wurde auf der Bundeskonferenz der SPD vom 14. Dezember 1963 festgestellt, wenn die Dinge weiter so blieben wie bisher, „dann werden wir in absehbarer Zeit für Hunderttausende unserer Kinder keinen geordneten Schulunterricht mehr garantieren können“. Unter diesem Druck der öffentlichen Meinung konnte auch Bundeskanzler Erhard in seiner Regierungserklärung nicht umhin, auf die Bedeutung zu verweisen, die das Schul-

hungsprobleme von Schule und Kasernenhof als Richtschnur fordern.

Auf diese Weise haben die aggressivsten Kräfte der Großbourgeoisie die westdeutsche Schule in einen unlösbaren Widerspruch zu den Anforderungen und Interessen des Volkes gebracht. Sie haben auch auf diesem Gebiet bewiesen, daß sie längst jeglichen Führungsanspruch verspielt haben. Die Lösung dieser Krise, die Überwindung des nationalen Notstands der Schule kann nur in dem Maße gelingen, wie die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Schichten und in Zusammenarbeit mit den Kräften der Vernunft aus dem Bürgertum sich selbst den anstehenden Aufgaben der Neuordnung des Schul-

wesens zuwendet. Dabei eröffnen sich ihr gerade jetzt, da die Auseinandersetzung bis tief in die herrschende Klasse hineingeht, neue Möglichkeiten, um viele Verbündete zu gewinnen und ihre Forderungen nach einem fortschritten Schulwesen, nach der Überwindung des Bildungsprivilegs, nach wissenschaftlicher und humanistischer Ausbildung zu verwirklichen. Mit der Darlegung ihrer schulpolitischen Forderungen will die KPD ihren Beitrag leisten, um der Arbeiterklasse und allen fortschritten Kräften auch auf diesem lebenswichtigen Gebiet den Weg zur Lösung der nächsten gemeinsamen Aufgaben zu weisen und ihnen eine Perspektive für die Zukunft zu geben.

Mit welchen Kräften können wir auf schulpolitischem Gebiet zusammenarbeiten?

In der vom Parteitag 1963 beschlossenen Programmatischen Erklärung der KPD heißt es:

„Die KPD tritt gemeinsam mit den Gewerkschaften und breiten Teilen der Intelligenz für eine grundlegende Umgestaltung des Schulwesens, für die großzügige Förderung der friedlichen Zwecken dienenden Wissenschaft und Forschung, für die freie Entfaltung des humanistischen künstlerischen Schaffens ein.“¹⁾

Für welches Bildungsziel soll nach unserer Auffassung die Schule erziehen? Wir Kommunisten wollen eine körperlich gesunde, in ihrem Wissen und in ihren Fähigkeiten entwickelte, moralisch saubere Jugend. Wir wollen daß die junge Generation von echtem Patriotismus vom Streben nach nationaler Einheit beseelt und gerade darum zu Taten der Entspannung und des Friedens in Deutschland entschlossen, vom Geist der Weltoffenheit und Völkerfreundschaft erfüllt ist. Darum erstreben wir eine Schule, die das Recht der jungen Generation verwirklicht, ihre Fähigkeiten für ein Leben in Frieden zu entwickeln, sich auf die Arbeitsbedingungen der modernen Technik vorzubereiten und sich mit den großen humanistischen und freiheitlichen Traditionen des eigenen Landes und der übrigen Völker vertraut zu machen. Im Beschuß unseres Parteitags ist auch dargelegt, wie die Mittel für eine grundlegende Umgestaltung des Schulwesens zu beschaffen sind:

„Durch Herabsetzung der Rüstungs-

ausgaben werden die Mittel frei für den Bau neuer Schulen, Universitäten und Forschungsinstitute; für die Beisetzung der Elendsschulen auf dem Lande; für die Erhöhung der Lehrerzahl und die Senkung der Klassenfrequenzen; für die allgemeine Einführung der zehnjährigen Mittelschulbildung; für Studienbeihilfen und Stipendien an die Kinder der Werktätigen.“²⁾

Wir gehen in diesen Forderungen einig mit der im Grundsatzprogramm des DGB proklamierten Neuordnung des Schul- und Bildungswesens. Wir halten es für einen Fortschritt, daß der DGB, der in der Vergangenheit schon wiederholt mit richtigen Erklärungen zum Erziehungs- und Bildungswesen aufgetreten war, diesen Fragen nunmehr programmatische Bedeutung beimäßt. Es wird jetzt darauf ankommen, die sich daraus ergebenden Probleme und die nächsten Aufgaben in den Gewerkschaftsorganisationen zu beraten, damit durch den Einsatz der gewerkschaftlichen Kraft tatsächlich der stärkste Hebel zur Überwindung des Notstands der Schule wirksam wird.

Dabei wird es von besonderer Bedeutung sein, die Vorschläge zur Struktur des Bildungssystems mit den inhaltlichen Forderungen zu verbinden, die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft entwickelt wurden und im „Bremer Plan“ der Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Lehrerverbände formuliert sind. Dort wird zum Beispiel verlangt, daß die politische Bildung „von den Lebensforderungen unserer Zeit auszugehen, die politisch-wirtschaftliche Wirklichkeit kritisch zu würdigen, die Rechtsgrundlagen, die Pflichten und

¹⁾ Wissen und Tat, Sondernummer Juni 1963 S. 29.

²⁾ ebenda S. 29

Rechte des jungen und des mündigen Menschen ins Bewußtsein zu heben und zu begründen" habe. Dem bornierten Chauvinismus und Revanchismus wird entgegengehalten: "Schon im Jugendlichen muß ein Verständnis für die in anderen Staaten und Völkern vorhandenen Anschauungen und Kräfte angebaut werden. Eine solche politische Bildung verlangt eine neue Besinnung auf die Geschichte. Eine Einführung in die Zeitgeschichte und eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sind notwendig."

Als die SPD im Oktober 1958 den "Plan Z" beschloß, sagte sie in ihrem Aufruf dazu: „Die Bundesregierung betreibt eine einseitige Politik der militärischen Aufrüstung. Während sie auf die atomare Rüstung starrt, fallen Entscheidungen in Instituten und Hörsälen.“ Die SPD rief damals jeden Einzelnen auf, „den stärksten Einfluß auf die Abgeordneten in den Landtagen und im Bundestag und auf die Regierungen auszuüben, um sie zum positiven Handeln zu veranlassen“; sie erklärte sich zur Zusammenarbeit mit allen bereit und versprach, sich „mit Leidenschaft gegen eine Politik des Verschleppens und der leeren Versprechungen“ zu wenden. Wir wissen uns in Übereinstimmung mit der Mehrheit der sozialdemokratischen Genossen, wenn wir die Frage stellen: Ist das alles heute, nach Jahren weiteren Verschleppens, weiterer leerer Versprechungen, weiterer Zusplitzung der Schulmiserie etwa nicht mehr zeitgemäß? Heute ist doch die Forderung aktueller und massenwirksamer denn je, der einseitigen Politik der militärischen Aufrüstung, insbesondere jeder atomaren Rüstung entgegenzutreten und dem seit Veröffentlichung des "Planes Z" von 10 auf 20 Milliarden erhöhten Kriegsetat endlich die für Schule und Wissenschaft benötigten Mittel zu entnehmen. Im "Plan Z" forderte die SPD: "Kürzung der Verteidigungsausgaben um eine Milliarde DM". Das waren damals 10 Prozent der Rüstungsausgaben; das wären bei dem gegenwärtigen Stand mindestens zwei Milliarden jährlich — und damit gerade die Summe, die den dringendsten Bedarf decken könnte. Damals forderte die SPD weiter: "Streichung der Stationierungskosten". Auch das ist heute, da weltweite Bemühungen für die Entspannung und die Schaffung einer Zone militärischer Verdünnung in Mitteleuropa wirksam sind, ein naheliegender Vorschlag. Was den "Plan Z" realistisch und wertvoll macht, ist gerade die Tatsache, daß Bildung und Politik des Weltrüstens als sich ausschließende Gegensätze aufgezeigt und daraus richtige Schlüssefolgerungen für eine Alternative gezogen werden. Damit aber ist es un-

vereinbar, wenn Erler erklärt hat, für die Rüstungsausgaben könne keine obere Grenze festgelegt werden. In denselben Widerspruch entwickelt sich Willi Eichler, der in seinem Artikel „Wo sind heute die Alternativen?“ (Geist und Tat, Nr. 12/1968) Wissenschaft und Bildung an die Spitze der Punkte setzt, in denen sich die SPD seiner Meinung nach von der Regierungspolitik unterscheidet, ohne aber die Rüstungspolitik und den Militärrat auch nur mit einem Wort zu erwähnen. Genau hier liegen die Ursachen dafür, daß Eichler selbst das „Unbehagen“ und die häufige Klage — offenbar auch aus den eigenen Reihen der SPD — konstatieren muß, „daß es zwischen der Politik der Regierung und der Opposition keine echte Alternative mehr gebe“.

Damit kann und wird sich die Mehrheit der sozialdemokratischen Genossen nicht abfinden. Nicht zuletzt sind es die sozialdemokratischen Kommunal- und Landespolitiker, vor allem in den bisher sozialdemokratisch geführten Großstädten und Ländern, die nicht umhin können, die Ergebnisse ihrer bisherigen Arbeit und ihre progressiven Forderungen gegen den materiellen und ideologischen Druck der militaristisch-klerikalen Reaktion zu verteidigen und zu sichern. In der Tat gibt es in Hessen, Hamburg und Bremen eine Reihe schulischer Fortschritte, die zu schützen und zu erweitern gemeinsames Anliegen von Sozialdemokraten, Kommunisten und liberal gesinnten Demokraten sein muß. Dazu gehört zum Beispiel in Hamburg die in Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten erreichte Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit und, ebenso wie in Bremen, die Einführung des 9. Schuljahres. Dazu gehören in Hessen die Versuche, der Lehrernot zu steuern, sowie die Einrichtung von Mittelpunktschulen auf dem Lande. Generell läßt sich sagen, daß in der Schulpolitik jeder Schritt nach vorn von unten her, gegen die reaktionäre Zentralgewalt in Bonn erreicht wurde. Diese demokratischen Möglichkeiten, die auf der verfassungsmäßigen Kulturohheit der Länder beruhen, gilt es unbedingt zu wahren. Darum sind die Notstandsgesetze auch eine Bedrohung jeglichen schulischen Fortschritts. Deshalb gehen auch alle Überlegungen zugunsten eines zentralistischen Bonner Schulministeriums völlig fehl; würde doch damit gegenwärtig nur der Angriff der Reaktion auf alles, war irgendwie dem schulischen Fortschritt dient, erleichtert.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Schulfrage zum Feld demokratischer Aktivität und Masseninitiative werden muß, messen wir Kommunisten der

Arbeit der Elternbeiräte und Schulpflegschaften eine hohe Bedeutung zu. Unsere Genossen, die schulpflichtige Kinder haben, sollten dort unbedingt mitarbeiten und sich dafür verantwortlich fühlen, daß die Elternvertretungen ihre Rechte voll wahrnehmen und sich zu demokratisch arbeitenden Körperschaften entwickeln. Die örtlichen Leitungen unserer

Partei, die Gruppen in den Wohngebieten haben eine wesentliche Aufgabe darin, sich selbst um die materielle und geistige Lage der Schulen in ihrem Bereich zu bekümmern und mit allem Nachdruck die Forderung nach mehr Mitbestimmung an den Schulen für die demokratische Öffentlichkeit zu vertreten

Die nächsten gemeinsamen Schritte zur Überwindung des Bildungsnotstands

Es fehlt nicht an vielfältigen Plänen zur Neugestaltung des Schulwesens. Auch eine Vielzahl von Kräften des schulischen Fortschritts ist überall in der Bundesrepublik vorhanden. Unser Vorschlag geht dahin, über das gemeinsame Anliegen zu beraten und sich für die Lösung der brennendsten Fragen zu gleichgerichteten und gemeinsamen Aktionen zusammenzufinden. Lehren doch alle bisherigen Erfahrungen, daß der Erfolg der schulpolitischen Bemühungen davon abhängt, wie alle fortschrittlich gesinnten Kräfte in den politischen Parteien, wie Gewerkschaften und Eltern, Lehrerschaft und Jugendorganisationen die Überwindung des Bildungsnotstands als ihre gemeinsame Aufgabe erkennen und lösen. Dazu bedarf es über den schulischen und erzieherischen Raum hinaus des Zusammenwirkens auf dem politischen Kampffeld, gegen den Kurs der Militarisierung und der Revanche, für eine Politik der friedlichen Koexistenz, der Vernunft und der Entspannung. Nur unter dieser Bedingung sind die materiellen und geistigen Notwendigkeiten einer zeitgemäßen Schule zu erfüllen.

Die Gemeinsamkeit der Interessen der verschiedenen Kräfte, die für eine fortschrittliche Schulpolitik eintreten, drückt sich bereits darin aus, daß sie in ihren Grundforderungen im wesentlichen übereinstimmen:

- Jedem Kind müssen, unabhängig von der sozialen Stellung und der wirtschaftlichen Lage der Eltern, die selben Anlagen und Fertigkeiten entsprechenden Bildungsmöglichkeiten offenstehen.
- Die junge Generation ist mit den großen humanistischen, friedlichen und freiheitlichen Traditionen unseres Volkes vertraut zu machen. Sie hat Anspruch auf die Vermittlung der modernen wissenschaftlichen Erkenntnisse in Natur, Technik und Gesellschaft. Sie hat ein Recht auf Gesundheit, auf kulturelle und sportliche Betätigung. Diese Ansprüche an die Schule erfordern die volle akademische Ausbildung aller Lehrer.

— Die notwendigen Mittel sind dem Rüstungsetat zu entnehmen. Schon durch einen Rüstungsstopp sind sofort mindestens 2 Milliarden DM freizumachen. Daraus ist der dringendste Finanzbedarf der Gemeinden und Länder für den raschen Ausbau des Schul- und Bildungswesens, sowie zur Sicherung des Lehrernachwuchses zu decken.

Die KPD schlägt vor, jetzt alle Kräfte zur Überwindung der schlimmsten materiellen und geistigen Notstände zu vereinen. Vertreter der Eltern und Lehrer, der Gewerkschaften und der Jugend sollten unter breitester Mitwirkung der gesamten demokratischen Öffentlichkeit für jede Schule, jede Gemeinde, jede Stadt und jedes Land den Bedarf an Klassen- und Fachräumen, an Lehrmitteln und Lehrkräften ermitteln und auf dieser Grundlage ein Programm zur Erfüllung der vordringlichsten Bedürfnisse aufstellen:

Endlich Schluß mit allem Schichtunterricht!

Keine Klasse mehr mit über 30 Schülern!

Voll ausgebauten Schulen, besonders auch für die Landjugend!

Sofort Schulgeld-, Lehr- und Lernmittelfreiheit in allen Ländern!

Endlich Beseitigung des Lehrermangels!

Für Elternvertretungen und Lehrer, Gewerkschaften und Jugendorganisationen gilt es, ihr Recht wahrzunehmen und über die Einhaltung demokratischer Grundsätze im Schulbetrieb, bei der Erziehung der Schüler im Geiste der Wissenschaft und des Humanismus, des Friedens und der Völkerverständigung zu wachen. Das erfordert:

Schul- und Jugendliteratur, Lehrmaterialien und Unterricht sind vom militaristischen und faschistischen Geist zu säubern, fortschrittliche, humanistische und wissenschaftliche Lehr- und Lernmittel zu fördern.

Die revanchistisch-ostkunde, die zum

Haß gegen die DDR, zum antikommunistischen Kreuzzug gegen den Osten erzieht, ist abzuschaffen. Eingriffe schulfremder militaristischer

Stellen und revanchistischer Organisationen, wie der „Arbeitsgemeinschaft für Ostkunde“ und der Kontaktstellen der Bundeswehr, sind auszuschalten.

Das beispielhafte Schulwesen der DDR zur Offensive für eine demokratische Schulreform in der Bundesrepublik nützen!

Im Kampf zur Überwindung des Bildungsnotstands, auf ihrem Weg zu einer demokratischen Schulreform hat die Arbeiterklasse, haben die fortschrittlchen Kräfte in der Bundesrepublik die stärkste Hilfe, die besten Argumente und das überzeugendste Vorbild, wenn sie sich auf die DDR berufen, die für ganz Deutschland das Beispiel für ein modernes Bildungswesen schafft. Seine zunehmende Ausstrahlungskraft auf Westdeutschland kommt darin zum Ausdruck, daß sich ein immer stärkeres öffentliches Interesse für die Schule der DDR, für das Prinzip des polytechnischen Unterrichts und die neuen pädagogischen Methoden entwickelt. Dadurch sind selbst Feinde der DDR gezwungen, das hoffnungslose Zurückbleiben der schulischen Entwicklung in der Bundesrepublik mit Besorgnis festzustellen. So kommt z. B. das Funktionärsorgan für die Frauenarbeit der CDU zu dem Eingeständnis, man dürfe nicht länger darauf verzichten, das Schulgesetz der DDR zu studieren und ernsthaft zu überprüfen, welche Folgen seine praktische Verwirklichung für das Denken der Eltern und der Kinder habe.

Wenn viele Menschen in der Bundesrepublik heute nach neuen Grundlagen auch in der Schulpolitik suchen, so gibt die Entwicklung der DDR Ihnen eine klare Antwort. Im Osten Deutschlands wurde nach 1945 mit der antifaschistisch-demokratischen Ordnung auch die Voraussetzung für die konsequente Durchführung einer demokratischen Schulreform geschaffen. Das Bildungsmonopol der Reichen wurde beseitigt und ein Schulsystem aufgebaut, das, von der Unterstufe bis zur Hochschule organisch verbunden, allen Kindern, unabhängig von der sozialen Stellung der Eltern, die gleichen Bildungs- und Entwicklungschancen garantiert. Die Einführung der achtjährigen Einheits- und Gemeinschaftsschule, die Verwirklichung des zweiten Bildungsweges für begabte Werktätige durch die Einrichtung der Arbeiter- und Bauernfakultäten, die Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit, das Stipendienwesen und vor allem die konsequente Entfernung des faschistischen und militaristischen Ungeistes aus dem gesamten Schulwesen kennzeichnen den demokratischen Neubau der Erziehung im Geiste des Friedens und des Humanismus.

Mit der Gründung der DDR und dem Aufbau des Sozialismus entwickelte sich auch das Schulwesen weiter. Kernstück der sozialistischen Erziehung ist die polytechnische Bildung, die das Lernen mit der wissenschaftlichen Unterrichtung über die Grundlagen der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft verbindet. Durch die Einführung der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule wird allen Schülern eine hohe Allgemeinbildung und gleichzeitig ein Höchstmaß an beruflichen Grundkenntnissen vermittelt.

Sobald das westdeutsche Schulsystem angegriffen wird, weil es in seinem Niveau wie in der Bereitstellung einer genügenden Zahl von Nachwuchskräften immer weiter hinter den Erfordernissen der modernen Technik und Wissenschaft zurückbleibt, pflegt die Reaktion mit ihrer „Elite“-Theorie zu antworten, nach der das Bildungsprivileg der Reichen angeblich darauf beruht, daß die Oberschichten eben begabtere Kinder hervorbringen, als die Arbeiter und Bauern. Wer immer darauf eine Antwort sucht, findet sie in der Praxis der DDR. 77,6 Prozent aller Schüler des entsprechenden Jahrgangs besuchen bereits die 9. Klasse der zehnklassigen bzw. der zwölfklassigen erweiterten Oberschule. Die Universitäten, Hoch- und Fachschulen wurden zu wahren Bildungsstätten des Volkes. Auf 10 000 Einwohner zählt die DDR 160 Studierende — gegenüber 45 in der Bundesrepublik! Dabei nähert sich die Zahl der studierenden Arbeiter- und Bauernkinder dem Anteil dieser Klassen an der Gesamtbevölkerung. Das setzt voraus, daß in der DDR die Kinder der Landbevölkerung in den Zentralschulen eine gleichwertige Ausbildung wie in den Städten erhalten. Solche schulischen Mißgebilde, die in der Bundesrepublik in die Tausende gehen, wie die ein- und zweiklassigen Dorfschulen, gibt es in der DDR schon seit Jahren nicht mehr. Bereits in den dem „Plan Z“ der SPD beigegebenen „Materialien über Forschung, Wissenschaft und Erziehung in Ost und West“, also nach dem Stand von 1957, wird festgestellt: „Schichtunterricht gibt es fast überhaupt nicht mehr. Die Klassenfrequenzen sinken infolge eines beachtlichen Schulbauprogramms ständig.“ Nach denselben Angaben lag damals bereits die Schülerzahl je Klasse im DDR-Durchschnitt durchgängig unter 30.

Wie steht es in der DDR mit dem Elternrecht? In der DDR ist die Schule wirklich zur Sache des ganzen Volkes geworden. An den Wahlen zu den Elternbeiräten beteiligten sich 1962/63 fast zwei Millionen Eltern. 567 000 von ihnen arbeiten in Elternbeiräten und Klassenaktivs. In der Bundesrepublik aber kann von einem wirklich demokratischen Elternrecht keine Rede sein. Gerade dort, wo dieser Begriff am häufigsten ins Feld geführt wird, bei der klerikalen Propaganda für die Konfessionsschule, wird das Elternrecht aufs grösste mißachtet. So stellt z. B. der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnen-Verein fest, daß die Konfessionalisierung dem Gleichheitsgebot der Verfassung wie auch dem Elternrecht zuwiderläuft, „weil die Eltern zur Zeit keine echte Möglichkeit haben, zwischen christlichen Gemeinschaftsschulen und Bekenntnisschulen zu wählen“. Eltern, die mit der zunehmenden Konfessionalisierung nicht einverstanden seien, müßten ihr Kind aus der Konfessionsschule herausnehmen können. Aber diese Möglichkeit fehlt. Unter diesen Bedingungen werden in Bayern die Anhänger der Gemeinschaftsschule ebenso vergewaltigt, wie die Angehörigen der konfessionellen Minderheit. Das zeigt sich darin, daß in Zweidritteln aller Konfessionsschulen, die der hohe katholische Klerus unter Berufung auf das angebliche Elternrecht durchgesetzt hat, Kinder der evangelischen Minderheit eingeschult werden müssen, ohne Rücksicht auf den Willen ihrer Eltern und auf die bedenklichen Folgen, die daraus für die Entwicklung der Kinder drohen.

Die Überwindung derartiger Überreste des Mittelalters hat in der DDR den Weg zu einem hohen wissenschaftlichen Niveau der Schule geebnet. Der Anteil der mathematisch-naturwissenschaftlichen Stunden am Gesamtunterricht beträgt in der zehnklassigen Oberschule 50 Prozent. Von der 5. Klasse an lernen alle Kinder in der DDR Russisch und von der 7. Klasse an wahlweise Englisch oder eine andere Fremdsprache. Hinzukommt, daß die Schule, entscheidend unterstützt von der Organisation der Jungen Pioniere, alles tut, um jede individuelle Begabung auf dem Gebiet der Naturforschung, der Technik, auf musischem und sportlichem Gebiet in eigener verantwortlicher Initiative, durch Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften zu fördern. In Westdeutschland dagegen kann in der Volksschule und selbst an höheren Schulen von der Vermittlung exakter naturwissenschaftlicher Kenntnisse nur in geringem Umfang die Rede sein. Er wurde in den letzten Jahren sogar noch vermindert. Fremdsprachen sind in Westdeutschland nur an der „höheren Schule“ Pflichtfach. Auch wahl-

weise sind sie nur in einigen wenigen Großstädten für Volksschüler zugänglich.

Bei all dem begnügt sich die DDR nicht mit dem Erreichten. Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse sind die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Entwicklung der sozialistischen gebildeten Nation gegeben. Das Bildungswesen wird jetzt zu einem einheitlichen sozialistischen System weiterentwickelt. Es ist bedingt von der Notwendigkeit, in der DDR den modernsten Stand der Ökonomie zu sichern und die Produktivkraft Wissenschaft immer stärker wirksam zu machen. Das erfordert, daß die Erkenntnisse der modernen Wissenschaft Gemeingut breiter Massen werden, daß die Bildung durchdrungen ist von den Ergebnissen der wissenschaftlichen Entdeckungen und ihrer Anwendung in der Produktion. Durch eine solche Bildung werden die gesellschaftlichen Bedürfnisse ebenso erfüllt, wie die Interessen des einzelnen, den diese Bildung in die Lage versetzt, seine schöpferischen Fähigkeiten voll zu entwickeln. Dieses sozialistische Bildungssystem umfaßt den ganzen Menschen. Es bildet ihn wissenschaftlich, politisch und moralisch und bereitet ihn so vor für eine persönlich befriedigende und gesellschaftlich wertvolle Arbeit im Zeitalter des Sozialismus-Kommunismus.

Mit jedem Schritt nach vorn hilft die Entwicklung in der DDR der Arbeiterklasse und allen humanistischen Kräften in der Bundesrepublik in ihrem Ringen um die Demokratisierung des geistigen und kulturellen Lebens. Sie werden diese Erfolge umso wirksamer für ihre Interessen einsetzen können, je entschlossener sie der Hetze gegen die DDR entgegentreten und ihr Recht auf eigene Information wahrnehmen, je mehr sich Gewerkschafter und Erzieher, Eltern und Jugendvertreter durch Studien-delegationen in die DDR und durch Einladung von Vertretern der Pädagogik und des Schulwesens der DDR in die Bundesrepublik von den Möglichkeiten und Aufgaben der neuzeitlichen Schule überzeugen. Ebenso liegt es im besonderen Interesse der schulischen Entwicklung der Bundesrepublik, daß möglichst bald der Vorschlag des Vorsitzenden des Staatsrats, Genossen Walter Ulbricht, verwirklicht wird, in einer gesamtdeutschen Kommission zum Austausch der Meinungen und Erfahrungen über das Bildungswesen zu kommen. So wird auch hier wiederum der untrennbar Zusammenhang sichtbar, der den Kampf für den schulischen Fortschritt verbindet mit der Notwendigkeit, für die friedliche Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten, für die Normalisierung ihrer Beziehungen zu wirken.

Der Jugend Vertrauen und Verantwortung

Jugendkommuniqué der SED und Entwurf des Jugendgesetzes der DDR von HILMAR HOLT

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des „Kommuniqués zu Problemen der Jugend“ durch das Politbüro der SED und dem Entwurf des „Jugendgesetzes“ durch die Regierung der DDR versuchten die „Bild“-Zeitung und andere Publikationsorgane der Monopole und ihrer Regierung der Bevölkerung u. a. einzureden, daß die „Ausbeutung der Jugend der DDR nun gesetzlich geregelt“ sei.

Jeder, der die Gelegenheit hatte, die beiden Dokumente der DDR zu lesen, konnte feststellen, daß diese Behauptung der „Bild“-Zeitung eine glatte Verleumdung, daß sie ein Produkt der antikommunistischen Hetze gegen die DDR ist.

Die wahre Ursache für die Reaktion der herrschenden Kreise ist, daß diese beiden grundlegenden Dokumente einer sozialistischen Jugendpolitik ein neuer Beweis für die Überlegenheit der DDR sind, daß wieder einmal bewiesen wurde — wie N. S. Chruschtschow auf dem VI. Parteitag der SED sagte — daß in der DDR die Zukunft der ganzen deutschen Nation geschmiedet wird und daß mit der DDR erstmalig auf deutschem Boden ein Staat der Jugend entstanden ist.

Für die SED und die Regierung der DDR sind Fürsorge und Förderung der Jugend keine leeren Lippenbekenntnisse. Das zeigt ihre gesamte Politik, das geht aus dem Inhalt der beiden Dokumente hervor, in denen es u. a. heißt:

„Für jeden Jugendlichen ist es ein großes Glück, in dieser Zeit zu leben und in unserem Staat — dem Vaterland der deutschen Jugend — alle Möglichkeiten zur Bewährung seines jugendlichen Tatendranges zu besitzen. Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens gilt es, der Jugend das Mitsprache- und das Mitbestimmungsrecht zu gewährleisten und ihre Vorschläge aufmerksam zu beachten. Im Interesse der Entwicklung der jungen

Persönlichkeit gilt es, alle Fragen der Mädchen und Jungen geduldig und überzeugend zu beantworten ...“

Jeder junge Mensch stellt sich die Frage: Welchen Sinn hat mein Leben? Jeder junge Mensch möchte glücklich leben. Die meisten jungen Menschen haben den Wunsch, einen geachteten Platz unter ihren Mitmenschen einzunehmen. Sie träumen davon, etwas Großes zu vollbringen. Ob diese Wünsche in Erfüllung gehen, hängt nicht von den Menschen selbst ab, sondern auch von der Zeit, in die er hineingeboren ist, von der Gesellschaftsordnung, in der er lebt und arbeitet, von den Menschen, mit denen er zusammenlebt, sowie vom Charakter des Staates, dessen Bürger er ist.“

Wir Kommunisten in der Bundesrepublik begrüßen das Jugendkommuniqué des Politbüros der SED und den Entwurf des Jugendgesetzes der DDR, weil sie uns eine große Hilfe im täglichen Kampf sind. Sie helfen der westdeutschen Jugend und allen, die sich mit der Jugendarbeit beschäftigen. Sie sind eine große Hilfe bei unserem Bestreben, die Wahrheit über die DDR zu verbreiten.

Es ist nun durchaus nicht so, und darüber läßt gerade das Jugendkommuniqué keinen Zweifel, daß mit den beiden Dokumenten das ganze Jugendproblem in der DDR gelöst ist. Es gibt noch Jugendliche, die die im Jahrzehntelangen Kampf erstrittenen Errungenschaften als Selbstverständlichkeiten hinnehmen. Es gibt noch Funktionäre und Erzieher, die die Jugendlichen, statt sie zu selbständigen und wissenschaftlichem Denken anzuregen und zu befähigen, mit unbewiesenen Behauptungen und überflüssigen Phrasen traktieren. Häufig wird die Jugend noch gegängelt, und anstelle der Überzeugung und Erziehung wird administriert. Diese Mängel müssen und werden beseitigt, und dabei wird gerade das Jugendkommuniqué eine nicht un wesentliche Rolle spielen.

Eine Visitenkarte der Jugendpolitik der DDR

Bei den meisten Menschen, die bisher die Gelegenheit hatten, die beiden Dokumente zu lesen, wurden sie mit großem Interesse aufgenommen. Die Dokumente sind eine Visitenkarte der Jugendpolitik der DDR. Sie sind eine Bilanz von 15 Jahren Jugendpolitik der DDR, die sich grundsätzlich von der Jugendpolitik der herrschenden Kreise in der Bundesrepu-

blik und der der Bundesregierung unterscheidet.

Jugendpolitik und wie sie verwirklicht wird, hängt letztlich vom Charakter des Staates, von den gesellschaftlichen Verhältnissen ab, in denen die jungen Menschen leben. Gerade darin zeigt sich der große Unterschied im Leben der Jugend

der DDR und der Jugend in der Bundesrepublik.

Die Jugend der DDR lebt in einem Staat, in dem die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein für allemal besiegt ist. Der vom Kapitalismus gepredigten „Moral“: „Jeder ist sich selbst der Nächste“, wurde in der DDR durch die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse für immer jeglicher Boden entzogen.

Die Jugend der DDR hat erstmalig in der Geschichte Deutschlands eine Zukunft, die nicht darin besteht, für eine Handvoll Millionäre und deren militärische Abenteuer auf den Schlachtfeldern zu verbluten, sondern ihren Geist und ihren Fleiß in friedlicher und schöpferischer Arbeit zu erproben, damit eines Tages ganz Deutschland einen geachteten Platz in der Familie der Völker einnimmt. Deshalb war es auch die Regierung der DDR, die als eine der ersten Regierungen ihre Unterschrift unter das Moskauer Teststopp-Abkommen setzte, während die Bundesregierung erst von der breiten Masse des Volkes und nicht zuletzt von der Jugend zur Unterschrift gezwungen werden mußte. Und deshalb ist es auch verständlich, daß sich die Jugend der DDR bewußt auf die Seite derer stellt, die eine neue humanistische Welt erbauen helfen, eine Welt des Sozialismus. Entschieden wird dieser Sieg aber in erster Linie durch die tägliche hingebungsvolle Arbeit von Millionen Menschen. Deshalb heißt es im Jugendkommuniqué der SED:

„Diese tägliche Entscheidung kann Euch niemand abnehmen. Ihr mußt Euch Ihr stellen und wenn Euer Leben einen Sinn haben soll, mußt Ihr Euch täglich und ständig für den Sozialismus entscheiden. Noch für keine andere Jugend war das Goethe-Wort so gültig wie für Euch: „Du mußt steigen oder sinken, du mußt herrschen oder dienen und verlieren, leiden oder triumphieren, Amboß oder Hammer sein“.

Die SED hat auf dem VI. Parteitag ihr Programm dargelegt. Es lautet: Frieden, Humanismus, Glück und Wahrheit, Vernunft und guter Wille. Diese Grundsätze und Ziele spornen auch das Schaffen der jungen Menschen der DDR an. Sie sprechen mit Zuversicht von ihren Plänen und Idealen. Sie richten ihren

Blick auf die nächsten Jahrzehnte, auf das Jahr 2000. Denn diese Epoche gehört dem Sozialismus, der seinen Siegeszug in der Welt angetreten hat.

Als den Helden dieses Zeitalters sehen sie einen arbeitsamen, gebildeten kultivollen Menschen, einen Menschen, der sich durch sein Verständnis für die Entwicklungsgesetze in Natur und Gesellschaft entwickelt hat aus einem mißhandelten Objekt der Politik zu einem handelnden Subjekt der Politik, der Wirtschaft und der Kultur. Sie haben keine Angst vor der Zukunft, denn sie wissen, daß ihnen ihr Platz in der Gesellschaft sozial und politisch gesichert ist. Sie wissen, denn sie erleben es täglich selbst, daß die erste Sorge ihrer Regierung dem Frieden und damit der Erhaltung des Lebens aller Bürger gilt.

Dieser Einstellung der Jugend vom Sinn des Lebens Rechnung tragen heißt es in der Präambel des Gesetzentwurfs der Regierung der DDR:

„Das Anliegen der sozialistischen Jugendpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik ist:

- bei allen Jugendlichen in Industrie und Landwirtschaft, im Transport- und Nachrichtenwesen, im Handel und im Handwerk, in der Schule und in der Universität, in den bewaffneten Kräften, im Volksbildungs- und Gesundheitswesen selbständiges Denken zu fördern;
- ihnen entsprechend ihren Kenntnissen und Fähigkeiten eigene Verantwortung in der Arbeit, beim Lernen, beim Forschen zu übertragen und den Sinn für die Gemeinschaftsarbeit zu fördern;
- das eigene Bemühen der Jugend um die Erziehung von moralischen und charakterlichen Eigenschaften, die dem sozialistischen Menschenbild entsprechen, zu fördern;
- sie kameradschaftlich zu unterstützen, Schwierigkeiten und Hemmnisse, die der Entfaltung ihrer Initiative im Wege stehen, zu überwinden;
- die Beziehungen der Jungen und Mädchen untereinander sowie zwischen alt und jung auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung, menschlicher Anerkennung und Achtung zu gestalten.“

Politik gegen die Jugend in der Bundesrepublik

Was hat aber bei uns in der Bundesrepublik die Regierung, was haben die Parteien der Jugend zu bieten? Welche Perspektive die herrschenden Kreise, die Monopole und ihre Regierung der westdeutschen Jugend zu bieten hat und wie sie die Jugend einschätzt, daran ließ

Bundeskanzler Erhard in seiner Regierungserklärung keinen Zweifel. Der Jugend unterstellt der Bundeskanzler Raffsucht und fordert: „Die Jugend muß von dem falschen Weg des Nur-Geldverdienens und des Versorgtsein-wollens abgebracht werden“. Dabei ist bekannt,

daß z. B. die alte gewerkschaftliche Forderung gleicher Lohn für gleiche Arbeit immer noch nicht verwirklicht ist, und die Ausbildung der Jugend oft mangelhaft ist, und der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder am Hochschulstudium zur schärfsten Kritik herausfordert.

Um ihre revanchistischen Pläne durchzusetzen, die Atomkriegspolitik zu verstärken, setzen die herrschenden Kreise alles daran, die Jugend mit antikommunistischem Gift zu verhetzen und für den Eroberungskrieg vorzubereiten. Dazu brauchen sie eine Jugend, die nicht im Geiste des Humanismus und der Achtung der Menschenwürde erzogen worden ist. Die Militaristen versuchen mit allen Mitteln einen Jugendtyp zu züchten, der auch dann keine Skrupel kennt, wenn er, wie Bundespräsident Lübbe vor der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg erklärte, „in die Lage kommt, einmal gegen seine eigenen Landsleute kämpfen zu müssen“.

Deshalb kein Wort in der Bonner Regierungserklärung von der Achtung der Menschenwürde, von friedlicher beruflicher Entwicklung der Jugend. Was sie der Jugend immer wieder sagen, ist, daß man in den nächsten Jahren unbedingt Atomwaffen haben und sie in Richtung Osten visieren muß, daß man deshalb mehr Milliarden für die Rüstung ausgeben müsse.

Es ist deshalb verständlich, daß der Typ der Jugendlichen, wie er in der DDR erzogen wird, bei den herrschenden Kreisen Westdeutschlands Unbehagen und Beunruhigung hervorruft und verstärkte antikommunistische Hetze auslöst. Denn es ist nicht schwer zu erkennen, daß die westdeutschen Jugendlichen, die die Möglichkeit haben, das Jugendkommuniqué und den Gesetzentwurf zu lesen, darin sehr bald viele ihrer eigenen Forderungen und Wünsche wiederfinden. Sie werden feststellen, daß jahrzehntealte gewerkschaftliche Forderungen, die bei uns in der Bundesrepublik nach wie vor auf der Tagesordnung stehen, in der DDR Gesetzeskraft erhalten haben. Hierfür nur einige Beispiele.

Noch heute ist bei uns die alte gewerkschaftliche Forderung — gleicher Lohn für gleiche Arbeit — nicht erfüllt. Jeder Jugendliche erlebt täglich, daß er, obwohl er die gleiche Arbeit wie sein älterer Kollege verrichtet, weniger Lohn als dieser erhält. In der DDR aber ist gesetzlich geregelt, daß jeder unabhängig von Alter und Geschlecht den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit bekommt.

Seit 1948 fordert der DGB, fordert ... Jugend bei uns ein Berufsausbildungsgesetz. Bis heute werden die Lehrlinge noch immer nach der Handwerksordnung und mit der durch Sonderbestimmungen ergänzten Gewerbeordnung von 1869 ausgebildet. Die ganze Perspektivlosigkeit der Jugendpolitik der Regierung zeigt eine Untersuchung des DGB über die Lage an den Berufsschulen. Danach erreichen in Nordrhein-Westfalen nur 8 v. H., in Rheinland-Pfalz nur 21 v. H. und in Baden-Württemberg nur 30 v. H., die nach Meinung von Experten für die moderne Industrie Welt nicht mehr ausreichende Norm von 8 Berufsschulstunden. In anderen Bundesländern wie z. B. Schleswig-Holstein, werden die Jugendlichen sogar nur unter 6 Stunden unterrichtet.

Das Jugendgesetz der DDR jedoch garantiert der Jugend eine ausreichende umfassende Berufsausbildung. Liebe zur Arbeit und Achtung vor dem Können der werktätigen Menschen werden der heranwachsenden Generation vom Kindesalter an erzogen. Im polytechnischen Unterricht lernen die jungen Bürger nicht nur die ersten produktiven Fertigkeiten, sondern in ihnen erwächst die Erkenntnis, daß die Arbeit für die Gemeinschaft die entscheidende Quelle für den Reichtum der ganzen Gesellschaft und damit auch für jeden einzelnen ist. Heute ist der Besuch der 10klassigen polytechnischen Oberschule zum Grundprinzip der schulischen Ausbildung der heranwachsenden jungen Generation der DDR geworden. Die Lehrpläne werden in den letzten Jahren immer mehr den Erfordernissen des praktischen Lebens angeglichen. Die sozialistische Schule in der DDR sieht ihre Hauptaufgabe darin, den jungen Menschen mit einem Höchstmaß an Wissen für das Leben auszurüsten, in ihm das Fundament für die sozialistische Weltanschauung zu legen und ihn zu befähigen, aus der Kenntnis der Geschichte die richtigen Schlußfolgerungen für sein Handeln in der Gegenwart und für die Zukunft ziehen zu können.

Bei uns in der Bundesrepublik gilt noch immer das Bildungsprivileg, nach dem jeder Jugendliche für seine Weiterbildung auf den Geldbeutel des Vaters angewiesen ist. Nur 5,1 Prozent aller Studierenden der Bundesrepublik sind Arbeiterkinder. Das Fehlen an Hörsaal- und Mensaplätzen sowie die oft katastrophalen Wohnungsprobleme der Studierenden sind allgemein bekannt. Erst kürzlich demonstrierten in Saarbrücken von den insgesamt 6000 Studierenden 5000 gegen Erhöhung der bisherigen Fahrpreise für Studenten auf den Nahverkehrsmitteln.

Mit den Errungenschaften der Jugend in der DDR arbeiten

In der DDR dagegen ist gesetzlich geregelt, daß jedem jungen Menschen ohne Rücksicht auf seine Herkunft alle Möglichkeiten zur Weiterbildung offenstehen. Entscheidend sind allein die Wünsche und Fähigkeiten jedes jungen Menschen. 255 000 Jungen und Mädchen studieren in der DDR an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen, im Direkt- oder Fernstudium. Die Lehrmittel, Lernmöglichkeiten und die Bedingungen, unter denen die Studenten lernen und leben, sind vorbildlich. Zahlreiche Studentenwohnheime mit äußerst niedrigen Mieten, eine umfassende kulturelle Betreuung ermöglichen ein sorgenfreies Studium. Mehr als 90 Prozent aller Studierenden erhalten in der DDR ein staatliches Stipendium.

Die herrschenden Kreise versuchen nachzuweisen, daß die Jugend der DDR keine Möglichkeit hat, auf das politische Leben Einfluß zu nehmen. Im Gegensatz zu den Praktiken in der Bundesrepublik, ist aber gerade in der DDR die politische Mitbestimmung und Mitgestaltung des politischen Lebens jedes Jugendlichen gesetzlich geregelt.

Das passive Wahlalter ist auf 18 und das aktive Wahlalter auf 21 Jahre festgelegt. In der Praxis sieht das dann so aus, daß in der Volkskammer 67 Abgeordnete unter 30 Jahren die Interessen der Jugend vertreten und daß die FDJ mit einer eigenen Fraktion von 35 Abgeordneten im Parlament vertreten ist. Im Bundestag dagegen gibt es 3 Abgeordnete zwischen 27 und 30 Jahren. In der DDR gestalten 741 junge Menschen im Alter von 21 bis 30 Jahren als Bürgermeister das gesellschaftliche Leben mit. Insgesamt gibt es in den Gemeinde-, Kreis- und Bezirksparlamenten 38 023 jugendliche Abgeordnete.

Neben großzügigen finanziellen, kulturellen und materiellen Zuwendungen der Betriebe stellt die Regierung der DDR jährlich insgesamt 765 Millionen DM für die Jugendförderung zur Verfügung.

Daß die Jugend der DDR wahrer Mitgestalter ihres Lebens ist und jede erdenkliche Unterstützung erhält, wird selbst vom Organ des Bundesjugendringes „Deutsche Jugend“, dessen Redakteure man wahrlich nicht als Kommunisten bezeichnen kann, bestätigt. In der Nr. 6/63 dieser Zeitschrift wird im Ergebnis des VII. Parlaments der FDJ festgestellt:

„Die FDJ wird durch die Partei auf jede nur erdenkliche Weise finanziell und ideell unterstützt.“

In der Bundesrepublik dagegen wurde nicht nur der Bundesjugendplan um 3,5 Millionen auf nur noch 57,7 Millionen DM gekürzt — während dem berüchtigten Nazi-General Gehlen für seine Spionageorganisation, dem Bundesnachrichtendienst, der Etat um 5 Millionen auf insgesamt 63 Millionen DM erhöht wurde — sondern werden die Jugendlichen zu politischen Analphabeten gestempelt, werden gegängelt und wird ihnen das politische Mitspracherecht vorenthalten. Zwei Musterbeispiele aus der jüngsten Zeit sind dafür bezeichnend.

Der Bundesfamilien- und Jugendminister Dr. Heck erklärte auf eine Frage, daß die Jugend in der Bundesrepublik zwar mit 18 Jahren würdig und reif genug sei, zur Bundeswehr eingezogen, an Waffen ausgebildet zu werden, aber nicht reif genug, den richtigen Kandidaten bei den Wahlen die Stimme zu geben.

Auf der 28. Vollversammlung des Bundesjugendringes am 29./30. November 1963 in Erlangen rundete der offizielle Sprecher der CDU, der Landtagsabgeordnete Pirkl das Bild ab, indem er unter dem Protest der 63 Delegierten der Jugend das Recht und die Fähigkeit der politischen Entscheidung absprach und davor „warnte“, sich mit außenpolitischen Problemen zu befassen.

Das Jugendkommuniqué der SED und der Gesetzentwurf der Regierung der DDR bestätigen erneut die Richtigkeit der Feststellung, in der auf unserem Parteitag 1963 beschlossenen Programmativen Erklärung, in der es heißt:

„Die sozialen und kulturellen Errungenschaften der Werktätigen in der DDR erleichtern es der westdeutschen Arbeiterklasse, das Monopolkapital zu Zugeständnissen zu zwingen. Im Kampfe gegen die Verschlechterung der Krankenversicherung, für das Recht der Frau und der Jugendlichen auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für Jugendschutz und Jugendförderung, für die Überwindung der Rückständigkeit des Schulwesens, für das Recht der Kinder des Volkes auf Zugang zu den Hochschulen und Universitäten — stets können die Werktätigen der Bundesrepublik die vorbildlichen Einrichtungen der DDR auf ihrer Seite ins Gefecht führen. Die Errungenschaften und Rechte der Werktätigen in der DDR sind schon heute — auch wenn das vielen noch nicht bewußt ist — eine große Hilfe für die Arbeiterklasse und die ganze Bevölkerung der Bundesrepublik.“

Die Dokumente der DDR sind eine große Hilfe für die Jugend, für alle fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik. Sie enthalten Forderungen, die auch die westdeutsche Jugend an das Leben stellt, die aber täglich von den herrschenden Kreisen mit Füßen getreten werden. Sie können für die Jugend der Bundesrepublik Ansporn sein im Kampf zur Durchsetzung ihrer sozialen, politischen und demokratischen Forderungen.

Als einzige Partei der Bundesrepublik legte die KPD 1959, trotz Illegalität, der Öffentlichkeit ein Jugendprogramm vor, in dem es heißt:

„Die Jugend der Bundesrepublik will Frieden, Demokratie und Freiheit. Sie will ohne Sorgen auf den kommenden Tag in die Zukunft blicken. Sie will die Schönheit des Lebens kennenzulernen und sich das Glück schaffen. Nur wenn die Bundesrepublik ein Land des Friedens ist, können die Wünsche der Jugend verwirklicht werden.“

In Übereinstimmung mit den Wünschen der Jugend tritt das Jugendprogramm der KPD u. a. für die folgenden Forderungen ein:

- Mitbestimmungsrecht und politische Gleichberechtigung für die Jugend in Staat und Gesellschaft;
- Sitz und Stimme der Jugendvertreter im Betriebsrat. Die Betriebsjugendvertreter müssen den gleichen Schutz erhalten wie die Betriebsräte;
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht. Aufhebung der Arbeitsstaffelung in den Lohnabkommen;
- ein einheitliches und modernes Berufsausbildungsgesetz;
- billige Wohnungen und zinslose staatliche Darlehen für junge Ehepaare.

Es sollte deshalb Aufgabe der Partei und aller fortschrittlichen Kräfte sein, die Jugend mit der Wahrheit, mit dem wirklichen Leben in der DDR vertraut zu machen. Diskussionen und das Studium der Dokumente der DDR werden Ihnen helfen, die Probleme der DDR besser zu verstehen. Durch Besuche und Studienreisen in die DDR können sich die Jugendlichen in der Praxis davon überzeugen, daß die junge deutsche Generation, obwohl die einen in der sozialistischen und die anderen in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung leben, viele gemeinsame Interessen haben und vieles, was sie eint.

Die Jugend eint — trotz aller Differenzen, die sie in weltanschaulichen und anderen Fragen miteinander haben — der gemeinsame leidenschaftliche Wille, daß in Deutschland der Frieden erhalten bleibt. Es eint sie das gemeinsame Ringen darum, daß Deutschland nicht zum dritten Mal Schauplatz und Urheber eines dritten Weltkrieges wird. Sie eint das Streben, ein Deutschland aufzubauen, das die Lehren aus der Geschichte zweier Weltkriege gezogen hat und darum als friedlicher demokratischer Staat durch seine Arbeit, durch seine Kultur und nicht durch Waffen und Eroberungen den Respekt der Nachbarvölker und der ganzen Welt genießt. Neben ihrer Friedensliebe eint die Jugend aber auch die Bereitschaft, etwas für den Frieden zu tun.

Zu Pfingsten dieses Jahres hat die Jugend der Bundesrepublik, eingeladen vom Festkomitee der DDR, die Möglichkeit, sich während des Deutschlandtreffens der Jugend, ohne sich organisatorisch oder ideologisch zu binden, von dem wahren Leben in der DDR zu überzeugen und zu überprüfen, wie das Jugendgesetz in der Praxis angewandt wird.

Die Preissteigerungen und die Lohnpolitik der Gewerkschaften

von HELMUT PETZOLD

Zu Beginn des Jahres 1964 erklärte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Tacke, daß die Arbeiter und Angestellten „1963 bezüglich der Entwicklung ihres Real-einkommens leer ausgegangen sind“¹⁾. Die hart erkämpften Lohnnerhöhungen wurden durch die immer stärker werdende Teuerungswelle und höhere Lohnsteuern aufgezehrt. Die steigenden Preise für die lebensnotwendigsten Gebrauchsgüter — insbesondere für Lebensmittel — und der mit dem Lücke-

gesetz einsetzende Mietwucher hatten zur Folge, daß für die Mehrheit der Arbeiterklasse seit den letzten Lohnnerhöhungen eine empfindliche Verschlechterung ihrer Lebenslage eingetreten ist.

Von den 21 Millionen Beschäftigten in der Bundesrepublik konnten 1963 nur für 15 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte nach Angaben der Gewerkschaften Tariflohnnerhöhungen in Höhe von durchschnittlich 4,8 Prozent abgeschlossen werden. Nach Angaben der offiziellen Bonner Statistik hat der DGB eine effektive Brutto-Lohnsteigerung — ein-

¹⁾ „Welt der Arbeit“ Nr. 2 vom 10. Januar 1964

schließlich der außertariflichen Zulagen — für 1963 von 5,4 Prozent errechnet. Diese Zahl liegt weit unter den Ergebnissen der Vorjahre. Für mehrere Millionen Arbeiter und Angestellte ist 1962 überhaupt keine Lohnaufbesserung wirksam geworden.

In der gleichen Zeit sind nach dem frisierten Index der Lebenshaltungskosten die Preise um durchschnittlich 3,5 Prozent gestiegen. Von gewerkschaftlicher Seite wird wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Berechnung — sie fußt auf Buchführung von 400 „Arbeitnehmerhaushalte mit 4 Personen“ — kein exaktes Bild der wirklichen Preis erhöhungen wiedergibt. Dieser fragwürdigen, von niemandem nachzuprüfenden Berechnung liegt auch ein überhöhtes Durchschnittseinkommen von rund 800 Mark zugrunde, während das echte Durchschnittseinkommen für 1962 nach der gleichen Bonner Statistik mit 502 Mark ausgewiesen wird.⁴⁾ Aber selbst nach dieser Berechnung sind von den 5,4 Prozent Bruttolohnerhöhungen nur noch 1,9 Prozent übriggeblieben. Weitere 1,5 Prozent der Bruttolohnerhöhungen sind den Arbeitern durch die progressiv steigenden Lohnsteuern verlustig gegangen. Demnach hätten die Arbeiter und Angestellten nur 0,4 Prozent wirkliche Lohnerhöhung verbuchen können. In Wirklichkeit ist jedoch im günstigsten Falle lediglich ein stagnierender Reallohn festzustellen, für viele sogar ein empfindliches Absinken. Das trifft besonders für jene Teile der Arbeiterklasse zu, bei denen keine Lohnerhöhungen wirksam wurden oder auch bei allen jenen Arbeiterfamilien, bei denen Miet erhöhungen eintraten.

Überdurchschnittliche Lohnerhöhungen wurden hauptsächlich von den Arbeitern der chemischen Industrie erkämpft. Im Durchschnitt betrugen die durchgesetzten Lohnerhöhungen 8,5 Prozent und für die Leichtlohngruppen — die getarnten Lohngruppen für Frauen — wurden zusätzlich 3 Prozent Lohnerhöhungen abgeschlossen. Damit hat sich der Abstand zwischen den Männer- und Frauenlöhnen etwas verringert.

Während der Reallohn stagniert, sind

Ursachen der Teuerungswelle

Die von den Monopolen gelenkte Presse, Rundfunk und Fernsehen versuchen tagtäglich der Bevölkerung einzuhämmern, die Arbeiter seien selbst schuld an den Preiserhöhungen, ihre „maßlosen“ Lohnforderungen wären die Ursache der Teuerungswelle. Allerdings fällt es den Meinungsmachern schwer,

die Profite vor allem der großen Konzerne weiter in die Höhe geklettert. Das zeigt sich nicht nur in den abermals gestiegenen horrenden Dividenden, sondern auch in den wachsenden Investitionen. Dem „Wirtschaftsbericht“ der Bundesregierung folge ist das Einkommen der „Selbständigen“ im Jahre 1963 um 6,4 Prozent angestiegen. Die Profitsteigerung der Konzernherren und Großaktionäre übersteigt diese Zahl um ein Vielfaches; denn in der globalen Ziffer sind auch die Millionen kleinen Warenproduzenten, die Bauern, Handwerker und Einzelhändler mit enthalten, von denen nicht wenige ein Einkommen haben, das unter dem Lohnniveau der Facharbeiter liegt. Allein die Nachfolgegesellschaften des IG-Farben-Trufts haben 1963 ihre Dividendenzahlung auf 18 Prozent erhöht und insgesamt 1,2 Milliarden Mark investiert.

Der im vergangenen Jahr von den Werktagen geschaffene Zuwachs am Nationaleinkommen — das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde stieg um 8 Prozent — ist also ausschließlich in die Tasche der Konzernherren bzw. des Bonner Staatshaushaltes geflossen und dient dort vornehmlich der forcierteren Auf rüstung. Damit ist im vergangenen Jahr bei zumindest stagnierendem Reallohn der Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt zurückgegangen. Das ist die nüchterne Bilanz der Lohnentwicklung des Jahres 1963.

Die im DGB-Grundsatzprogramm erneut bekräftigte aktive Lohnpolitik, mit der sich die Gewerkschaften das Ziel stellen, einen größeren Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt auf Kosten der Profite zu erkämpfen, konnte nicht erreicht werden. Diese Feststellung mindert keineswegs die Kämpfe der Arbeiterklasse und die Bedeutung des großen Streiks der Metallarbeiter Baden-Württembergs im Frühjahr des vergangenen Jahres.

Vor allem die brutale Aussperrung von 400 000 Metallarbeitern zeigte, daß der Widerstand der Monopole und ihrer Regierung gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter härter geworden ist.

das irgendwie zu beweisen. Selbst Erhard mußte zugeben, daß die Lohnerhöhungen des vergangenen Jahres nicht zu Preissteigerungen zu führen brauchten. Hier offenbart sich die ganze Verlogenheit der sogenannten „Lohn-Preis-Spirale“.

Die Monopolherren werden um höhere Profite willen stets den höchsten Preis diktieren. Und der von ihnen beherrschte Staat unternimmt alles, um den Profit-

⁴⁾ Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1963

und Machtinteressen der Monopole und der Politik der forcierten Aufrüstung Rechnung zu tragen. Der Druck der Monopole auf die Lebenslage der Arbeiterklasse durch unaufhörliche Preissteigerungen ist ein Kernstück der verschärfenden Angriffe auf die Arbeiter und ihre Gewerkschaften. Drosselung der Reallöhne und steigende Preise — das ist der klassische Weg, den die Monopole und der von ihnen beherrschte Staat heute wieder gehen, um ihre Profite und die Rüstungsausgaben zu erhöhen. Immer größere Teile des Nationaleinkommens werden für eine sinnlose Rüstung verschwendet. Nach dem vom Bundeswirtschaftsministerium herausgegebenen Bericht "Wirtschaft in Zahlen" (12. Auflage) ist von 1955 bis 1963 der Anteil des Haushalts für Rüstungsausgaben und "zivile Notstandsplanung" von 26,6 Prozent auf 35,2 Prozent hochgeschossen, während sich die Sozialkosten von 42,6 Prozent auf 26,2 Prozent verringerten. Diese erhöhten Ausgaben für die Revanchepolitik der aggressiven Monopole mußten die Arbeiter in Form von erhöhten Steuern aufbringen. Während die Werktagen die Lasten für diefriedensbedrohende Rüstung allein zu tra-

gen haben, scheffeln die großen Monopole durch die Rüstungsaufträge Milliarden Profite. Hier bewahrheitet sich im vollen Umfange die Feststellung des neuen DGB-Grundsatzprogramms, daß durch die Rüstungsausgaben die Mittel für soziale und kulturelle Zwecke beeinträchtigt werden.

Es ist eindeutig, nicht die Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen sind die Ursache der Preiserhöhungen, gefährden die Währung und die wirtschaftliche Entwicklung, sondern die Profit- und Rüstungsinteressen der großen Monopole und des von ihnen beherrschten Staates.

Der Kampf um höheren Lohn und die Verkürzung der Arbeitszeit, gegen Preiswucher und Verschlechterung der Sozialgesetzgebung ist ein erbitterter Klassenkampf. Es ist eine alte Erfahrung der Gewerkschaften, daß Lohnfragen immer Machtfragen sind. Die Höhe des Lohnes, der Anteil am Sozialprodukt wird im Kampf zwischen Arbeiterklasse und Monopolkapital entschieden. Je stärker die Gewerkschaften aktiv die Interessen der Arbeiterklasse vertreten, um so größere Erfolge werden sie erzielen.

Verstärkter Angriff auf die Lebenslage der Arbeiterklasse

Die Monopole und ihre Regierung erklären offen, daß sie auch im Jahre 1964 den Angriff auf die Lebenslage der Arbeiterklasse verstärkt forsetzen wollen. Mit dem sogenannten "Wirtschaftsbericht" der Bundesregierung für das Jahr 1964 geben sie eine Richtschnur von Lohnerhöhungen von 4 Prozent an, während den Unternehmern versprochen wird, daß ihre "Einkommens- und Investitionschancen sich noch merklich verbessern werden". Das würde kaum die seit den letzten Lohnerhöhungen eingetretenen Preissteigerungen ausgleichen. Gleichzeitig hat die "Deutsche Bundesbank" Anfang Januar verlauten lassen, daß 1964 mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen sei.

Die Masse der Gewerkschafter hat insbesondere durch die verschärften Klassenauseinandersetzungen im vergangenen Jahr die Erfahrung gemacht, daß man mit der von den Unternehmern und auch von Georg Leber sowie Deist und Schiller propagierten "Sozialpartnerschaft" und mit „Appellen an die Ver-

nunft" der Unternehmer keine Erhöhungen der Löhne erreichen und die einseitige Einkommensverteilung beseitigen kann. Entschlossene Kampfaktionen ist die Sprache, die die Unternehmer verstehen, das ist die einzige mögliche Waffe, um Forderungen der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Unternehmer durchzusetzen.

Nach der Niederlage Lebers auf dem Außerordentlichen DGB-Kongreß in Düsseldorf werden die Monopole und solche rechten Führer wie Deist und Schiller ihre Bemühungen verstärken, um sich in die Gewerkschaftspolitik einzumischen. Wie alle Erfahrungen beweisen, ist es nicht möglich, durch das sogenannte Miteigentum, Volksaktien, Investivlohn usw. die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung zu verändern. Vor allem durch die aktive Lohnpolitik vermag die Arbeiterklasse sich einen höheren Anteil am Sozialprodukt zu erkämpfen und den Lebensstandard zu verbessern.

Schlußfolgerungen für den gewerkschaftlichen Kampf um höheren Lohn

Zum Jahreswechsel 1963/64 schrieb Adolph Kummernuß im ÖTV-Magazin 12/63:

„Für die Arbeitnehmer war es noch

*) „Frankfurter Rundschau“ vom 13. 12. 1963

immer am sichersten und am besten, wenn sie weder auf andere hofften, noch deren Versprechungen vertrauten, sondern wenn sie sich auf die eigene Kraft verließen. Gemeinsam können sie auch im neuen Jahr vieles erreichen. Gemeinsam können sie vor

allem aber alle Widerstände überwinden, an denen es 1964 mit Sicherheit nicht fehlen wird."

Große und harte Auseinandersetzungen stehen bevor. Die auf dem Außerordentlichen DGB-Kongreß beschlossenen Kundgebungen und Demonstrationen gegen den Preis- und Mietwucher sowie die Verschlechterung der Sozialgesetzgebung sind auch die beste Vorbereitung für die kommenden Lohnkämpfe. Die Arbeiter in Mannheim, Dortmund, Frankfurt, Nürnberg, Offenbach und vielen anderen Orten der Bundesrepublik haben dazu bereits ein gutes Beispiel gegeben.

Der DGB-Bundesvorstand hat auf seiner ersten Sitzung im Jahre 1964 erklärt, „die Gewerkschaften sind gezwungen, wegen der fortgesetzten Preiserhöhung, die zu einer wesentlichen Verteuerung der Lebenshaltung geführt hat, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen“. Die Gewerkschaften werden von der Möglichkeit Gebrauch machen, die Lohn- und Gehaltstarife für mindestens 8,1 Millionen Arbeiter im Verlaufe des Jahres zu kündigen.

Für die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten, für die die Tarifverträge auf Grund langer Laufzeiten in der zweiten Jahreshälfte oder erst 1965 gekündigt werden können, bleibt nur der Weg, **Tenerungszulagen** zu erkämpfen. Die immer größer werdende Empörung gegen die rapide steigenden Preise sollten die gewerkschaftlichen Vertrauenskörper und Betriebsräte veranlassen, auf betrieblicher Ebene — dort bestehen die größten Möglichkeiten — die Unternehmer zu zwingen, einen Ausgleich für die gestiegenen Preise zu zahlen. Besonders die neuen Belastungen, die durch die Mietpreisfreigabe und die Aufhebung der Mieterschutzbestimmungen auf die Werktagen zukommen, erfordern den Kampf um **Tenerungszulagen**. Es ist notwendig, die Öffentlichkeit, die Hausfrauen und Bauern über die Hintergründe der Preislawine aufzuklären, ihnen die wahren Ursachen aufzuzeigen und sie zur Unterstützung des Kampfes um Tenerungszulagen und höheren Lohn zu gewinnen.

Die in den Tarifverträgen der IG Druck und Papier und IG Bau, Steine und Erden enthaltene Preisklauseln bieten die Möglichkeit, vor Ablauf der Tarifverträge Lohnerhöhungen zu fordern. Die Arbeiter dieser Industriezweige sollten darauf drängen, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, um durch die langen Tarifverträge ein weiteres Absinken der Reallöhne zu verhindern.

Im Bereich der IG Metall, in dem die Lohntarife erst am 31. August zum

30. September 1964 gekündigt werden können, sind Anfang des Jahres in den meisten Tarifbezirken die Urlaubsvereinbarungen gekündigt worden. Die Gewerkschaft fordert ein zusätzliches Urlaubsgeld in Höhe von 10 D-Mark pro Urlaubstag. Diese Forderung wird in einer Anzeige der IG-Metall damit begründet, daß die menschliche Gesundheit durch das „moderne Arbeitstempo bedroht ist. Herz und Nerven werden immer stärker belastet, die Arbeitnehmer brauchen mehr Ruhe und Erholung“.

Für die Metallarbeiter kommt es jetzt darauf an, die am 1. Januar 1964 in Kraft getretene Stufe der Arbeitszeitverkürzung voll effektiv wirksam zu machen. Die Metallindustriellen versuchen, die Arbeitszeitverkürzung dadurch zu umgehen, indem sie bezahlte Pausen wegfallen lassen oder die Akkorde verändern. Überall gilt es, den Abbau der betrieblichen Sozialleistungen abzuwehren und allen Machenschaften entgegenzutreten, um durch neue Lohnfindungsmodelle, wie zum Beispiel dem MTM-Verfahren, auf kaltem Wege den Lohn zu senken bzw. tarifvertraglich erkämpfte Lohnerhöhungen nicht effektiv wirksam werden zu lassen. In allen Gewerkschaften, wo die Tarifverträge auslaufen bzw. Kündigungen möglich sind, sollten sie zum **frühest möglichen Termin gekündigt** und rechtzeitig entsprechende Lohnforderungen erhoben werden. Neben der Textilindustrie, in der die Tarifverträge für 500 000 Arbeiter und Angestellte bereits zum 31. Dezember 1963 gekündigt sind und 8 Prozent materielle Verbesserungen gefordert werden, kommt dem **Lohnkampf in der chemischen Industrie** eine besondere Bedeutung zu. Zum 31. Januar 1964 sind die Tarifverträge in Württemberg-Baden und Westberlin ausgelaufen, die restlichen Bezirke folgen in den nächsten Monaten. Die Chemie-Monopole haben sich an alle Unternehmer gewandt und zur „Geschlossenheit“ aufgerufen, damit die Lohnerhöhung auf keinen Fall 5 Prozent übersteigt. Die Chemiearbeiter haben schon begonnen, sich auf den Lohnkampf vorzubereiten; die Gewerkschaft verlangt eine Lohnerhöhung von 12 Prozent. Das ist eine Forderung im Sinne der aktiven Lohnpolitik und viele Arbeiter und Angestellte sind der Meinung, das sie auch allen anderen Gewerkschaften, besonders der IG-Metall, für die Lohnbewegung im Herbst als Richtschnur dienen sollte.

Die Bergarbeiter, deren Tarifverträge zu jedem Monatsanfang mit einer Frist von drei Monaten jederzeit kündbar sind, fordern die sofortige Kündigung der Lohntarife und verlangen eine Lohn-

erhöhung, die dem Bergmann die Spitzenstellung in der Lohnskala sichert.

Bei den kommenden Lohnerhöhungen sollten die Gewerkschaften keine Tarifverträge mehr abschließen, deren Laufzeit über ein Jahr hinausgehen. Heute erweisen sich die langfristigen Tarifverträge (IG-Bau-Steine-Erden 24 Monate, ÖTV 21 Monate, IG-Metall 18 Monate) als ein Hindernis für den Kampf um höheren Lohn. Adolph Kummernuß erklärte im Dezember vergangenen Jahres, daß es ein Fehler war, langfristige Tarifverträge abzuschließen.

Zur Begründung der Notwendigkeit der Lohnforderungen werden in den Gewerkschaften vor allem folgende Punkte herausgestellt:

- a) die unaufhörlich steigenden Preise;
- b) die weiter ansteigenden Profite der Monopole, die gewachsene Arbeitsleistung, sowie die relativ günstige wirtschaftliche Entwicklung;

c) die steigende steuerliche Belastung der Werkätigen und wachsende Staatsausgaben, insbesondere für die atomare Aufrüstung;

d) die Erkenntnis, daß Lohnerhöhungen neue Kaufkraft schaffen und einem Rückgang der Konjunktur entgegenwirken und nicht zuletzt;

e) die Erfordernisse der aktiven Lohnpolitik, die verlangen, daß die Lohnerhöhungen größer sind als die Preissteigerungen und die gewachsene Arbeitsleistung.

Bei den kommenden sozialen Kämpfen werden die Gewerkschaften erkennen, daß ihre Forderungen am besten verwirklicht werden, wenn sie mit dem politischen Kampf eng verbunden sind. Nur so wird es möglich sein, die Macht der Monopole und Militaristen zurückzudrängen und sich einen größeren Einfluß in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu erkämpfen.

Zur Bildung der Produktionskomitees in den volkseigenen Großbetrieben

von FRITZ RÖSEL

Aus den herangereiften Entwicklungsbedingungen, die vor allem durch den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in unserer Republik und durch die rasche Entwicklung der Produktivkräfte gekennzeichnet sind, ergeben sich neue, z. T. recht komplizierte Aufgaben der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, die objektiv die komplexe Lösung des Volkswirtschafts- und Perspektivplans in den Betrieben durch die einheitliche Lenkung und Koordinierung aller gesellschaftlichen Kräfte erfordern. Es kommt darauf an, die Teilnahme der Werkätigen an der Leitung der Betriebe durch verschiedene Formen und Methoden auf die Lösung der Schwerpunktaufgaben zu lenken, alle Kräfte des Betriebskollektivs zu koordinieren und die Vorschläge der Werkätigen mit Hilfe eines zentralen Organs besser durchzusetzen. Die ungenügende Koordinierung aller gesellschaftlichen Kräfte in den Betrieben — in vielen Betrieben existieren 10 bis 12 verschiedene Gremien der ehrenamtlichen Teilnahme der Werkätigen an der Leitung und Entwicklung der Produktion — führte dazu, daß sie oft losgelöst voneinander arbeiteten, oft unabhängig voneinander die

Lösung der gleichen Aufgaben in Angriff nahmen und ihre Vorschläge nicht in vollem Umfang vom Werkleiter für die Verbesserung der Leitungstätigkeit genutzt wurden. Dadurch wurde die Wirksamkeit der gesellschaftlichen Kräfte eingeschränkt. Diesen Zustand zu überwinden ist Sinn der Initiative der Partei, in den volkseigenen Großbetrieben Produktionskomitees zu bilden, um mit ihrer Hilfe die Leitungstätigkeit der Wirtschaftsfunktionäre zu verbessern und die Wirksamkeit der Mitarbeit der Werkätigen zu erhöhen.

Die Leiter der sozialistischen Industrie können ihre Aufgaben nur dann erfüllen, wenn sie bei der Durchsetzung ihrer Weisungen die Unterstützung aller Werkätigen haben, wenn die Werkätigen von der Notwendigkeit und Richtigkeit der Weisungen überzeugt sind. Das setzt voraus, daß diese den Beschlüssen und Gesetzen von Partei und Regierung entsprechen und den Werkätigen entsprechend nahegebracht wurden.

Die Produktionskomitees in den volkseigenen Großbetrieben werden unter Führung unserer Partei als gewähltes

Organ der Belegschaft den Werkleitern helfen, die Produktion noch besser zu organisieren und die Wirksamkeit der schöpferischen Initiative der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz zu erhöhen. Im Produktionskomitee werden die erfahrensten Arbeiter, Ingenieure und leitenden Kader, die das größte Vertrauen besitzen, sowie das auf ökonomischem Gebiet erfahrenste Mitglied der Parteileitung, das zugleich das Produktionskomitee leiten soll, wie auch qualifizierte Mitglieder der Leitungen anderer gesellschaftlicher Organisationen mitarbeiten. Die BGL (Betriebs-Gewerkschafts-Leitung) entsendet ihren fachlich und technisch qualifiziertesten Vertreter — gleichgültig, ob es der EGL-Vorsitzende oder ein anderer Kolege ist — in das Produktionskomitee.

Bei der Tätigkeit der Produktionskomitees gilt das Prinzip, jedes Problem bis zur Klärung zu diskutieren und konkrete Beschlüsse zu fassen, die jederzeit kontrollierbar sind. Es ist ein beratendes-

Organ, das die kollektive Weisheit aller Beschäftigten des Betriebes vertritt. Vor den Produktionskomitees legen die Werkleiter Rechenschaft über die Arbeit des Betriebes ab und beraten sich mit Ihnen über die wichtigsten Fragen der Produktion. Die Werkleiter sind verpflichtet, die Empfehlungen der Produktionskomitees in ihrer Leitungstätigkeit zu beachten und sie mit Hilfe von Weisungen zu verwirklichen. Das hebt die Verantwortung des Werkleiters für die Leitung des Betriebes entsprechend dem Prinzip der Einzelleitung nicht auf. Der Werkleiter nimmt selbst an der Beratung im Produktionskomitee teil, in der bei der oben skizzierten hochqualifizierten Zusammensetzung des Produktionskomitees die besten Gedanken und Ideen zur optimalen Lösung aller gestellten Probleme verschmelzen. Es kommt jedoch darauf an, im Produktionskomitee alle Probleme wirklich ernsthaft zu beraten und gründlich zu prüfen, bevor sie als Empfehlungen an die Werkleiter gerichtet werden.

Über erste Erfahrungen bei der Bildung von Produktionskomitees

Der Vorschlag, solche Komitees zu bilden, wurde auf dem VI. Parteitag im Referat des Genossen Walter Ulbricht unterbreitet. Dieser Gedanke der noch umfassenderen Einbeziehung der Werktaatigen in die Leitung der Produktion wurde auf der Wirtschaftskonferenz des Zentralkomitees und des Ministerrates weiterentwickelt. Bei seinem Aufenthalt im VEB Kirow-Werk, Leipzig, erklärte Genosse Walter Ulbricht, die Bildung der Produktionskomitees sei notwendig, um die Zusammenarbeit der betrieblichen Organe zu erreichen. Die Komitees seien besonders zur Vorbereitung und Durchführung des Planes erforderlich. „Das Produktionskomitee soll sich auf die Grundsatzfragen der Leitung und der Perspektive der Entwicklung konzentrieren, auf den Perspektivplan“, sagte Genosse Walter Ulbricht. „Es soll sich mit den grundlegenden Erfahrungen des sozialistischen Wettbewerbs und mit solchen wichtigen Fragen wie zum Beispiel den Kooperationsbeziehungen beschäftigen. Das Produktionskomitee kontrolliert, daß die ökonomischen Hauptfragen wirklich mit den Werktaatigen beraten werden... Das Produktionskomitee hat die kollektiven fortgeschrittenen Erfahrungen der Belegschaft und des ganzen Industriezweiges mit auszuwerten. Dadurch können die Werktaatigen noch besser auf den Plan und auf die Leitung der Produktion Einfluß ausüben. Das

Produktionskomitee soll dafür sorgen, daß die besten Erfahrungen der Neuerer, der Arbeiterforscher usw. berücksichtigt werden.“¹⁾

Nach dem VI. Parteitag der SED wurde im VEB Sächsisches Kunstseidenwerk „Siegfried Rädel“ in Pirna begonnen, ein Beispiel für die Tätigkeit eines Produktionskomitees zu schaffen. Bei seiner Bildung wurde davon ausgegangen, daß es notwendig ist, dem Werkleiter ein Kollektiv erfahrener Facharbeiter, Meister und Wissenschaftler zur Seite zu stellen, das die gesamte Entwicklung des Werkes und die damit zusammenhängenden Aufgaben behandelt. Vor allem sind es Probleme der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der weiteren Entwicklung der Produktion, der Qualität, der Selbstkosten und des Gewinns, der Durchführung der Investitionen sowie des Einsatzes und der Qualifizierung der Werktaatigen für die Lösung der Perspektivaufgaben, die im Betrieb durch das Produktionskomitee beraten werden. Im Ergebnis der Diskussion über den Plan 1964 wurde in diesem Betrieb erreicht, daß die Kontrollziffer für die Bruttoproduktion und die der Warenproduktion recht erheblich überboten werden konnten. Das Produktionskomitee befaßte sich weiterhin mit der Anwendung zweckmäßiger Formen der materiellen Interessiertheit. Die Situation in den wichtigsten Abteilungen des Werkes wurde genau analysiert und im Produktionskomitee beraten. Im Ergebnis dessen wurden dem Werkleiter

¹⁾ „Neues Deutschland“ vom 17. Oktober 1963

Vorschläge zur Beschußfassung und Durchführung übergeben. So wurde zum Beispiel begonnen, für die ingenieur-technischen und ökonomischen Leitungskader leistungsgebundene Prämien einzuführen, nachdem ein Experiment im Kupfer-Kunstseidenbetrieb erfolgreich erprobt worden war. Im Prozeß der mit der Durchsetzung dieser Vorschläge verbundenen Auseinandersetzung hat das Produktionskomitee an Autorität gewonnen. Verschiedene Wirtschaftsfunktionäre des Betriebes, die diesem neuen Organ zunächst skeptisch gegenüberstanden, erkannten dessen wirksame Hilfe bei der Verbesserung der Leistungstätigkeit. Sie begriffen, wie notwendig die Einbeziehung vieler Arbeiter, Meister und Chemiker in die ehrenamtliche Tätigkeit ist, die ihnen helfen, einen größeren Überblick über die komplexen Leistungsfragen zu erhalten. Das in Pirna geschaffene Beispiel lehrte, daß es notwendig ist, die Bildung von Produktionskomitees in jedem Falle gründlich vorzubereiten. So bestanden zunächst im Werk erhebliche Unklarheiten über die Prinzipien der sozialistischen Leistungstätigkeit. Darauf mußte ideologisch völlige Klarheit geschaffen werden. Sonst hätte die Gefahr bestanden, das Prinzip

der sozialistischen Einzelleitung zu untergraben und das Produktionskomitee zu einem kollektiven Leitungsgesamt zu entwickeln. Ebenso gab es Kollegen, die — im Widerspruch zu den sozialistischen Prinzipien der Führung eines Industriebetriebes — die breite Einbeziehung der Werktaatigen nicht als notwendig erachteten. Mängel zeigten sich auch in der Zusammensetzung des Komitees, die nicht gewährleistete, das Betriebskollektiv richtig zu vertreten. Vor allem war der Anteil von Facharbeitern zu gering. Das Produktionskomitee darf nicht die Form einer Vertreterkörperschaft der verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen im Betrieb sein. Es muß vielmehr das Kollektiv der Besten sein, das als koordinierendes Organ der Belegschaft zur Entwicklung der Masseninitiative wirkt. Deshalb wird im Beschuß des Politbüros vom 29. Oktober 1963 hervorgehoben, daß mindestens die Hälfte der Mitglieder des Produktionskomitees hervorragende Facharbeiter sein sollen, die keine gesellschaftliche Funktion im Betrieb ausüben. Der Anteil der Frauen und Jugendlichen im Produktionskomitee soll der Zusammensetzung der Belegschaft entsprechen.

Zur Funktion des Produktionskomitees

Das Produktionskomitee ist ein Organ der Belegschaft, ihr rechenschaftspflichtig. Es arbeitet auf der Grundlage der Beschlüsse der Partei und der Regierung. Seine demokratische Wahl, für die die Gewerkschaften verantwortlich sind, erfolgt in den Großbetrieben durch die Vertrauensleute-Vollversammlung in offener Abstimmung. Der Hauptinhalt der Tätigkeit des Produktionskomitees besteht darin, unter Führung der Parteiorganisation und mit Hilfe der gesellschaftlichen Organisationen die schöpferische Initiative der Werktaatigen allseitig zu entwickeln, zu koordinieren und auf die Hauptfragen der technischen und ökonomischen Entwicklung des Betriebes zu konzentrieren. Dabei stützt sich das Produktionskomitee auf solche bewährten Formen der Masseninitiative

wie den sozialistischen Wettbewerb, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit, die Neuererbewegung sowie auf die ständigen Produktionsberatungen der Abteilungen. Es beschäftigt sich systematisch mit der perspektivischen Entwicklung des Betriebes, besonders in technischer und ökonomischer Hinsicht und hilft dem Werkleiter, das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, die besten Arbeits erfahrungen und -methoden durchzusetzen. Das Produktionskomitee greift die Hinweise und Vorschläge der Werktaatigen des Betriebes auf, faßt sie zusammen und unterbreitet sie zusammengefaßt dem Werkleiter. Es ist somit ein Organ der Masseninitiative und -kontrolle zur Erfüllung der Aufgaben des Volkswirtschaftsplans.

Produktionskomitees und Gewerkschaften

Der Vorschlag des Genossen Walter Ulbricht zur Bildung von Produktionskomitees wurde im engsten Zusammenhang mit Problemen der Gewerkschaftsarbeit unterbreitet. Die Gewerkschaften haben beim umfassenden Aufbau des Sozialismus bedeutende Aufgaben zu erfüllen. Sie sind Erbauer der sozialistischen Gesellschaft, Schulen der sozialisti-

schen Arbeit und Vertreter der sozialen und kulturellen Interessen der Werktaatigen. In der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus wächst ihre Verantwortung, sind ihnen größere Aufgaben gestellt. „Diese höheren Aufgaben bestehen in der Hebung des sozialistischen Bewußtseins der ganzen Klasse, in der Einbeziehung der schöpferischen

Kräfte aller Werktätigen in die aktive Teilnahme am Aufbau des Sozialismus, in der Herausarbeitung und Verwirklichung der Einheit zwischen Arbeitsproduktivität und Lebensstandard, zwischen Wettbewerb und Arbeits- und Lebensbedingungen", erklärte Genosse Herbert Warnke auf dem 6. FDGB-Kongress. „Unsere Entwicklungsperiode wird von einem schnellen Aufschwung der Produktivkräfte und dem immer größer werdenden Einfluß von Wissenschaft und Technik in der materiellen Produktion gekennzeichnet. Aber nur derjenige wird ein Höchstmaß an Können, Wissen und Fähigkeiten für den gesellschaftlichen Fortschritt und damit für den Frieden einsetzen, der davon überzeugt ist, daß der Einsatz seiner Person notwendig ist und sich lohnt. Jetzt geht es also darum, daß wir alle, wirklich alle, ohne Ausnahme gewinnen.“¹⁾

Die Gewerkschaften tragen somit eine hohe Verantwortung. Manche Genossen meinen, die Bildung der Produktionskomitees sei grundsätzlich eine Kritik an der Arbeit der Gewerkschaften. Das ist nicht richtig. Unsere Partei schätzt deren Arbeit hoch ein. Sie stützt sich bei der Mobilisierung der schöpferischen Kräfte aller Werktätigen zur Verwirklichung des Programms des umfassenden Aufbaus des Sozialismus und bei der technischen Umwälzung in erster Linie auf die Gewerkschaften, die größte Massenorganisation der herrschenden Klasse. Die Bildung der Produktionskomitees unterstützt und fördert die Tätigkeit der Gewerkschaften und trägt dazu bei, daß sich die ganze Klasse noch enger um die Partei schart. Die Gewerkschaften übernehmen mit der Bildung der Produktionskomitees und besonders durch deren Wahl und deren Rechenschaftslegung in den Vertrauensleute-Vollversammlungen eine große Verpflichtung; denn schließlich geht es dabei zugleich um neue Methoden in der Arbeit der Gewerkschaftsfunktionäre, der Gewerkschaftsleitungen und der gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Es geht darum, die schöpferischen Gedanken, die in den Betrieben zum Ausdruck kommen, rasch aufzugreifen und zu fördern. Und eben darin, in der Entfaltung der schöpferischen Kräfte der Massen zur Lösung der ökonomischen Aufgaben, besteht das Kernstück der gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Werktätigen. Diese Interessenvertretung beginnt damit, daß „die Arbeit gut rollt“, daß hohe Ergebnisse in der Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt werden und dadurch dann auch „der Lohn stimmt“

Die Bildung von Produktionskomitees hilft den Gewerkschaften, ihrer Funktion als Interessenvertreter noch besser gerecht zu werden, so wie es im „Gesetzbuch der Arbeit“ (§ 4, Ziffer 2) entwickelt ist: „Nach ihrer Satzung sind die Freien Deutschen Gewerkschaften Schulen des Sozialismus und allseitige Vertreter der Interessen der Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz. Sie fördern den Kampf um den wissenschaftlich-technischen Höchststand, die Aneignung allseitiger Kenntnisse und eine hohe sozialistische Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin zur raschen Steigerung der Arbeitsproduktivität. Sie mobilisieren die ganze Arbeiterklasse und Intelligenz zur allseitigen Erfüllung der Wirtschaftspläne mit dem Ziel der ständigen Verbesserung ihres materiellen und kulturellen Lebensniveaus.“

Mit der Bildung der Produktionskomitees wachsen die Möglichkeiten, rascher Entscheidungen in strittigen Fragen zu treffen. Damit können die Gewerkschaften ihren Einfluß auf die Verbesserung der Arbeitsorganisation sowie der Arbeits- und Lebensbedingungen verstärken und ihren Beitrag dazu leisten, daß sich die Werktätigen ihrer Stellung in der Produktion und in der Gesellschaft bewußt werden, daß sich jeder einzelne als Teil der herrschenden Klasse fühlt und entsprechend handelt. Noch gibt es viele Vorschläge der Arbeiter zur Verbesserung der Arbeitsorganisation und der Technik, die nicht durchgesetzt werden, weil sie nicht die gebührende Unterstützung der Gewerkschaftsorganisationen finden. Diese Mißachtung der Arbeitervorschläge führt dazu, daß einige Arbeiter sich nicht für die Organisierung und Leitung der Produktion verantwortlich fühlen. Sie meinen: „Wir sagen nichts mehr, es ändert sich ja doch nichts.“ Eine solche Einstellung läßt auf grobe Fehler vor allem in der Arbeit der Gewerkschaften und der Leiter schließen, die besonders deutlich werden, wenn einzelne Gewerkschaftsfunktionäre die Verletzung der Arbeiterinteressen durch manche Wirtschaftsfunktionäre noch dulden und sogar rechtfertigen. Die schöpferische Mitarbeit der ganzen Klasse hängt wesentlich davon ab, ob die Arbeiter in der täglichen betrieblichen Praxis spüren, daß sie der herrschenden Klasse angehören. Für die Verwirklichung ihrer guten Vorschläge zu sorgen, darin besteht eine wichtige Seite in der Gewerkschaftsarbeit auf ideologischem und organisatorischem Gebiet. Die Gewerkschaften werden noch größeres Vertrauen gewinnen, wenn sie sich dabei tatkräftig um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen kümmern. Die Produktionskomitees werden

¹⁾ „Neues Deutschland“ vom 20. November 1963

ihnen bei der Verwirklichung der Arbeitervorschläge eine große Hilfe sein.

Es muß und wird sich eine enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Produktionskomitees in allen Fragen entwickeln, die die Perspektive des Betriebes, die Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die Qualifizierung der Werktaatigen betreffen. Bei der Planung und Durchführung von Rekonstruktionsmaßnahmen ist es unerlässlich, daß die Gewerkschaftsorganisationen und die Produktionskomitees zusammenarbeiten, um die Einheit von Steigerung der Arbeitsproduktivität und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu wahren.

Die Bildung der Produktionskomitees darf nicht dazu verleiten, etwa anzunehmen, die Gewerkschaften seien jetzt ihrer Verantwortung, Träger des sozialistischen Wettbewerbs und Organisator der Ständigen Produktionsberatungen zu sein, enthoben. Die Verantwortung der Gewerkschaften für den sozialistischen Wettbewerb, für die Ständigen Produktionsberatungen in den Abteilungen und dort, wo keine Produktionskomitees bestehen, wächst. Erst nachdem das Produktionskomitee gebildet ist, stellen die zentrale Produktionsberatung und ihr Ausschuß ihre Tätigkeit ein. Die Bildung der Produktionskomitees muß zu einem großen Aufschwung im sozialistischen Massenwettbewerb und in der Tätigkeit der Ständigen Produktionsberatungen in den Abteilungen führen. Ja, an den Gewerkschaften liegt es, dafür zu sorgen, daß die vielen klugen Ideen, Gedanken und Vorschläge der Werktaatigen aus den Produktionsberatungen und den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen für die Tätigkeit der Produktionskomitees nutzbar gemacht werden und Eingang finden in die Weisungen der Werkleiter. Das Produktionskomitee hat seine Massenbasis in der Tätigkeit der Gewerkschaften.

Manche Genossen waren der Ansicht, mit der Bildung der Produktionskomitees müßten die Produktionsberatungen wieder in die Gewerkschaftsgruppen verlegt werden. Das würde aber zu einer erheblichen Einschränkung des innergewerkschaftlichen Lebens führen, weil dann in den Gewerkschaftsgruppen nicht alle Fragen des geistigen Lebens behandelt werden könnten. Das gewerkschaftliche Leben würde eingeengt, die Mitgliederversammlungen, in denen sowohl Fragen der Produktion als auch der Arbeits- und Lebensbedingungen behandelt werden sollen, würden in ihrer Bedeutung zurückgedrängt. Es kommt aber gerade darauf an, die Mitgliederversammlungen durch die gründliche und offene Beratung aller gewerkschaft-

lichen Probleme zu aktivieren und gleichzeitig die Ständigen Produktionsberatungen in den Abteilungen besser zu organisieren.

Die gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen sind der Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Lebens in jeder Gruppe und in jedem Betrieb. Sie sind eine wichtige Form, die Menschen zum sozialistischen Denken und Handeln zu führen. Für sie gilt der Grundsatz: Es können nur dann größere Erfolge erzielt werden, wenn vorher Klarheit in den Köpfen geschaffen wird. In den Mitgliederversammlungen entfaltet sich das geistige Leben, setzen sich die Kollegen mit Auffassungen auseinander, die die Entwicklung des Kollektivs hemmen. Hier werden die Schritte festgelegt, wie die Gewerkschaftsgruppe sich der Sorgen jedes einzelnen annehmen will. Regelmäßig durchgeführte monatliche Mitgliederversammlungen werden Mittelpunkt des geistigen Lebens in den Gewerkschaften, wenn sie richtig vorbereitet werden. Sie sollen vor allem Probleme behandeln, die die Arbeiter interessieren und bewegen, die auf die vielen erregenden Ereignisse des Alltags Antwort geben. Eine Gewerkschaftsgruppe findet in gemeinsamer Beratung meist den Weg zur Lösung auch komplizierter Aufgaben.

Einige Genossen möchten sofort und überall mit der Bildung der Produktionskomitees beginnen. Sie meinen, man müsse die Produktionskomitees sehr rasch, bereits im Verlauf der Ausarbeitung der Betriebskollektivverträge 1964 bilden. Das würde zu einer sehr formalen Arbeit führen und nicht den neuen Aufgaben entsprechen. Es käme dann faktisch einer Umwandlung der Ausschüsse der Ständigen Produktionsberatungen in Produktionskomitees gleich. Aber eine solche formale Umwandlung würde nicht der neuen Qualität entsprechen. Das würde zu Schematismus führen, die Autorität der Produktionskomitees vermindern und den Prozeß bis zu ihrer vollen Wirksamkeit erheblich verlängern. Zunächst gilt es, in einigen wichtigen Betrieben Erfahrungen zu sammeln und nach ihrer Ausweitung systematisch und gut vorbereitet in den sozialistischen Großbetrieben Produktionskomitees zu bilden. Ein solch wohlüberlegtes Herangehen wird uns helfen, solche Organe der sozialistischen Demokratie ins Leben zu rufen, die nicht nur lebensfähig sind, sondern aktiv auf das betriebliche Geschehen Einfluß nehmen, sich dadurch hohe Autorität erwerben und durch ihre Arbeit ihren Betrieb und unsere gesamte Gesellschaft voranbringen auf dem Wege zum Sieg des Sozialismus.

Wie können wir die Arbeit der Grundorganisationen verbessern und neue Mitglieder gewinnen?

Von Herbert Weiß

Von der Organisationsarbeit, von den organisatorischen Fähigkeiten aller Leitungen und Mitglieder hängt es in entscheidendem Maße ab, mit welchen Ergebnissen wir die Politik, die der Parteitag 1963 festlegte, in der Praxis verwirklichen.

Gerade darum widmete unser Parteitag und die 2. Tagung des Zentralkomitees den Organisationsproblemen besondere Aufmerksamkeit. Die Parteiführung zog daraus Schlußfolgerungen und legte eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Organisationsarbeit fest. Dabei muß klar sein, daß organisationspolitische Probleme nicht zu trennen sind von den politischen Aufgaben, von der Durchsetzung der in der Programmativen Erklärung festgelegten politischen Linie. Genosse Chruschtschow charakterisierte die Einheit von Politik und Organisation auf dem XXII. Parteitag mit folgenden Worten:

„Jegliches Gegeneinanderstellen der ideologischen und der organisatorischen Arbeit ist falsch und schädlich. Der an der ideologischen Front Tätige muß, wenn er wirklich danach strebt, daß seine Tätigkeit fruchtbar wird, unbedingt auch ein politischer Organisator der Massen sein.“

Für die Stärkung der Partei, für die Erweiterung ihres Einflusses ist die allseitige Orientierung der ganzen Partei auf die Massenarbeit Voraussetzung. Eine Parteigruppe kann ihre Aufgaben in der Massenarbeit nur bewältigen, wenn sie innerparteiliches Leben entfaltet, wenn sie regelmäßig zu Parteiversammlungen zusammenkommt. In diesen Zusammenkünften muß die Politik der Partei erörtert und erläutert werden und entsprechend der jeweiligen konkreten Situation auf den Betrieb und das Wohngebiet angewendet werden. Wichtig ist, daß die Genossen in ihren Parteigruppen über die Forderungen und Meinungen der Menschen, mit denen

sie in Verbindung stehen, berichten. Nur so kann jede Parteigruppe ihre konkreten Beschlüsse auf dem Gebiet ihrer Agitation, der Vorbereitung von Aktionen und der Werbung neuer Mitglieder in gemeinsamer Beratung ausarbeiten und die Aufgaben für jedes Mitglied festlegen.

Deshalb genügt es nicht, wenn beispielsweise in einer norddeutschen Großstadt die Mitgliederversammlungen und Schulungsabende*) regelmäßig stattfinden, aber keine wesentliche Massenarbeit geleistet wird. Auf die innerparteiliche politische und ideologische Arbeit darf sich eine Parteigruppe nicht beschränken. Sie muß immer darauf achten, daß jeder Genosse aktiv in seinem Betrieb, in seiner Gewerkschaft oder einer anderen Massenorganisation tätig ist. Auf der Grundlage der Beschlüsse des Parteitages und des Zentralkomitees müssen die Parteigruppen ihre eigenen Beschlüsse fassen und ihren Mitgliedern entsprechend ihren Fähigkeiten konkrete Aufgaben stellen.

Im Fehlen einer umfassenden lebendigen Massenarbeit liegt gegenwärtig noch die Hauptschwäche unserer Parteigruppen und Leitungen. Auf diese Schwäche hinweisend sagte Genosse Max Reimann auf der 2. ZK-Tagung:

„Viele Parteorganisationen und Leitungen registrieren die Empörung in der Bevölkerung, nehmen in Flugblättern und in anderen Materialien dazu Stellung, sehen aber ungenügend ihre Aufgabe darin, Initiator und Organisator von Aktionen zu sein. Sie richten ihren Blick zu sehr nach innen und sehen nur ungenügend, daß die Arbeit unter den Massen die ausschlaggebende Aufgabe ist. Wenn wir dieses Hemmnis überwinden, dann werden wir die Aufgabe des Parteitages erfüllen, Organisator des demokratischen Kampfes der Volksmassen zu sein.“

Wo Parteigruppen diese Hemmnisse überwinden, haben sie gute Erfolge in ihrer Massenarbeit. Ein Beispiel ist die Arbeit einer Wohngebietsgruppe in einer Stadt, in deren Bereich die Bewohner beunruhigt und empört waren über eine geplante Mietpreiserhöhung. Nach gründlicher Beratung im Kollektiv der Gruppe nahmen die Mitglieder zu SPD-Genossen und parteilos Kolllegen Verbindung auf und organisierten mit ihnen gemeinsam mehrere Protest-

*) Aus einer südwestdeutschen Großstadt wurde uns bekannt, daß in der Zeit der Vorbereitung des Parteitages im Rahmen der Schulungsarbeit eine größere Zahl von Schulungsteilnehmern für die Partei gewonnen werden konnte. Die Genossen handelten richtig, wenn sie auch Parteilose an den Schulungsabenden teilnehmen ließen. Die zumeist jungen Menschen standen fast alle in der Massenarbeit.

versammlungen und andere Aktionen der Mieter. Der Angriff auf die berechtigten Interessen der Mieter wurde mit Erfolg abgewehrt. In dieser Bewegung

wuchs das Ansehen und die Autorität der Partei. Das wurde durch die Aufnahme neuer Mitglieder noch unterstrichen.

Ständige Werbung neuer Mitglieder —

Voraussetzung für die volle Verwirklichung der Politik der Partei

Parteiorganisationen mancher Kreise, Betriebsgruppen und Wohngebietsgruppen haben seit dem Parteitag ihre Massenarbeit verbessert. Das war besonders dort der Fall, wo die Partei durch die Werbung neuer, junger Genossen, die meist Funktionen in Betrieben, Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen haben, ihre Kräfte verstärken konnte.

Die richtige Erkenntnis aus dieser Tatsache ist: Wenn wir unseren Einfluß in der Arbeiterklasse und in anderen Volksschichten auf deren Kämpfe und Bewegungen entscheidend verstärken wollen, wenn wir die gebotenen Möglichkeiten ausschöpfen wollen, müssen wir der Partei neue Mitglieder zuführen. Wir brauchen eine zahlenmäßig starke Partei, die in ihren Grundorganisationen gefestigt und imstande ist, selbständig die vom Parteitag und dem ZK beschlossene Politik zu verwirklichen. Das verlangt, der Partei neue und junge Kräfte zuzuführen.

Die 2. Tagung des Zentralkomitees hat der ganzen Partei die Aufgabe gestellt, die Mitgliederwerbung zum ständigen Bestandteil der Parteiarbeit aller Leistungen und Grundorganisationen zu machen. Genosse Willi Mohn hat in seinem Bericht auf der 2. ZK-Tagung hervorgehoben, „daß die Werbung neuer junger Mitglieder geradezu eine Lebensfrage für unsere Partei ist“.

Das gilt für alle kommunistischen Parteien, unbeschadet, ob sie unter legalen oder illegalen Bedingungen tätig sind.

Wie wichtig die Beachtung dieses Lebensgesetzes ist, beweist der politische und organisatorische Zustand

einer Betriebsgruppe in einem wichtigen Betrieb in Norddeutschland, die z. Z. des Verbots 14 Mitglieder hatte; die meisten von ihnen übten betriebliche und gewerkschaftliche Funktionen aus. Schon damals war das Durchschnittsalter der Betriebsgruppe relativ hoch. Heute arbeiten in diesem Betrieb nur noch 4 Genossen, alle anderen schieden aus, weil sie das rentenfähige Alter erreicht hatten oder Frühinvaliden wurden. Von den vier noch im Betrieb verbliebenen Genossen werden drei Genossen in absehbarer Zeit als Rentner ebenfalls entlassen werden.

Es gibt noch manche Betriebsgruppe und Wohngebietsgruppe, in der die Lage ähnlich ist, in der die gleiche Gefahr besteht. Die Leitungen und Mitglieder können das selbst an Ort und Stelle in ihren Grundeinheiten überprüfen. Die Tatsachen werden ihnen selbst beweisen, wie wichtig die Werbung neuer Mitglieder für die Partei ist.

Die Werbung von über 2000 meist jungen Genossen im Parteiaufgebot hat bewiesen, daß es möglich ist, die Partei für die Erfüllung ihrer Aufgaben durch die Gewinnung von neuen Mitgliedern zu stärken. Das war ein wichtiger Schritt nach vorn. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß die Werbung der vielen neuen Genossen erst das Resultat einer breiten Kampagne war. In der Partei wird noch nicht allgemein erkannt, daß zur Erfüllung des Lebensgesetzes der Partei die ständige, kontinuierliche Orientierung auf die Gewinnung der besten Vertreter, vor allem der Arbeiterklasse und auch aus anderen werktätigen Schichten für die Partei als unausweichliche Aufgabe vor uns allen steht.

Welche Hemmungen und Schwierigkeiten stehen der Mitgliederwerbung entgegen?

Nach wie vor gibt es falsche Auffassungen über die Rolle der Partei, die vor allem im Sektierertum wurzeln. Sie bedeuten freiwillige Isolierung, Verzicht auf Massenarbeit. Aber ohne Massenarbeit keine neuen Mitglieder! Nach wie vor gibt es Genossen, die trotz guter Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Menschen in Massenorganisationen diese

nicht für „fähig und reif“ halten, Mitglieder unserer Partei zu werden. Man kann aber doch nicht erwarten, daß sympathisierende Kollegen außerhalb der Reihen der Partei zu „reifen“ vollwertigen Kommunisten werden.

Vor allem aber ist es falsch zu glauben, daß die Erziehungsarbeit in der

Partei aufhört. Richtig ist dagegen, daß in allen Grundorganisationen ein reges politisches Leben entwickelt, allen Genossen konkrete Aufgaben gestellt und ihnen bei der Erfüllung dieser Aufgaben Anleitung und Hilfe gegeben werden. So werden auch die neuen Parteimitglieder „im Geiste der Ergebenheit für die Sache der Partei zu selbstlosen Kämpfern für die Sache der Arbeiterklasse“ erzogen, wie es im Statut unserer Partei gefordert wird.

Nach wie vor schrecken Leitungen und Grundorganisationen vor der Mehrarbeit, vor den Problemen zurück, die mit der Erziehung der neuen Mitglieder auf sie zukommen. Nach wie vor sagen selbst Genossen Kreissekretäre, daß es ihnen schwer falle, neue Mitglieder in die Parteiarbeit einzuführen, den jungen Genossen die nötige Hilfe zu geben. Sie müßten sonst ihre politischen Aufgaben vernachlässigen. Wo es solche falschen Meinungen bei Genossen gibt, das zeigen Erfahrungen, kam es zum Ausritt neuer Mitglieder, die unzufrieden und enttäuscht über das politische Leben und die mangelnde Anleitung waren.

Diese und auch andere Schwierigkeiten und Hemmungen gilt es zu überwinden.

Die Mitgliederwerbung ist nicht ein Problem neben vielen anderen, es ist nicht Sache zeitweiliger Kampagnen, sondern eine Aufgabe, die ununterbrochen auf der Tagesordnung stehen muß“!)

Mit dem Parteiaufgebot konnten wir einen Teil der uns schon nahestehenden Kräfte der Partei zuführen. Das Ergebnis ist der Initiative einzelner Genossen zuzuschreiben.

Die guten Resultate im Parteiaufgebot dürfen uns nicht verleiten, über das Problem der Überalterung hinwegzusehen. Gute Beispiele der Werbung im Parteiaufgebot und auch nach dem Abschluß beweisen, daß Betriebsgruppen ihre Mitgliederzahl verdoppeln, und Kreisorganisationen sich verjüngen konnten. Es kommt aber darauf an, diese Beispiele zu vervielfachen und die Mitgliederwerbung zur ständigen Aufgabe aller Kommunisten und Grundeinheiten — wie es aus auch im Statut gefordert wird — zu machen. Dasselbe sollte den Genossen der Blick geöffnet werden für die vielfältigen Möglichkeiten der Mitgliederwerbung.

Die Erfahrungen beweisen, daß die Arbeiter in den sozialen und politischen

¹⁾ Referat des Genossen Willi Mohn auf der 2. ZK-Tagung, „Wissen und Tat“, Nr. 1/2 1964, S. 38

Kämpfen ein neues klassenmäßiges Denken gewinnen. In jüngster Zeit ist das ganze politische Leben und Denken in Bewegung geraten, hat ein Prozeß des Umdenkens bei vielen Menschen eingesetzt und dabei ist auch das Verständnis für unsere Politik günstig beeinflußt worden. Darum sollten wir mehr Vertrauen haben zu den neuen, positiven Kräften, die heute zu begreifen beginnen, daß die Politik unserer Partei die Alternative ist, der gangbare Weg. Immer mehr Menschen erkennen auch in der Politik der DDR, in ihren Vorschlägen zur Entspannung eine starke aktive Kraft, von der sie sich angezogen fühlen. Unsere Schwäche ist jedoch, daß wir diesen Menschen nicht genügend Aufmerksamkeit widmen, daß wir ihnen nicht den Weg in die Partei ebnen. Es kommt aber darauf an, daß wir uns bei der Werbung neuer Mitglieder auf die neuen Kräfte orientieren.

Die Möglichkeiten für die Mitgliederwerbung wachsen. Jede Genossin und jeder Genosse sollte die Verpflichtung übernehmen, der Partei mindestens ein neues Mitglied zu werben. Das gilt vor allem für Genossen, die Funktionen in Betrieben, Gewerkschaften und sonstigen Massenorganisationen haben und deren Werbemöglichkeiten weit größer sind.

Weitere Reserven gibt es im Bekanntenkreis der neuen Mitglieder, besonders in den Jugendorganisationen, denen sie angehören. Aber auch im Verwandten- und Bekanntenkreis unserer älteren Genossen, besonders bei deren Kindern gibt es noch gute Werbemöglichkeiten. Aber auch den großen Kreis der Teilnehmer an Delegationen in die DDR sollten wir nicht bei der Werbung übersehen.

Die Kreisleitungen müssen jetzt Bilanz ziehen und feststellen, welche neuen Mitglieder in den letzten Jahren in die Partei kamen, wie sie in die Parteiarbeit einbezogen, wie sie politisch und ideologisch erzogen wurden. Die Grundorganisationen sollten vor dem ganzen Kollektiv darüber diskutieren, wie jeder einzelne Genosse die Möglichkeiten der Werbung neuer Mitglieder genutzt hat. Um die Werbung voranzubringen, sind namentliche Werbepläne aufzustellen, wie es bereits einige Betriebsgruppen machten und damit auch erfreuliche Erfolge erzielen konnten. Das setzt voraus, daß alle Grundorganisationen zusammenkommen, daß jedem Genossen die Politik der Partei erklärt wird, daß die Zusammenkünfte der Grundorganisationen so gestaltet werden, daß sie für alle Genossen interessant und anziehend sind.

Die neuen Genossen zu standhaften und aktiven Kommunisten erziehen

Mit der Aufnahme neuer Mitglieder übernehmen die Grundeinheiten eine hohe erzieherische Verantwortung. Sie umfaßt nicht nur die lebendige Gestaltung des innerparteilichen Lebens, sondern vor allem auch die Einführung der neuen Genossen in die legale Massenarbeit der Partei. Die Grundorganisation muß ihnen Aufgaben stellen, die ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechen und ihnen alle Unterstützung und Hilfe bei der Lösung der Aufgaben geben. Es wäre ein großer Fehler, den neuen Genossen keine Aufgaben zu stellen, denn sie kommen mit großen Erwartungen und der Bereitschaft zur Partei, für die Sache der Arbeiterklasse tätig zu sein. Die neuen Mitglieder haben noch in vielen Fragen Unklarheiten. Aufgabe der Mitglieder der Grundorganisationen ist es, mit viel Geduld und Beharrlichkeit mit ihnen ge-

meinsam ihre Fragen und Unklarheiten zu klären.

Eine positive Erfahrung aus dem Parteiaufgebot ist, daß einige Leitungen die neuen Genossen nicht sofort in die bestehenden Grundorganisationen eingingen, sondern sie in Übergangsgruppen unter der Patenschaft erfahrener Genossen zusammenfaßten. Dort, wo man mit den neuen Mitgliedern richtig arbeitet, hat sich das innerparteiliche Leben und die Massenarbeit der Parteigruppen im positiven Sinne verbessert. Manch älterer und abseitsstehender Genosse wurde an das Parteileben wieder herangeführt und aktiv.

Die Aufgaben und die Verantwortung der Partei wachsen. Die Partei kann ihrer Rolle in den kommenden Kämpfen nur gerecht werden, wenn sie die Werbung neuer Mitglieder zu einem festen Bestandteil ihrer täglichen Arbeit macht.

Seminarplan zum

„Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“

Thema:

Die deutsche Arbeiterbewegung im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution

Im Seminar sollten folgende Schwerpunkte behandelt werden:

1. Die Beseitigung des deutschen Imperialismus und Militarismus — die nationale Grundaufgabe des deutschen Volkes im ersten Weltkrieg
2. Die Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution für den Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Krieg
3. Die Bedeutung der Gründung der KPD

Hinweise für die Behandlung des ersten Schwerpunktes:

a) Der Charakter des ersten Weltkrieges

Der erste Weltkrieg war das unvermeidliche Ergebnis der imperialistischen Entwicklung, die um die Jahrhundertwende zur Herausbildung von zwei imperialistischen Machtblöcken geführt hatte: Einerseits der Mittelmächte (Deutschland und Österreich-Ungarn, die von Bulgarien und der Türkei unterstützt wurden) andererseits der Entente (England, Frankreich, Rußland, denen sich später Italien, die USA und andere Länder anschlossen). Die immer stärkere Zuspitzung des Kampfes um die Neuverteilung der Welt verschärfte die Gegensätze zwischen den beiden Machtblöcken immer mehr und führte schließlich zum ersten Weltkrieg. Dieser war von beiden

Seiten ein Raub- und Eroberungskrieg des Monopolkapitals. „Territoriale Eroberungen und Unterjochung fremder Nationen, Ruinierung der konkurrierenden Nation, Plünderung ihrer Reichtümer, Ablenkung der Aufmerksamkeit der werktätigen Massen von den inneren politischen Krisen in Rußland, Deutschland, England und anderen Ländern, Entzweilung und nationalistische Verdummung der Arbeiter und Vernichtung ihrer Vorhut, um die revolutionäre Bewegung des Proletariats zu schwächen — das ist der einzige wirkliche Inhalt und Sinn, die wahre Bedeutung des gegenwärtigen Krieges“ (Lenin, Werke, Bd. 21, Seite 13).

Die Hauptschuld am ersten Weltkrieg trug der deutsche Imperialismus und Militarismus, der sich in den Jahren vor 1914 zur wirtschaftlich, politisch und militärisch stärksten Macht in Europa entwickelt hatte, bei der Aufteilung der Welt aber historisch zu spät und zu kurz gekommen war und deshalb den bewaffneten Kampf um die Neuauftteilung der Welt und um die Errichtung seiner Vorherrschaft in Europa begann.

Der Krieg offenbarte mit schonungsloser Deutlichkeit, daß der deutsche Imperialismus und Militarismus Leben und Gesundheit des Volkes bedenkenlos seinen Profit- und Eroberungsplänen opferte. Während bis zum Jahre 1916 nach amtlichen Angaben 760 000 deutsche Soldaten gefallen, 1 641 000 verwundet und 323 000 vermisst oder in Gefangenschaft geraten waren, stiegen die Profite

und Dividenden bereits in den ersten Kriegsmonaten um 20 bis 50 Prozent. Bei den Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken stieg der Reingewinn in den ersten beiden Kriegsjahren auf 526 Prozent. Im gleichen Zeitraum erzielte die Firma Krupp einen Reingewinn von 105 154 000 Mark. Das Land wurde in ein Militärzuchthaus verwandelt. Unmittelbar nach dem Beginn des Krieges verhängte die Regierung den Belagerungszustand über das ganze Land. Die Arbeiterklasse wurde aller Rechte beraubt, die sie in Jahrzehntelangen Kämpfen errungen hatte.

Das Lebensinteresse unserer Nation erforderte deshalb die revolutionäre Beendigung des Krieges, die Entmachtung des deutschen Imperialismus und Militarismus, die den Weg zur sozialistischen Revolution eröffnen mußte.

b) Der Kampf der deutschen Linken gegen den imperialistischen Krieg und die Burgfriedenspolitik der rechten SPD-Führer

Mit dem Ausbruch des Krieges war eine neue Lage entstanden, die die Arbeiterbewegung in den kriegsführenden Ländern vor die Aufgabe stellte, den Kampf um die revolutionäre Beendigung des imperialistischen Krieges und für die Beseitigung der unheilvollen Macht des Imperialismus aufzunehmen. Der Krieg wurde so zu einer Bewährungsprobe, zum Prüfstein für alle sozialistischen Parteien.

Während die Führungen fast aller sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale in dieser Situation die Arbeiterbewegung offen verrieten, bestanden allein die von Lenin geführten Bolschewiki die historische Bewährungsprobe. Vom Augenblick des Kriegsausbruchs an erhoben sie ohne Schwanken das Banner des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg und riefen die werktätigen Massen aller kriegsführenden Länder zur Umwandlung des imperialistischen Kriegs in den Bürgerkrieg, zum Kampf für die Niederlage der eigenen Bourgeoisie auf.

In Deutschland dagegen verriet die Führung der SPD die Arbeiterklasse. Unmittelbar vor Kriegsausbruch hatten in ganz Deutschland machtvolle Protestaktionen gegen den drohenden Krieg stattgefunden. Der Verrat der rechten SPD-Führer lähmte die Kampfkraft der Arbeiterbewegung und ermöglichte es der imperialistischen Reaktion, ihre antinationale Kriegspolitik gegen den Widerstand der Volksmassen durchzusetzen. Mit der Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 und der Verkündung des Burgfriedens lief die SPD-Führung

offen in das Lager des Imperialismus über und fiel der Arbeiterklasse in den Rücken. Das war gleichbedeutend mit einer Spaltung der Arbeiterbewegung durch den Opportunismus.

In dieser Situation erwiesen sich die deutschen Linken mit Liebknecht, Luxemburg, Mehring, Zetkin und Pleck an der Spitze als die einzigen Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse und der ganzen Nation. Am 2. Dezember 1914 stimmte Karl Liebknecht im Reichstag gegen die Kriegskredite und rettete damit die Ehre der deutschen Arbeiterklasse. Seine mutige Tat gab das Signal zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Mit den Lösungen „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ und „Nicht Burgfrieden sondern Burgkrieg“ wiesen die deutschen Linken den Ausweg aus dem Völkermorden. Allerdings versäumten die deutschen Linken, den organisatorischen Bruch mit den Rechten zu vollziehen.

Die von Liebknecht und Luxemburg in einer Reihe hervorragender marxistischer Arbeiten entwickelte Linie des Kampfes wurde zur Plattform, auf der sich nach und nach alle revolutionären Kräfte zusammenfanden. In diesem Prozeß bildete sich als lose organisatorische Zusammenfassung der Linken die Gruppe Internationale heraus, die sich auf ihren Reichskonferenzen im Januar und März 1916 in den Spartakusbund umwandelte. Damit entstand in Deutschland der Keim einer revolutionären marxistischen Partei, ohne die der Kampf gegen Imperialismus und Militarismus nicht siegreich werden konnte.

Die furchtbaren Auswirkungen des Krieges und die Tätigkeit der Linken verbreiterten den Willen zum aktiven Kampf gegen imperialistischen Krieg. Bereits im Jahre 1915 hatten die Linken eine bedeutende Antikriegsdemonstration der werktätigen Frauen vor dem Reichstag organisiert. Wesentlich stärker entwickelten sich die Kampfactionen der werktätigen Massen jedoch im Jahre 1916. Trotz des Ausnahmezustandes kam es am 1. Mai 1916 in vielen Orten Deutschlands zu Kundgebungen gegen den Krieg. Den Höhepunkt der Maifeltern bildete die Antikriegskundgebung in Berlin, auf der Karl Liebknecht den etwa 10 000 Arbeitern zufiel: "Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!" Für diese mutige Tat wurde Karl Liebknecht zu mehr als vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Darauf antwortete die Arbeiterklasse mit machtvollen Protestversammlungen und dem ersten politischen Massenstreik im Kriege. In Berlin legten 55 000 Arbeiter die Arbeit nieder und gingen auf die Straße. Diese Aktionen brachten den allmählichen Revolutionierungsprozeß der deutschen Arbeiterklasse zum Ausdruck.

Das Wachstum der revolutionären Massenbewegung wurde durch die Februar-Revolution von 1917 in Rußland stark beschleunigt. In Berlin, Leipzig und anderen Städten traten die Arbeiter im April 1917 in den Streik. Im August

begann im Gebiet Halle-Merseburg ein machtvoller Antikriegsstreik, und in der deutschen Hochseeflotte kam es zum ersten Aufstand gegen den imperialistischen Krieg.

Die Februar-Revolution beschleunigte den Differenzierungsprozeß innerhalb der SPD. Die Parteiführung reagierte darauf mit dem Ausschluß ganzer Organisationen. Die revolutionären Arbeiter antworteten mit der Forderung nach einer neuen Arbeiterpartei. Die fehlerhaften Auffassungen der deutschen Linken über die Rolle der Partei verhinderten jedoch die Gründung einer proletarischen Kampfpartei. So blieb es den zentristischen Führern überlassen, im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu bilden, die die von der SPD sich abwendenden Arbeiter auffangen und ihren Übergang ins Lager der Revolution verhindern sollte.

Die Spartakusgruppe schloß sich der USPD als politisch-ideologisch unabhängige Gruppe an. Das war ein ernster Fehler, der die Herausbildung einer marxistischen Partei verzögerte, die Spartakusgruppe schwächte und es den Arbeitern erschwerte, die wirkliche Rolle der USPD zu erkennen. Die Verkenntung der Rolle einer selbständigen marxistischen Kampfpartei der Arbeiterklasse durch die deutschen Linken wurde erst durch die Oktoberevolution und die Novemberrevolution überwunden.

Hinweise für die Behandlung des zweiten Schwerpunktes: **Die Bedeutung der Oktoberevolution für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg**

Mit der Oktoberevolution begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Menschheit. Unter Führung der Bolschewiki durchbrachen die russischen Arbeiter und Bauern die Front des Weltimperialismus, schufen sie den ersten sozialistischen Staat der Welt und eröffneten damit die Periode des Übergangs der Völker vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die Oktoberevolution lieferte den historischen Beweis für die Richtigkeit des Weges der Bolschewiki, für die Richtigkeit des Leninismus, der bolschewistischen Strategie und Taktik des Kampfes. Dieser Weg, diese Strategie und Taktik besitzt in den Grundzügen allgemeingültige Bedeutung für die Arbeiterklasse aller Länder, weil die russischen Arbeiter und Bauern vom gleichen Feind unterdrückt und ausgebeutet wurden wie die Arbeiter aller anderen Länder. Genau wie in anderen imperialistischen Ländern hatte der Imperialis-

mus auch in Rußland die materiellen Voraussetzungen für den Sturz der Bourgeoisie, für den Übergang zum Sozialismus geschaffen. Die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung bestätigen, daß diese Aufgabe nur gelöst werden kann, wenn die Volksmassen von der Arbeiterklasse geführt werden, sich um ihre marxistisch-leninistische Kampfpartei zusammenschließen und die Herrschaft des Kapitals durch die Herrschaft der Arbeiter und Bauern, durch die sozialistische Demokratie ersetzen.

Die Oktoberevolution wurde zum entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung der deutschen Revolutionäre. Die Oktoberevolution beschleunigte den ideologischen Klärungs- und Reifeprozeß und bewirkte, daß die deutschen Linken sich dem Leninismus immer stärker näherten. Sie halfen den deutschen Linken, Klarheit über die nationale Lebensfrage des deutschen Volkes und den Weg zu ihrer Lösung zu finden. Sie erkannten,

daß — wie Clara Zetkin schrieb — die Leninschen „Grundsätze und Methoden für die Praxis aller sozialistischen Parteien in alien Ländern maßgebend werden“.

Die Anerkennung der bolschewistischen Strategie und Taktik, die Hinwendung zum Leninismus beschleunigte den ideo-logischen Reifeprozeß in der Spartakusgruppe. Unter dem Eindruck der Oktoberrevolution begannen die Linken, sich von einigen falschen Auffassungen

zu befreien. Die Erkenntnis, daß zur erfolgreichen Führung des revolutionären Kampfes eine eigene, selbständige marxistisch-leninistische Partei notwendig ist, gewann allmählich an Boden. Aber erst die Novemberrevolution brachte die Linken zur klaren Erkenntnis der wahren Rolle der Zentristen, der unumgänglichen Notwendigkeit des organisatorischen Bruchs mit ihnen und der Schaffung einer eigenen, marxistischen Kampfpartei des Proletariats.

Hinweise zum dritten Schwerpunkt:

a) Die Novemberrevolution in Deutschland

Die Oktoberrevolution veränderte unmittelbar die internationale Lage und beschleunigte die Entwicklung der revolutionären Massenbewegung für die Beendigung des imperialistischen Krieges. In Deutschland fand dieser Aufschwung des Massenkampfes seinen Ausdruck in machtvollem Streiks, insbesondere in dem großen Munitionsarbeiterstreik, der am 28. Januar 1918 in Berlin, in Mittel-, West- und Süddeutschland begann.

Die imperialistische Reaktion versuchte, den Streik mit allen Mitteln zu unterdrücken. Sie verhängte den verschärften Belagerungszustand, setzte außerordentliche Kriegsgerichte ein und ließ diese mächtvolle Kampfaktion durch die rechten sozialdemokratischen Führer abwürgen. Das konnte die machtvolle anwachsende Bewegung der werktätigen Massen gegen den imperialistischen Krieg nicht mehr aufhalten. Auch die Ankündigung von Friedensverhandlungen, von sogenannten parlamentarischen Reformen und die Bildung einer neuen Regierung unter dem Prinzen Max von Baden, in die auch die rechten SPD-Führer ihre Vertreter entsandten, konnten den militärischen Zusammenbruch Deutschlands und das Heranreifen der Revolution nicht mehr verhindern.

Die werktätigen Massen standen jetzt vor der Aufgabe, „in einer demokratischen Revolution den Militarismus zu vernichten, den Staatsapparat zu säubern und die für den Krieg verantwortlichen Kräfte des Junkertums und des Monopolkapitals zu enteignen. Das bedeutete zugleich, die in der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 nicht gelösten Aufgaben durchzuführen. In diesem revolutionären Umwälzungsprozeß mußte sich das Kräfteverhältnis der Klassen so verändern, daß der Übergang zur sozialistischen Revolution möglich wurde, die objektiv seit der Jahrhundertwende auf der Tagesordnung stand.“ („Grundriß der Geschichte der

deutschen Arbeiterbewegung“, Berlin 1963, S. 101).

Das von der Spartakusgruppe auf ihrer Reichskonferenz am 7. Oktober 1918 beschlossene Programm der Volksrevolution entsprach im wesentlichen der historischen Aufgabenstellung. Das Programm stellte richtig fest, daß die Beseitigung des Militarismus, die konsequente Demokratisierung, die Enteignung der Konzernherren, der Grundbesitzer und aller Kriegsschuldigen erforderlich waren. Die Konferenz rief die Arbeiterklasse zum revolutionären Kampf für den sofortigen Frieden, für den Sturz der Regierung des Krieges auf.

Die Revolution begann am 3. November 1918 mit dem Aufstand der Matrosen und der Arbeiter in Kiel. In wenigen Tagen breitete sie sich über ganz Deutschland aus. Am 9. November traten die Arbeiter und die Soldaten in Berlin in den Generalstreik, der zum bewaffneten Aufstand wurde. Die kaiserliche Regierung wurde gestürzt, die Fürstenherrschaft in den deutschen Einzelpa-staaten beseitigt und wichtige demokratische Rechte und Freiheiten erobert. In vielen Orten wurden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, die häufig die reale Macht ausübten und mit der Säuberung der örtlichen Staatsorgane, mit der Einschränkung der wirtschaftlichen Macht der Konzernherren und mit der Übernahme der Kontrolle über die Produktion begannen.

Die Arbeiterklasse wurde jedoch durch den Verrat der rechten SPD-Führer um den Sieg gebracht. Die Führer der SPD und der USPD bildeten mit dem „Rat der Volksbeauftragten“ eine Regierung, die sich gegen die Revolution stellte, die das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse verhinderte. Das wurde durch die weitverbreiteten parlamentarischen Illusionen, durch die Unklarheiten über den Kampf um die Macht, durch das Fehlen einer marxistischen Kampfpartei

erleichtert. Unter diesem Einfluß entschied die Erste Reichsrätekonferenz im Dezember 1918 die Grundfrage der Revolution — die Frage der Macht — zugunsten des bürgerlichen Staates. Anstatt alle Macht in seinen Händen zu konzentrieren, beschloß der Kongreß die

Übertragung der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt an den Rat der Volksbeauftragten und legte die Wahlen zur Nationalversammlung fest. Die Führer der SPD und der USPD retteten auf diese Weise die Macht des deutschen Imperialismus und Militarismus.

b) Die Bedeutung der Gründung der KPD

Die Erfahrungen der Oktoberrevolution und der Verrat der rechten SPD- und USPD-Führer vor und während der Revolution brachten die Spartakusgruppe zu der Erkenntnis, daß die endgültige Trennung von der USPD und die Schaffung einer revolutionären marxistischen Kampfpartei zur vordringlichsten Aufgabe der Revolution geworden war.

Die Gründung der KPD, die auf dem Parteitag vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 erfolgte, war ein Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Mit der Gründung der KPD erhielt die Arbeiterklasse eine Partei, die vom Tage ihres Bestehens an unermüdlich für die Lebensinteressen der werktätigen Massen kämpfte, der volksfeindlichen Kriegs- und Katastrophenpolitik des deutschen Imperialismus die nationale Politik des Kampfes für Frieden, Demokratie, Völkerfreundschaft und Sozialismus entgegenstellt und der Arbeiterklasse den Weg zur Überwindung der Macht des Monopolkapitals, zur Schaffung eines friedlichen, demokratischen und sozialistischen Deutschlands wies.

Die historische Bedeutung der Gründung der KPD besteht darin, daß in der deutschen Arbeiterbewegung der völlige Bruch mit dem Opportunismus vollzogen und der Grundstein für die marxistisch-leninistische Kampfpartei des deutschen Proletariats gelegt wurde. Zum ersten Male seit dem Tode von Marx und Engels gab es in der deutschen Arbeiterbewegung wieder eine Partei, die ein marxistisches Programm besaß, in dem die Grundfragen des Staates und der Revolution richtig beantwortet und die Diktatur des Proletariats anerkannt wurde.

Die Gründung der KPD war ein entscheidender Sieg der großen Ideen von Marx, Engels und Lenin in der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Gründung der KPD war der entscheidende Schritt zur Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterklasse auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, die heute in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands verwirklicht ist.

c) Die Niederlage der Novemberrevolution, ihre Ergebnisse und ihre Lehren

Der verhängnisvolle Beschuß der Ersten Reichsrätekonferenz, der Verrat der rechten SPD-Führer schufen die Bedingungen für den Übergang der Konterrevolution zur bewaffneten Niederschlagung der revolutionären Kräfte im Januar 1919. Die junge Kommunistische Partei, die überall an der Spitze des Kampfes gegen die vordringende Konterrevolution stand, war noch zu schwach, um große Teile des Proletariats zur Abwehr des Angriffs der Konterrevolution zu mobilisieren. So konnte es der imperialistischen Reaktion gelingen, die revolutionären Arbeiter Berlins in blutigen Kämpfen niederzuschlagen und Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu ermorden. Die Wahlen zur Nationalversammlung, die am 19. Januar 1919 in einer Atmosphäre des weißen Terrors stattfanden, besiegelten die Niederlage der Arbeiterklasse in der Revolution.

Die Novemberrevolution war die erste Revolution der deutschen Arbeiterklasse gegen den deutschen Imperialismus; nach

der Oktoberrevolution war sie die größte revolutionäre antialperialistische Massenbewegung in Europa.

Die Arbeiterklasse errang durch ihren revolutionären Kampf wichtige demokratische Rechte und eroberte sich bessere Positionen für den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus. Die Revolution rettete die Einheit Deutschlands vor verschiedenen Zerstörungsplänen der imperialistischen Westmächte. Es gelang der Arbeiterklasse jedoch nicht, die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution zu Ende zu führen und den deutschen Imperialismus und Militarismus zu entmachten. „Die Novemberrevolution blieb eine bürgerlich-demokratische Revolution, die im gewissen Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde. Ihre Hauptaufgabe — der Sturz des deutschen Imperialismus — blieb ungelöst.“ („Grundriß . . .“, Seite 110).

Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse im ersten Weltkrieg und in der

Novemberrevolution vermittelt wichtige Lehren. Er lehrt vor allem, daß die Herrschaft des deutschen Imperialismus und Militarismus ein nationales Unglück ist, daß der Friede, die Demokratie, der Wohlstand, das Glück und das Leben des deutschen Volkes nur gesichert werden können, wenn die Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse die Macht des Monopolkapitals zurückdrängen und überwinden und eine wirklich demokratische und friedliche Ordnung schaffen, die den Weg zum Sozialismus eröffnet.

Der Kampf lehrt weiter, daß die Arbeiterklasse ohne Klarheit über die Rolle des deutschen Imperialismus und Militarismus, über Weg und Ziel des Kampfes, über die geschichtlichen Bedingungen ihrer Aktion ihre historische und nationale Mission nicht erfüllen kann. Darum ist es im Kampf für Frieden und Demokratie von entscheidender Bedeutung, in der Arbeiterklasse Klarheit über den Sozialismus, über die Arbeiter- und Bauern-Macht in der DDR, über die Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus und Militarismus zu schaffen und ihr Klassenbewußtsein zu entwickeln.

Der revolutionäre Kampf der deutschen Arbeiterklasse lehrt ferner, daß sie ihre Aufgabe nur lösen kann, wenn sie sich vom Einfluß des Opportunismus befreit und zum einheitlichen und geschlossenen Kampf gegen die Verderber

der Nation übergeht. Darum ist der Kampf für die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse eine Grundbedingung für die Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse. Der Schlüssel für die Aktionseinheit aber ist die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten in den Gewerkschaften und den Betrieben.

Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse im ersten Weltkrieg vermittelte schließlich die grundlegende Lehre, daß die Volksmassen ihre geschichtliche Aufgabe nur lösen können, wenn sie von einer marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse geführt werden, wenn die Partei die breitesten Massen der Werktätigen um sich zusammenschließt und in den Kampf gegen den Imperialismus führt. Die Führung der Arbeiterklasse durch eine revolutionäre, durch eine marxistisch-leninistische Partei ist die Voraussetzung für den Sturz der imperialistischen und militaristischen Volksfeinde, für die Lösung der vor den Volksmassen stehenden nationalen und sozialen Aufgaben. Darum ist die unablässige Festigung und Stärkung der Reihen der Partei, die Verstärkung der legalen Massenarbeit und des Kampfes um die Legalität die entscheidende Bedingung für einen Aufschwung des Massenkampfes für Frieden, Demokratie, sozialen Wohlstand und Sozialismus.

INHALT

Seite

Brief des Zentralkomitees der KPD an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands	2
Nach dem Außerordentlichen DGB-Kongreß	10
Über das offene deutsche Gespräch	6
Gegen den Bildungsnotstand, für eine Neuordnung des Schulwesens	21
Der Jugend Vertrauen und Verantwortung	27
Die Preissteigerungen und die Lohnpolitik der Gewerkschaften	31
Zur Bildung der Produktionskomitees in den volkseigenen Großbetrieben	35
Wie können wir die Arbeit der Grundorganisationen verbessern und neue Mitglieder gewinnen?	40
Seminarplan zum „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“	43
Thema: Die deutsche Arbeiterbewegung im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution	